

Der Köln – Reader

Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen ...

**Infos, Hintergründiges,
Kommentare und
Perspektivisches zu den
politischen Aktivitäten rund
um die EU – und G7/G8 – Gipfel
in Köln im Juni 1999**

Gruppe Landfriedensbruch



Inhalt

Vorweg

Warum dieser Reader?	2
Der Überblick	4
Neutralisiert	
Die Vorbereitung:	
Bündnis Köln 99	8
Die Trennung der Bündnisse	9
Bleiberecht für alle!	10
Linksradikales Bündnis	12
Die Aktivitäten:	
Die Demo vom 29.5.16	19
Aktionen der Linksradikalen	20
Rund um den Weltwirtschaftsgipfel	22
Unabhängige Aktionen	22

Die Schwäche politischer "Bewegung" (was bewegt sich noch?) ist kein Geheimnis. Drei Strategien solcher Schwäche werden, grob betrachtet verfolgt: Frustrierter oder etablierter Ausstieg, angepaßte und zentralistische organisierte NGO-Orientierung oder verbalradikaler Rückzug auf extreme Randbereiche und Ein-Punkt-Bezogenheit. Das Ganze wirkt verheerend in einer Zeit globaler Machtübernahme der Konzerne und ökonomischen Strukturen. Während in ärmeren Ländern teilweise erbitterter Widerstand herrscht (Indien, Mexiko usw.), sind linke und emanzipatorische Bewegungen in den Ländern, deren Konzerne und Regierungen Ausbeutung und Unterdrückung verursachen, kaum spürbar.

Die Gipfel von Köln, zum einen der EU-Gipfel sowie zum anderen der G7/G8-Gipfel im Juni, haben diese Lage ein-

Statements und Pressestimmen	
Interview mit zwei BasisakteurInnen	24
Resümee von Werner Rätz, ila (Köln 99)	25
Resümee zum Euromarsch	28
Resümee von Andreas Missbach, SoZ	30
Resümee von Peter Wahl, WEED (Köln 99)	31
Interview mit Inga Havers, ICC	33
Kurzstatements von TeilnehmerInnen	34
Ein englischer Blick auf Köln	35
Kurzstatements von TeilnehmerInnen	36

Zum Vergleich: London am 18.6.	
Auszüge aus dem Internet (englisch)	37
Weltweiter Überblick	40

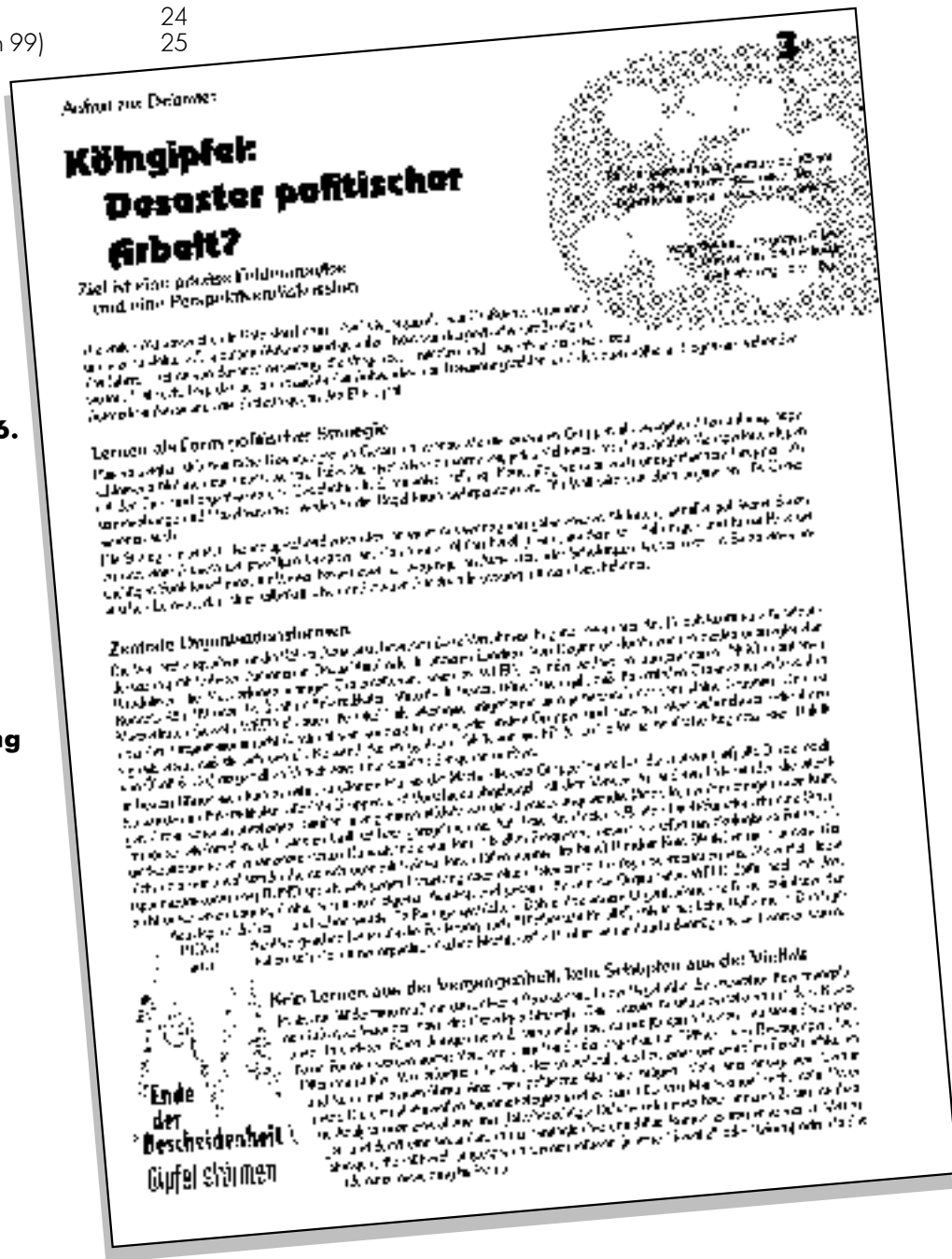
Versuch eines Resümees	
7 Kritikpunkte	42
Zusammenfassung	44

Perspektiven zur (Re)Organisation der Bewegung	
Prinzipien	45
Organisationsstrukturen	47

Konkrete Vorschläge	
Widerstand gegen Neoliberalismus	50
Expo 2000: Demaskieren – Demonstrieren – Demontieren	50
Dezentrale Aktionen	51

Die Debatte anzetteln	51
------------------------------	----

Infos zu laufenden Projekten	
Freiräume	52
Umweltschutz von unten	52
Expo 2000	53



drucksvoll gezeigt. Der Protest war kaum öffentlich wahrnehmbar, geschweige denn wirkungsvoll. Das aber ist nicht nur eine Folge der schlechten Rahmenbedingungen, sondern auch kapitaler Fehler in der politischen Bewegung selbst: Hierarchie, Anpassung, Ausgrenzung, Dominanzgehabe, Unfähigkeit vieler Basisgruppen zur Selbstorganisation und vieles mehr prägen die politische Arbeit.

Könnte es sein, daß Clinton, Blair oder andere Macher neoliberaler Ausbeutung irgendwann mal ihren neoliberalen Nachfänger Schröder fragten: "Sag mal, Gerhard, gibt es in Deutschland eigentlich keine Linken?"

Der politische Schlagabtausch um die Frage, wer wie die Zukunft gestaltet, ist aber hoffentlich damit nicht erledigt. Um Konzernen, Regierungen und ihren HelfershelferInnen ein Gewicht entgegenzusetzen und ein selbstbestimmtes Leben durchsetzen zu können, wird die politische Bewegung vor allem hierzulande, wahrscheinlich aber in allen Industrieländern, eine grundlegende Diskussion um Selbstverständnis, Ziele und Aktionsformen führen müssen. Genau dazu will dieser Reader einen Beitrag leisten.

Er ist selbstverständlich keine abschließende oder unfehlbare Analyse der Kölner Aktionen. Und die Perspektiven sind unvollständig, diskutierbar, erweiter- oder änderbar. Doch die Angst, mit einer solchen Analyse auf Ablehnung zu stossen, kann kein Grund sein, sie zu unterlassen. Ganz im Gegenteil muß sie sofort begonnen werden. Die Zeit drängt – jeden Tag geht die Selbstorganisationsfähigkeit der Menschen ein Stück weiter zurück. Dabei ist das Ziel politischer Arbeit, genau diese zu erhalten ... nein: Sie systematisch aufzubauen, durchzusetzen gegen die, die Menschen und Natur nur aus dem Blick der optimalen Verwertung sehen. Die Gesellschaft von unten ist als politisches Ziel aktueller denn je. Die Reorganisation politischer Bewegung von den Basisgruppen bis zu internationaler Aktionsfähigkeit ist notwendige Voraussetzung.

Jedoch: Die Diskussion darf den Beginn der Umsetzung nicht verzögern. Es gibt ohnehin kein Ende der Debatte. Politische Bewegung muß immer hinterfragen, weiterentwickeln, innovativ sein. Die politische Praxis beginnt zeitgleich mit dem Ringen um die eigene (Selbst)Organisation – also jetzt!



Gruppe Landfriedensbruch

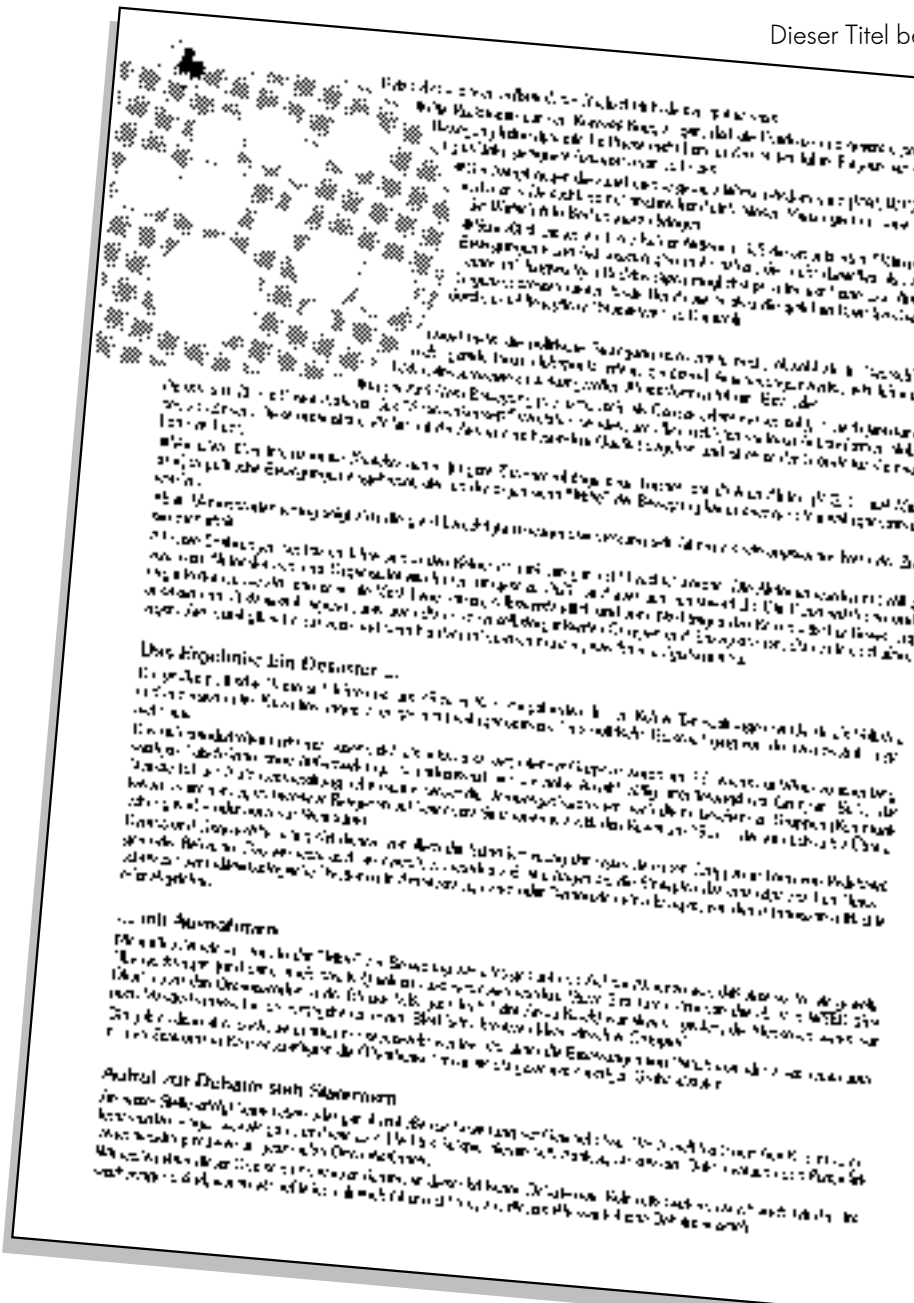
Dieser Titel bezeichnet keine feste Gruppe, sondern einen Zusammenhang von Einzelpersonen in verschiedenen Orten und Gruppen, die eine kritische Auseinandersetzung mit den Strategien und Zielen politischer Arbeit führen wollen. Dieser Reader ist ein konsequentes Ergebnis unserer Arbeit.

Selbstverständlich sprechen alle Texte und Dokumente in diesem Reader nur für sich. Die Gruppe Landfriedensbruch ist weder verantwortlich für deren Inhalt noch steht sie hinter diesen. Das spielt auch keinerlei Rolle. Die meisten Texte stammen aus der Feder von AkteurInnen in und um die Kölner Bündnisse, geben also InsiderInnenwissen und –bewertungen weiter.

Ganz bewußt sind sehr unterschiedliche Bewertungen im Reader zusammengefaßt. Schließlich soll er Grundlage der Strategiedebatte und nicht deren Ergebnis sein.

Zu den Abbildungen auf dieser Doppelseite:

Der Aufruf zur Debatte um die Köln-Aktivitäten stammt aus dem Rundbrief "Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit" und kann auch für diesen Reader gelten.



Von Sandra K.

Die Rechnung der Regierenden ist voll aufgegangen, der Protest gegen die Gipfel wurde neutralisiert – eine kritische Betrachtung der Aktionen gegen die Gipfel in Köln im Juni 1999

Die Gipfel in Köln sind vorbei, und fast hätte niemand gemerkt, daß es auch Gegenaktivitäten dazu gab. Die Krönung lieferte Bundeskanzler Schröder im ZDF, als er nach seiner Meinung zur Demo am 19.6.99 befragt wurde und sinngemäß antwortete: "Die wollen doch das gleiche: Schuldenerlaß für die ärmsten Länder!". Die Betonung der Schuldenerlaßforderung, die sich nur schwer von der aktuellen Regierungspolitik der rot-grünen Regierung unterschied, trug erheblich mit dazu bei, daß der Protest gegen die Gipfel in der Öffentlichkeit kaum sichtbar war. Es kam auch zu fast keinen nennenswerten Störaktionen, den Regierungsvertretern dürften die Proteste kaum aufgefallen sein.

Lauter Latschdemos

Aber nicht nur zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG), auch zum EU-Gipfel am 3. und 4. Juni, sowie zur G8-Außenministertagung und zur "Kosovo-Stabilitätskonferenz" im Juni in Köln regte sich kein allzu lauter Widerstand. Und wenn auf den Straßen etwas stattfand, waren es auch nicht viel mehr als Latschdemos. Latschdemos fallen in der öffentlichen Darstellung kaum auf: selten werden die Forderungen der Demo medial vermittelt, allenfalls die Zahl der Teilnehmenden wird registriert - und die blieb in Köln meist hinter den Erwartungen zurück. Selbst die Erlaßjahrkampagne mobilisierte aufgrund des gleichzeitig stattfindenden Kirchentags in Stuttgart weniger Menschen als erwartet. Beim letzten Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham versammelten sich sogar 80000 Menschen. Die größte Demo gegen die Gipfel in Köln war die Demo der Europäischen Märsche mit einem Antifa-Block der AABO. Die Euromarsch-Demo vermochte am meisten TeilnehmerInnen aus anderen Ländern und Städten anzulocken.

Kaum kleine Aktionen, aber eine ganze Palette von verschiedenen Aktivitäten

Latschdemos sind ein integrierbarer Protest, der zum Gipfelbrimborium mit dazu gehört. Der Polizeichef in Köln kündigte im Vorfeld an, er werde den "legalen" Protest (die großen angemeldeten Latschdemos) zulassen, aber jegliche spontane Aktionen in der Innenstadt unterbinden. Dies geschah rigoros, es hagelte zig Platzverweise. Bei einem Verstoß gegen den Platzverweis (für das gesamte Stadtgebiet innerhalb der Ringe) wurden die Menschen verhaftet und in die Gefangenen-sammelstelle nach Brühl (Polizeikaserne zwischen Köln und Bonn) gebracht. Dies widerfuhr auch einigen zufällig anwesenden TouristInnen. Es kam auch zu fast keinen nennenswerten Störaktionen, den Regierungsvertretern dürften die Proteste kaum aufgefallen sein. Die Kölner Polizei mußte sich jedoch von zwei Briefen distanzieren: die BewohnerInnen von Köln-Deutz wurden aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen, und AutobesitzerInnen fanden Hinweise daß ihre Fahrzeuge erkennungsdienstlich erfaßt seien und sie eine Polizei-Hotline anrufen mußten. Andererseits lief eigentlich viel in Köln, aber vieles nebeneinander her: 3 Großdemos, eine Menschenkette, 3 Alternativ- oder Gegenkongresse, zwei Karawanen, ein internationaler Aktionstag, ein Hungerstreik, und es gab zwei Bündnisse und mehrere Plenen (Frauenlesben-Plenum gegen die Gipfel, das Infopoints-Treffen rund um den Infoladen Köln, usw.).

Eine ausgewählte Kurzübersicht

- 11.5.-3.6. Fahrradkarawane "Geld oder Leben"
- 22.5.-20.6.: Interkontinentale Karawane (ICC)
- 28.5.-2.6.: EU-Alternativgipfel (Bündnis Köln 99)
- 29.5.: Demo der Europäischen Märsche
- 3./4.6.: Offizieller EU-Gipfel
- 3.6.: Anti-EU-Demo (bundesweites linksradikales Anti-EU/WWG-Plenum)
- 4.6.: Frauenlesben-Aktionstag
- 5.6.: Innenstadtaktionstag und Frauenlesbendemo gegen den Abschiebeknast in Neuss
- 4./5.6.: Anti-EU-Kongreß (bundesweites linksradikales Anti-EU/WWG-Plenum)
- 15.6.: Grüne ließen hungerstreikende Flüchtlinge aus dem Kölner Grünen-Büro polizeilich räumen (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen)
- 17./18.6.: G7-Alternativgipfel (Bündnis Köln 99)
- 18.-20.6.: Offizieller G7-Gipfel (G8 mit Rußland)
- 18.6.: Internationaler Aktionstag
- 19.6.: Menschenkette (Erlaßjahrkampagne) und Demonstration gegen den G8-Gipfel (Bündnis Köln 99)

Die Demo am 29.5.99 in Köln

Die Demo der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützter Beschäftigung, Rassismus und neuerdings auch gegen Krieg war mengenmäßig ein Erfolg. Diese bunte Demo verzeichnete die größte Beteiligung von Gruppen aus anderen Städten und Ländern. Die AABO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) mobilisierte zu einem großen Block, außerdem gab es einen riesigen anarcho-syndikalistischen Block, einen kurdischen Block, usw.. Dennoch sollte die Demo vom 29.5.99 nicht über den grünen Klee gelobt werden. Die Demospitze der Europäischen Märsche hat nicht angemessen reagiert, als es der Polizei darum ging, die Demonstration zu trennen. Es sollten wohl symbolisch Synergieeffekte zwischen verschiedenen Spektren verhindert werden. Angela Klein vom Bundesbüro Euromarsch hat in einem Artikel in der Zeitung "SoZ" (Köln) die Demo vom 29.5. in rosigen Farben gemalt und schreibt von der "Vorhut der sozialen Bewegungen in Europa". Die Tatsache, daß der zweite Teil der Demo von der Polizei gestoppt wurde, währenddem die Demospitze weiter lief, wird in dem Artikel nur in einem Nebensatz beiläufig erwähnt.

Der Trennungsversuch war jedoch für alle Demoteilnehmenden vorhersehbar, bereits zu Beginn der Demo (bei Schwitztemperaturen) trat die Polizei martialisch in Kampfmontur auf. Die Polizei begleitete den Antifablock von Anfang mit einem dichten Spalier und griff mehrmals die Demo an. In den engen Straßen zog sich die Polizei trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Demoleitung immer noch nicht zurück. Die Demoleitung wunderte sich, daß die Polizei ihr Spalier verstärkt statt abbaut und schließlich den Antifablock mit einem Kessel längere Zeit zum Stehen bringt. Die Demoleitung - garantiert ohne böse Absichten, vielleicht ist ihnen also Naivität vorzuwerfen - versuchte, die Demospitze zum Anhalten zu bewegen. An der Spitze seien GewerkschafterInnen aus Spanien und Frankreich gewesen, hieß es hinterher, die wollten nicht stehenbleiben weil das nicht so üblich sei. In Ermangelung von OrdnerInnen an der Demospitze gelang es der Demoleitung nicht, den Zug anzuhalten, die Demo lief also weiter bis zum Schluß, es gab keine Lautsprecherdurchsagen, und die meisten DemoteilnehmerInnen haben nicht erfahren was beim Antifablock los war. Nur die Demoleitung lief zum Antifablock zurück. Irgendwer handelte mit der Polizei aus daß der Antifablock weiterlaufen dürfe, wenn der vordere Teil der Demo am Abschlußort angekommen ist, und zwar auf einer abgekürzten Strecke die nicht am Dom vorbeiführt.

Anti-EU-Demo am 3.6. und Kongreß am 4./5.6.

Für den fehlenden Protest während des EU-Gipfels (am 3. und 4. Juni) war auch die Tatsache verantwortlich, daß am 4.6. ein Kongreß stattfand, und eine Demo am 3.6., zu der nur 3500 Menschen kamen und wenig Menschen aus anderen

ländern, im Gegensatz zur Demo der Europäischen Märsche am 29.5. Mit der Verlegung der Demonstration auf den 29.5. gehe die Rechnung der Herrschenden voll auf, der EU-Gipfel bleibe protestfrei, hatte die Ökologische Linke argumentiert und darum die linksradikale Demonstration auf den 3.6. festgelegt. So fand am 3.6. eine äußerst berechenbare kleine bundesweite linksradikale Latschdemo weitab von der Innenstadt statt, und ansonsten blieben die Linksradikalen am 3. und 4. Juni mit ihrem Gegenkongreß der Straße fern und beschränkten sich auf verbalen Protest. Die Medien nahmen den Gegenkongreß fast nicht zur Kenntnis. Hinzu kommt, daß gar das Scheitern der bundesweiten linksradikalen Demo drohte, die hauptsächlich von der Ökologischen Linken und der Gruppe Perspektive aus Bremen organisiert wurde. Erst im letzten Moment sicherten weitere Kräfte, die Antifa KOK aus Düsseldorf und die Infopoints in Köln, eine funktionierende Organisationsstruktur (z.B. OrdnerInnen) für die Demo.

Im Nachhinein gesehen wäre es notwendig gewesen, linksradikale TeilnehmerInnen aus dem Ausland mit einem attraktiven Kongreß in der Zeit vor den Gipfeln zum Verbleib in Köln zu bewegen. Die meisten linksradikalen Gruppen aus Spanien, Italien, Frankreich und der Schweiz reisten am Samstagabend gleich nach der Demo wieder ab. Hätte der linksradikale Anti-EU-Kongreß parallel zum EU-Alternativgipfel (vom 28.5. bis zum 2.6.) stattgefunden, wäre auch Zeit für Arbeitsgruppen zur Vorbereitung von phantasievollen Aktionen am 3. und 4.6. vorhanden gewesen. Zum Anti-EU-Kongreß waren fast keine TeilnehmerInnen aus anderen Ländern angereist (im Gegensatz zu den Alternativgipfeln des Bündnis Köln 99). Indem die beiden Alternativ- bzw. Gegenkongresse nicht parallel, sondern nacheinander stattfanden, fehlte es weitgehend an einem Zusammenkommen unterschiedlicher Spektren, Synergieeffekte wurden dadurch verhindert. Kleine unberechenbare Aktionen gegen den EU-Gipfel beschränkten sich auf kleine Ausnahmen: die Poldermodell-Aktion am 2.6., die Aktionen des FrauenLesbenPlenums am 4.6., der Innenstadtaktionstag am 5.6. Sie erfuhren allesamt eine herbe Repression durch die Polizei.

2.6., 5.6., und andere Aktionstage: Eene mene Platzverweis - und weg bist du!

Mit Platzverweisen und großen Verhaftungsaktionen hatten 12000 PolizistInnen die wenigen Protestierenden völlig im Griff. Wir hätten viel zahlreicher sein müssen und an mehreren Orten gleichzeitig, um Überraschungseffekte erzielen zu können. So konnte mit sofortigem Platzverweis ab einer versammelten Person schon vor einer Aktion ebensolche bereits vor ihrem Stattfinden verhindert werden. Eine Öffentlichkeit zu dieser Aktionsverhinderungswelle durch die Polizei fand kaum statt. Ein Aktivist, unauffällig gekleidet, wurde am Hauptbahnhof Köln nichtsahnend namentlich von einem Zivilpolizisten angesprochen: "Guten Tag, Herr Sowieso, ich erteile Ihnen hiermit einen Platzverweis!". Eine Journalistin und ein Aktivist wurden beim harmlosen Espresso trinken in einem Café verhaftet. Auf die Polizeitaktik der Platzverweise, spätestens seit den Chaos-Tagen in Hannover gang und gäbe, gab es in Köln keine Antwort. Auch die AktivistInnen des internationalen Aktionstag vermochten nicht phantasievoll darauf zu reagieren: Die TeilnehmerInnen der Interkontinentalen Karawane blieben angesichts der am 18.6. erfahrenen Repression (stundenlanges Festsitzen in einer Straßenbahn während eines Polizeikesseles an der Haltestelle, 260 Platzverweise, Handgreiflichkeiten und rassistische Äußerungen der PolizistInnen) bei der Demo am 19.6., die zum Höhepunkt ihres Europaaufenthaltes werden sollte, mehrheitlich auf dem Camp. Auch in bezug auf soziale Bewegungen die sich international vernetzen stehen wir offenbar erst am Anfang. Schließlich hätte doch jemand den Bäuerinnen und Bauern aus Indien sowie AktivistInnen aus Bangladesch, Nepal, Mexiko und anderen Ländern doch vorher beschreiben können, wie polizeiliche Repression hierzulande aussehen kann.

16.-18.6.: G7-Alternativgipfel des Bündnis Köln 99

Große Enttäuschung auch beim Alternativgipfel am 17./18. Juni: nur Vorträge auf den Podium, wenig Interaktion, keine Arbeitsgruppen. Wenig neues, ähnliche ReferentInnen wie beim alternativen Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 oder 1985 in Bonn: Susan George, Elmar Altvater, Vandana Shiva, usw. (Auch zwischen verschiedenen Bereichen gab es kaum Interaktion. Am 16.6. lief ein Symposium zu Alternativen zur Globalisierung, am ersten Tag liefen drei Foren gleichzeitig: Migration, Zukunft der Arbeit und Ökonomie, und am zweiten Tag sollte dies zusammenfließen. Insbesondere für das Thema Migration fiel dies aber kaum auf.)

Ausgrenzende Mobilisierung

Beide Bündnisse, das breitere Bündnis Köln 99 (anfangs Antionterkirchenplenum genannt) und das bundesweite linksradikale Plenum (im folgenden Lira-Plenum) entwickelten trotz einer sehr langen Vorbereitungsphase wenig Mobilisierungskraft. Einzig die Europäischen Märsche konnten durch das frühzeitige Organisieren von Bussen im In- und Ausland eine nennenswerte Anzahl von Menschen dazu bewegen, nach Köln zu kommen. Aus dem Inland waren es am 29.5. nicht sehr viele, vor allem nicht aus dem Gewerkschaftsspektrum (nur die Gewerkschaft Nahrung-Genußmittel-Gaststätten).

Bündnis Köln 99

Das Bündnis Köln 99 verhedderte sich in endlosen Aufruf-Diskussionen, bei denen ernsthaft diskutiert wurde, die "Bleiberecht für alle"-Forderung entweder zu streichen (und damit das Netzwerk "Kein Mensch ist illegal" aus dem Bündnis zu drängen) oder in eine verwässernde Aufzählung zu verwandeln. Hintergrund der von der Umweltorganisation BUND aufgeworfenen Auseinandersetzung waren die Botschaftsbesetzung durch KurdInnen für die Freiheit von Öcalan (wenn kein Bleiberecht für alle, dann wohl nicht für kriminalisierte AusländerInnen?). Schließlich wurde die Forderung in eine völlig akzeptable Formulierung "für ein Europa ohne Grenzen..." umgewandelt. Gleichzeitig (und in der Aufregung weniger beachtet, dies war bestimmt auch Absicht) wurde die Forderung nach "Schuldenstreichung für alle Entwicklungsländer und Reparationszahlungen für neokoloniale Ausbeutung" gestrichen und in das Erlaßjahr-kompatible "Schuldenstreichung für die ärmsten Länder" umgewandelt. Ein eigenständiges Profil gegenüber der Erlaßjahrkampagne, die am 19.6.99 eine Menschenkette veranstaltete, war seitens des Bündnisses Köln 99 nicht sonderlich beabsichtigt. Die Nichtregierungsorganisation (NGO) WEED aus Bonn übte im Bündnis Köln 99 eine deutliche Hegemonie in der Außendarstellung aus. Erklärtes Hauptziel auch des Alternativen Weltwirtschaftsgipfels war gemäß den Presseerklärungen von WEED die Forderung nach einem Schuldenerlaß für die ärmsten Länder.

Bundesweites linksradikales Plenum

Das bundesweite Lira-Plenum führte ebenfalls endlose Aufruf-Diskussionen. Grundlage war ein Text, der in seinen Grundzügen auch vor zehn Jahren hätte geschrieben werden können (und einige munkelten, es handele sich bei der Vorlage um einen Text, der für den WWG 1992 geschrieben wurde). Die Ökologische Linke setzte hier eine bundesweite Hegemonie durch, die Schwerpunktsetzung auf den EU-Gipfel wurde mit (im Vergleich zum Aufruf) geringer Diskussion durchgesetzt. Ein großes Problem entstand bei der Verlegung des offiziellen EU-Gipfels auf den 3./4. Juni. Die Europäischen Märsche entschieden sich auf einer Konferenz Ende Januar in Köln, bei der nur wenige Linksradikale und auch wenige KölnerInnen anwesend waren, für die Demo am 29.5. Die AABO mobilisierten für den 29.5. und verabschiedeten sich aus dem bundesweiten Lira-Plenum. Beim bundesweiten Lira-Plenum wurde Ende Februar diskutiert, wie darauf zu reagieren sei, und die Hälfte

der Anwesenden sprachen sich für eine Vorverlegung des Gegenkongresses aus, insbesondere auch, um linksradikale aus dem Ausland anzusprechen. Die Ökologische Linke und die Gruppe Perspektive aus Bremen nutzten die Moderatorenposition aus, um ihre Meinung durchzusetzen. Eine Kritik aus München an diesem Treffen wurde vom Bundesvorstand der Roten Hilfe abschlägig beantwortet und insgesamt kaum beachtet. In der Folge erschienen viel weniger Gruppen zu den bundesweiten Treffen (dieser Trend war auch beim Bündnis Köln 99 zu beobachten), die Kongreß- und Demovorbereitung wurde im kleinen Kreis weitgehend von Ökoli, Perspektive und Rote Hilfe durchgeführt, es gab keine ausführlichen Protokolle von den AGs. Schließlich wurde sogar die Beteiligung von weiteren Gruppen an der Anti-EU-Kongreßvorbereitung verhindert: War schon die Aufforderung, andere Gruppen aus dem Ausland in die Kongreßvorbereitung mit einzubeziehen, auf taube Ohren gestoßen, so wurde ein Antinationales Forum von den Gruppen Venceremos Berlin, Demontage Hamburg u.a. auf dem Kongreß rundweg abgelehnt. Der Kongreß selbst blieb so am 3./4. Juni ein kleiner Kreis, doch das ausgelagerte Antinationale Forum vermochte immerhin am meisten TeilnehmerInnen anzuziehen.

„Es gibt kein richtiges Leben im Falschen“ - müssen wir deswegen alles falsch machen?

Wir haben in Köln zahlreiche Fehler gemacht, und es gilt, für die nächste große Kampagne (z.B. Anti-Expo, Anti-WTO) daraus zu lernen. Beim G7-Alternativgipfel wurde ein Flugblatt (aus autonomen antiimperialistischen Kreisen) verteilt mit dem Titel „Neokeynesianische Illusionen“, das sich kritisch mit dem Programm des Alternativgipfels von „Bündnis Köln 99“ auseinandersetzt: „Das dortige Programm erscheint bunt bis beliebig, radikalere und reformistische Ansätze stehen unvermittelt bis widersprüchlich nebeneinander. So kann es kaum verwundern, daß ein Diskusstitel für den 18.6. gänzlich unverhohlen nach ‚Perspektiven neokeynesianischer Reformalternativen‘ fragt“. Nach einer Darstellung der Rolle des Keynesianismus im (sozialen) Krieg und der Bedeutung einer Rückkehr zu alten Regulierungsformen, erklären die FlugblattschreiberInnen: „Wenn sie [diejenigen, die nur die Organisation des Krieges verändern und verbessern wollen] nach Defizitfinanzierung rufen, dann muß ihnen gesagt werden, daß die internationalen Finanzmärkte gewaltige Spielräume der Defizitfinanzierung geschaffen haben, daß der aktuelle G7-Keynesianismus in der Form einer enormen amerikanischen Privatverschuldung den weltweiten Wachstumsmotor monetär füttert.“ Und anschließend zitieren sie aus dem Manifest der Interkontinentalen Karawane (ICC): „Diese Reformen bewirken keine Veränderung in bezug auf die Ballung wirtschaftlicher, politischer und technologischer Macht, in welcher all unsere Probleme wurzeln - im Gegenteil, sie haben die Tendenz, diese Mechanismen zu verstärken.“ Angesichts der ICC, die gemeinsam mit der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ gegen die Unterdrückungen und Verwüstungen im Trikont sowie gleichzeitig gegen den rassistischen Abschiebeterror demonstriert, kommen die AutorInnen zu folgendem Ergebnis: „Allein in der konkreten Verknüpfung verschiedener Auseinandersetzungsfronten [wie antirassistischen Fluchthilfen und Widerständen gegen die sozialen Säuberungen in den Städten, in Kämpfen gegen neofaschistische Formierungen, gegen neue patriarchale Formen sexistischer Gewalt u.a.] liegt die Möglichkeit, Widerstandsstrategien auf ein Niveau zu bringen, das der komplexen Logik des abgestuften sozialen Krieges entgegenwirken kann“.

Synergieeffekte am 18.6.

Wenn Gruppen aus verschiedenen Spektren und aus verschiedenen Ländern sich miteinander solidarisieren und zu einer gemeinsamen Praxis kommen, können durch diese unerwarteten Zusammenkünfte unberechenbare Aktionen geplant werden. Aus dieser Interaktion zwischen verschiedenen Gruppen kön-

nen sich Synergieeffekte entwickeln, aus denen etwas neues entstehen kann. Ein Beispiel für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist der internationale Aktionstag, der von Reclaim the Streets und vielen anderen Netzwerken initiiert wurde. Der globaler Aktionstag beinhaltete koordinierte Aktionen in Nigerien, Australien, den USA, Kanada, Argentinien, Uruguay, in der Tschechischen Republik, Weißrußland, Zimbabwe, Pakistan und zahlreichen anderen Ländern. In London protestierten fast 10000 Menschen in der Innenstadt mit mehreren Aktionen, und die Medien berichteten über eine „antikapitalistische Demonstration“. Trotzdem fand dieser Aktionstag wenig Echo in den Medien. Dies liegt vielleicht auch an der Unvorstellbarkeit des Neuen, daß Gruppen in 43 Ländern

Ausgewählte Liste

- 28.5.-2.6.99: EU-Alternativgipfel. Parlament der Erwerbslosen, 2.6. Verteilung von Flugblättern vor dem Arbeitsamt. 30.5.: ChemieKreis: Workshop; ganztägiges Treffen von antirassistischen Gruppen
- 29.5.: Holländischer Nulltarif-Zug an der Grenze in Emmerich gestoppt. Außerdem weitere Nulltarifaktionen, z.B. aus Frankreich
- 29.5.: Demo der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützter Beschäftigung, Rassismus und Krieg. 35000 TeilnehmerInnen, mehrheitlich aus anderen Ländern, ein großer anarchosyndikalistischer Block, KurdInnenblock. Der Antifablock wurde von Anfang an von einem dichten Polizeispalier begleitet und mehrmals angegriffen. Der Antifablock wurde schließlich mit einem Polizeikessel gestoppt und von der restlichen Demo getrennt und mußte nach Ankunft der Demospitze am Abschlußort eine andere Route (nicht am Dom vorbei) nehmen. Die restliche Demo wurde von der Demoleitung nicht über die Prügeleien gegen den Antifablock informiert. Der Demoleitung gelang es nach eigenen Aussagen nicht, die Demospitze anzuhalten.
- 31.5.: Trauermarsch mit Straßentheater anlässlich des gewaltsamen Todes des sudanesischen Flüchtlings Aamir Ageeb, der am 28.5. bei der Abschiebung in einer Linienflugmaschine der Lufthansa getötet wurde. Am 16.6. Protest bei der Lufthansa-Aktionärsversammlung in Köln
- 1.6.99: Besetzung des AZ in der Aachener Straße, leider am 9.6.99 bereits wieder geräumt
- 2.6.: Aktion gegen das niederländische Poldermodell (staatliches Förderprogramm für Niedriglohnjobs) gegen die Zeitarbeitsfirma Randstad, 25 internationale AktivistInnen verhaftet; Aktion gegen Abschiebungen bei der Lufthansa vor einem Reisebüro
- 27.5./2.6.: Hausdurchsuchungen in München
- 3.6.: Bus aus München vor der Fahrt nach Köln von Polizei durchsucht, eine Festnahme; 3.6.: linksradikale Anti-EU-Demo, etwa 3500 TeilnehmerInnen, unter anderem auch VertreterInnen der Interkontinentalen Karawane (ICC). Der Versammlungsort in der Innenstadt wurde nicht genehmigt, stattdessen war Demo außerhalb der Sicherheitszone; 3.6. abends: ICC-Frauenveranstaltung im Bürgerzentrum Alte Feuerwache mit Frauen aus Indien, Bangladesch, Mexiko, Iran, usw. in Zusammenarbeit mit dem Frauenlesben-Plenum gegen die Gipfel
- 3./4.6. Offizieller EU-Gipfel
- 4.6.: Beginn des Hungerstreiks der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen im Parteibüro der Kölner Bündnisgrünen; Kranbesteigung durch eine Aktivistin in der Sicherheitszone; Frauenlesben-Aktionstag mit Fahrraddemo und Straßentheater. An den Frauenlesben-Aktivitäten vom 3.-5.6. nahmen etwa 200 teil
- 4./5.6.: Anti-EU-Kongreß. Rund 200 TeilnehmerInnen, kaum ausländische Gäste (einige wenige bei der AG politische Gefangene aus Italien und Griechenland, u.a.). Veranstaltet wurde der Gegenkongreß von Ökoli, Gruppe Perspektive Bremen und Rote Hilfe. Ein Antinationales Forum fand auf der anderen Rheinseite statt und verzeichnete am meisten TeilnehmerInnen (etwa 150). 4.6. Aktion vor dem Max-Planck-Institut, ein Gentechnik-Forschungszentrum. Der Direktor lud die AktivistInnen, darunter auch VertreterInnen der Interkontinentalen Karawane zum Gespräch ein.
- 5.6.: Innenstadtaktionstag: Polizeikessel in der Einkaufsmeile, zahlreiche Platzverweise und Verhaftungen; 5.6.: Frauenlesbendemo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss, etwa 200 Teilnehmerinnen. Bullenstreß, die Frauenlesben hatten Seifenblasen dabei
- 9./10.6. G8-Außenministertagung
- 12.6. Gemischte Demo in Neuss gegen den Frauenabschiebeknast, etwa 2500 Leute

auf allen fünf Kontinenten längere Zeit auf ein solches gemeinsames Datum hinarbeiten. Die Idee des internationalen Aktionstages, der in einer ähnlichen Form bereits am 18. Mai 1998 anlässlich der Konferenz der Welthandelsorganisation in Genf stattfand, ist eine Verbindung von Kultur (Tanzen auf der Straße), die auf ökologische Aktionsgruppen gegen Autobahnbau (wie Earth First!) und gewerkschaftliche Basisgruppen wie seinerzeit die Liverpool Dockers in England trifft. Daraus können spannende Diskussionsprozesse entstehen mit weiteren Verbindungen wo andere dazu bewegt werden, mitzumachen, so daß die Aktion immer weitere Kreise zieht. Friede, Freude, Eierkuchen oder Repolitisierung der Love Parade? Weder noch. Auch diese neue Aktionsform trifft schnell

von Gegenaktionen

15.-20.6. Interkontinentales Kultur- und Widerstandscamp in den Riehler Rheinauen, insgesamt rund 700 TeilnehmerInnen

15.6.: Grüne ließen Flüchtlinge räumen. Am Tag nach den Europawahlen stellten die Kölner Grünen den Räumungsantrag gegen die Hungerstreikenden in ihrem Büro. Die Polizei kam gegen 9 Uhr morgens und nahm sämtliche Flüchtlinge mit zum Polizeihauptquartier und ließ sie abends wieder frei. Für den 15.6. war um 11 Uhr eine Pressekonferenz über Alex Alayo Chavez angesetzt. Alex wurde am 8.6. auf dem Weg zu einem Treffen verhaftet und in den Abschiebeknast Büren gebracht. Nachmittags gab es eine kurze Solibesetzung des Grünen-Büros der Kölner Ratsfraktion mit der Forderung, die Strafanträge zurückzunehmen. Am 15.6. abends wurde die Geschäftsstelle der Grünen in Aachen mit Steinen und Farbe aufgesucht.

16.6. Veranstaltung "Alternativen zur Globalisierung" (Komitee gegen das MAI und andere) und Anhörung des NRO-Frauenforum "Callgirls des globalen Marktes"

17.6. Kabelaktion: eine Polizeihotline wurde gestört.

17./18.6. Alternativer Weltwirtschaftsgipfel. Insgesamt etwa 600-800 TeilnehmerInnen. AktivistInnen protestierten bei einem "Go-in" gegen Kriegsbefürworter Ralf Fücks, der für die Heinrich-Böll-Stiftung auf dem Podium saß. Sie informierten über die Räumung des Grünen-Büros. Am 18.6. um 17 Uhr gab es ein kleines Theater auf dem Platz vor dem Alternativgipfelveranstaltungsort, der Volkshochschule (VHS), gleich neben der Josef-Haubrich-Kunsthalle mit einer Ausstellung zum G7-Gipfel. Die Polizei versuchte nach dem Theater, den Platz zu räumen, und trieb die KongreßteilnehmerInnen in die VHS zurück, weil die Ehegattinnen der G7-Staatschefs sich die Ausstellung ansehen wollten.

18.-20.6. Offizieller Weltwirtschaftsgipfel der sieben größten Industrieländer, G8 mit Rußland

18.6.: Internationaler Aktionstag: Demo gegen Bayer Leverkusen mit 400-500 Leuten vom Werktor zur Stadtmitte; Laugh Parade in Köln. Beinahekessel am Versammlungsort Ebertplatz (fast 300 Leute), die Kundgebung löste sich vorher auf. Kessel an der Straßenhaltestelle beim Camp, die Straßenbahn wurde festgesetzt, zahlreiche Verhaftungen und etwa 250 Platzzerweise. Gentechnisches Versuchsfeld bei Bentfeld zerstört. International kam es in ganz vielen Ländern zu parallelen Aktionen, z.B. Nigerien, Argentinien, Weißrußland. Die Innenstadt von London erlebte eine großangelegte antikapitalistische Demo

19.6.: Nulltarifaktion in einem Zug aus den Niederlanden nach Köln; Menschenkette der Erlaßjahrkampagne mit 20000 TeilnehmerInnen; Demonstration gegen den G8-Gipfel des Bündnis Köln 99 mit rund 10000 bis 12000 TeilnehmerInnen, davon 5000 KurdInnen, außerdem Flüchtlinge aus Sri Lanka und die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, ein kleiner linksradikaler Block. Für die Demo am 19.6. wurde der genaue Versammlungsort ("Köln-Innenstadt") erst wenige Tage zuvor bei einem Gerichtstermin bekannt. Die Demo hatte eine ähnliche Route wie diejenige vom 29.5., bei strahlendem Sonnenschein, aber sie war ebenfalls zu lang und die TeilnehmerInnen waren danach fix und fertig. Zu anschließenden Aktionen in der Innenstadt kam es nicht.

20.6.: Demo von etwa 150 IranerInnen gegen Khatami vor dem Kölner Dom. Sie wurden brutal verprügelt - es kam zu mehreren Verletzungen - und anschließend nach Brühl gebracht. Abends: Spontansolidarische Kundgebung vor den Toren der Gefangenenanstalt. Die PolizistInnen waren bei der Freilassung so verängstigt, daß sie sogar einen Wasserwerfer auffuhren und die Freigelassenen nach Köln zurückbrachten. 20.6.: Frauenlesben-Aktion mit Transparenten auf einem Personenschiff auf dem Rhein

auf die Repression durch die Polizei. In Köln scheiterte die geplante Aktion am Nachmittag des 18. Juni an einem Beinahekessel am Versammlungsort und einer Einkesselung von mehreren hundert AktivistInnen an einer Straßenbahnhaltestelle. Einzig die am Vormittag des 18. Juni durchgeführte Demonstration gegen Bayer Leverkusen (vom Werktor in die Innenstadt) blieb unbehelligt.

Es muß also versucht werden, noch mehr Leute für diese Aktionsformen zu gewinnen, gleichzeitig dürfen die Proteste nicht inhaltsleer bleiben (was böse Zungen "puren Aktionismus" nennen).

Einbindung des Protestes

Gerade in Bezug auf Bewegungen wie der Schuldenerlaßkampagne Jubilee 2000 werden auch Gefahren von breiten Bündnissen mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sichtbar. Die Erlaßjahrkampagne unterscheidet sich fundamental von den "IWF-Mördertreff und IWF zerschlagen!"-Parolen 1988 in Westberlin. Noch 1994 hieß es beim IWF-Weltbank-Treffen in Madrid, als das Bretton-Woods-System sein 50jähriges Bestehen feierte, "50 Jahre sind genug". Die Nichtregierungsorganisation WEED (World Economy, Environment and Development) in Bonn lieferte mit ihren Analysen zur Schuldenproblematik im Vorfeld und während des Weltwirtschaftsgipfels die kritische Begleitstimme zur Schuldeninitiative der Bundesregierung und mauserte sich so zur Regierungsberaterin. Die von WEED geleistete öffentliche Darstellung "ihres" Alternativgipfels, der von der Stadt als Teil des offiziellen Rahmenprogramms zum WWG subventioniert wurde, vernachlässigte stark die anderen beiden Foren beim Alternativgipfel, das Forum "Flucht und Migration" von "Kein Mensch ist illegal" sowie das Forum "Zukunft der Arbeit" der linken NGO "medico international".

In Zeiten des Krieges und befriedeten Vor- und Nachkriegszeiten ist die vielbeschworene "Zivilgesellschaft", in der sich die unterschiedlichen NGOs tummeln, ein umkämpftes Terrain. Es gilt, sich nicht der neuen Mitte anzubiedern, die immer mehr nach rechts tendiert. Über die Zivilgesellschaft läuft die Stabilisierung von Herrschaft und der Versuch der Einbindung einströmender radikaler Kräfte. Diese Einbindung geht soweit, daß ehemalige Teile der Friedensbewegung in der Grünen-Partei auf einmal humanitäre Bomben befürworteten und mithelfen, einen Krieg zu legitimieren und die Besetzung eines Landes als Friedensmission zu verkaufen. Die Antikriegsproteste in Köln und anderswo (auch WEED und das Bündnis Köln 99 positionierten sich gegen den Krieg) trafen auf wenig Resonanz in den mainstream-Medien. In geordneten Bahnen, leicht kontrollierbar durch den Staat, ist Protest kaum mehr öffentlich sichtbar. In Köln wurde über die Medien ein solcher Jubel über den Besuch der Staatsgäste inszeniert, daß der vorhandene Ärger über Personenkontrollen und Verkehrsbehinderungen bis hin zu einem eigentlichen Belagerungszustand von 12000 PolizistInnen, kaum eine kritische Äußerung fand. Während der Kosovo-Stabilitätskonferenz in Köln war keine Antikriegsstimme zu hören, es blieb beim Schweigen im Blätterwalde.

Nur mit einer internationalen Vernetzung von sozialen Bewegungen, die sich neue und unberechenbare Aktionsformen einfallen lassen, kann die Lethargie in der Gesellschaft aufgebrochen werden. Es müssen Freiräume geschaffen werden, in denen Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenkommen und sich gegenseitig informieren, weiterbilden und versuchen, Gegeninformationen zur herrschenden Meinung in die Welt zu setzen, um Diskussionen in Gang zu bringen, die schrittweise dazu beitragen, nebst fundierten Analysen der gegenwärtigen Situation und der Veränderungen seit zwei Jahrzehnten auch Perspektiven der Aufhebung der Verhältnisse zu eröffnen. Mit Abgrenzungen gegenüber breiteren Bündnissen werden jedoch die Nichtregierungsorganisationen sich selbst und ihren regierungskompatiblen Vorschlägen überlassen, und auch die Linksradikalen bleiben unter sich, so daß keine öffentlich wahrnehmbare Auseinandersetzung um diese kapitalismusverbessernden Positionen stattfinden kann.

Auf dem Weg zur Dominanz weniger

Die Köln–Aktivitäten sind nie "von unten" gewachsen. "Von unten" meint hier nicht einen Teil der Bewegung, sondern ein Prinzip von Organisation. Danach würden Ideen dann "von unten" entwickelt, wenn organisationsfähige Basis– und Projektgruppen, Zusammenhänge und Einrichtungen gleichberechtigt mit– und nebeneinander agieren würden. Ihr Ziel wäre es, die eigene Handlungsfähigkeit genauso auszubauen wie die anderer Gruppen. Informationen und Mittel ständen, soweit möglich, allen zur Verfügung.

Beide überregionalen Bündnisse setzten dagegen auf zentralistische Organisation und erhofften sich in der Geschlossenheit die größte Wirkung. Das wurde schon sehr früh deutlich – ebenso wie die Neigung vieler, die Kölner Aktivitäten gar nicht als "Gegen"politik zu begreifen, sondern den in den 90er Jahren prägend gewordenen Lobbyarbeitsstil fortzusetzen, d.h. das Festlegen der eigenen Strategie auf einen Beraterstatus bei den Mächtigen.

Im Original: Bericht zum Vorbereitungstreffen der Euromärsche (und damit auch zur größten Demo im Zuge der Kölner Aktivitäten, nämlich der am 29.5.):

Euromarsch und die Regierung der Linken

Am 23./24.1. fand in der Kölner Universität das europaweite Treffen der "Euromärsche" statt, dem Zusammenschluß von linken SozialdemokratInnen, einigen Erwerbslosengruppen und GewerkschafterInnen. Für dieses Spektrum hat der "Regierungsantritt der Sozialdemokraten die Erwartung geschaffen ... eine gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum einzuleiten" (Aufruf zur Konferenz). Auch das Europäische Sekretariat der Euromärsche klammert sich an diese naive Weltsicht: "Nach den Wahlen in Deutschland gehören jetzt 13 der 15 Regierungen der EU zur Linken". Man will "in Köln endlich von den Regierenden erhört werden". Dazu will man vor dem EU-Gipfel ein "Gegenparlament der Erwerbslosen" tagen lassen, das den verbündeten linken Regierungen dann eine Forderungscharta vorlegen will.

Nicht alle der anwesenden 500 TeilnehmerInnen glaubten an solche "nostalgischen Sprüche der Gewerkschaften vom 'Recht auf Arbeit' und 'Vollbeschäftigung für alle'" (Aufruf der französischen Erwerbslosenbewegung AC! - Agir ensemble contre le chômage!). AC! will "weit über eine Erwerbslosenpolitik hinausgehen" und erhebt Anspruch auf ein Einkommen für Jugendliche, SchülerInnen und StudentInnen. AC! befürwortet "kollektive Wiederauflösungen von Reichtümern, Schwarzfahraktionen, Einkaufswagen-Aktionen in Supermärkten, Gratisessen in Luxusrestaurants", Zugbesetzungen (um kostenlos zu Demos fahren zu können), usw. und kritisiert die angeblich "linken" Regierungen in der EU wie die niederländische, die ihr "Beschäftigungswunder" durch Billiglöhne und ungesicherte Teilzeitjobs geschaffen haben.

Diese politischen Differenzen wurden auf der Konferenz nicht geklärt oder ausführlich diskutiert. Im Gegenteil. War es die schlampe Organisation der Konferenz oder war es Taktik: Aufgrund von extremen Zeitverzögerungen blieben für die geplanten AGs nur 2 Stunden Zeit. Stattdessen wurden im Plenum in der Uni-Aula Grußworte vorgetragen von der Qualität, daß es "nach der Wiedervereinigung nun darum gehe, die Marktwirtschaft sozial zu gestalten" (Sprecher der Erwerbsloseninitiative Mecklenburg-Vorpommern). In den Kurz-AGs wurden Meinungsverschiedenheiten per Abstimmung beendet, so z. B. in der AG "Demonstration". Die Mehrheit der Euromärscher, DKPler und PDSler in der AG entschied sich für einen Termin 5 Tage vor dem Gipfeltreffen. Man wolle "Masse zeigen", der Hinweis darauf, daß damit seitens des Euromarsch auf die Taktik der EU-Kommission eingegangen wird, den Gipfel protestfrei zu halten, fruchtete wenig. In der Demo-AG war auch der Vorschlag, Pierre Bordieu als Demo-Redner einzuladen, nicht konsensfähig, geschweige denn das Konzept, "Men-

schen mit einem antagonistischen Gesellschaftsverständnis" einzuladen (EZLN, Ex-Gefangene). Es soll bei kurzen Grußworten bleiben, denn bei Demos "hört ja eh niemand zu". Immerhin will Euromarsch den Demotermin am 3.6. auch in seinen Publikationen bekannt machen, weil die "andere Mobilisierungssituation in der BRD" halbwegs nachvollzogen werden kann. Ob diese Zusage eingehalten werden wird, bleibt ebenso abzuwarten wie die endgültige Fassung des Aufrufs der "Europäischen Märsche", der nicht mehr fertiggestellt werden konnte und nun in einer kleinen Kommission zu Ende formuliert werden soll. In der Kongreß-AG wurden der (in diesem Rundbrief beiliegende) Aufrufentwurf und die Vorschläge für die thematischen Foren vorgelegt. Einen neuen Vorschlag von Jusos/Grünen gab es nicht. Letztere werden sich nun am "Parlament der Erwerbslosen" beteiligen und einige Veranstaltungen beisteuern, die von So., dem 30.5. bis Mi., den 2.6. platziert werden sollen. Wenn der Gipfel beginnt, ist Schluß. Der von uns geplante Anti-EU-Kongreß wird also die einzige inhaltliche Großveranstaltung während des EU-Gipfels sein. Nicht alle AG-TeilnehmerInnen aus dem NGO/Euromarsch-Spektrum waren über diese Mehrheitstendenz völlig glücklich, sodaß die Überlegung besteht, am 2.6. (Mittwoch abend vor dem EU-Gipfel) eine gemeinsame "Scharnier"-Veranstaltung durchzuführen.

Das Euromarsch–Spektrum organisierte sich vor allem im Rahmen des Bündnis Köln 99, hielt aber auch Kontakt zum linksradikalen Bündnis. Es gehörte zu den wichtigsten Teilen der Kölner Aktivitäten.

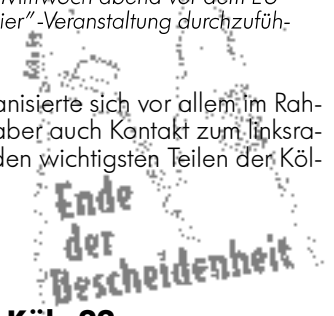
Organisation und Ausgrenzung im Bündnis Köln 99

Das "Bündnis Köln 99" war ein klassisches NGO–Bündnis. EinzelfunktionärInnen von Lobbyorganisationen dominierten das Geschehen, u.a. WEED, das Grün–alternative Jugendbündnis, die Jusos, die Erlaßjahrkampagne und der fzs. Wer genau welche Dominanz aufbauen konnte, ist von außen schwer zu erkennen. Deutlich wird z.B. der maßgebliche Einfluß von WEED an den Auseinandersetzungen um den Aufruf (siehe übernächste Seite). Die Auswertung der gesamten Aktivitäten durch den WEED–Spitzenfunktionär Peter Wahl, Hauptdrahtzieher des Bündnis Köln 99, zeigt zudem auch, daß ihm spätestens während der Vorbereitungen zu den Aktionen die Idee einer gefestigten Führungsstrukturen im NGO–Spektrum gekommen sein muß (siehe Seite 31). Dabei sieht Wahl nicht einmal die wichtigsten Träger der tatsächlichen Aktivitäten im Mittelpunkt (z.B. erwähnt er den fzs oder Kein Mensch ist illegal gar nicht), sondern WEED–nahe Lobbyorganisationen.

Das Kürzel "NGO" steht für "non–governmental organization" (Nichtregierungsorganisation). NGOs grenzen sich aber nur formal von den Regierungen ab, ansonsten steht der Begriff für ein Verständnis, das eine maximale Regierungsnähe und oft die totale finanzielle Abhängigkeit von den Regierungen vorsieht. Das wirkte sich im Konkreten in Köln so aus, daß die als regierungskritisch bezeichneten Veranstaltungen z.B. zu großen Teilen von der Regierung finanziert wurden oder sich die Entwicklungshilfeministerin Wieszorek–Zeul selbst in die Menschenkette der Erlaßjahrkampagne einreichte, während ihr Chef Schröder im Kreis der G8–Regierungschefs die weitere ökonomische Verwertung der Welt besprach.

NGOs streben eine direkte Beteiligung an der Macht an, z.B. fordern sie eine dritte Kammer (neben Bundestag und Bundesrat), wo sie selbst sitzen, fördern unverbindliche Runde Tische nach dem Motto "Dabeisein ist alles" (z.B. Agenda 21, Mediationsverfahren usw.) oder wünschen sich, wie z.B. die Erlaßjahrkampagne, den Aufbau von Kreditvergabeinstitutionen in den ärmeren Ländern, wo sie selbst im Vergaberat sitzen. Umweltverbände wie der BUND fordern nationale Ökoräte, von wo sie ein Stück mitregieren können. WEED regte vor kurzem den unverbildlichen Diskussionsprozeß "debate 21" an, der im Zusammenhang mit der Expo 2000 (!) stattfindet.

Trotz ihres Namens grenzen sich NGOs nicht in ersterlinie ge-



genüber den Regierungen und parlamentarischen Systemen ab, sondern wollen teilnehmen. Klare Abgrenzungen gibt es dagegen zu solchen Gruppen, die das System staatlicher und wirtschaftlicher Macht ablehnen oder mindestens grundlegend verändern wollen. Zusammenarbeit zwischen NGOs und selbstorganisiert-radikalen Gruppen ist daher auch kaum möglich, weil die einen um ihren guten Ruf bei den Mächtigen, die anderen um den Vorwurf des Verrats fürchten.

NGOs sind von den überkommenen Verbandsstrukturen geprägt, d.h. von klaren Hierarchien, Zuständigkeiten, Abneigung gegenüber Spontanität und Dynamik. Alles muß seinen geregelten, legalen und zu den Zuschußanträgen und Genehmigungen passenden Gang gehen. Im Bündnis Köln 99 zeigte sich das vor allem dadurch, daß alle Vorgänge von zentralen Gremien ausgingen. Diese zeigten die verbandstypische Schwerfälligkeit und Vorsichtigkeit, zudem mußten alle zentralen Entscheidungen in den Trägerorganisationen abgestimmt werden. Eine solche Organisationsstruktur unterscheidet sich elementar von vielfältigen, auf autonom agierenden Basisgruppen basierenden Aktionskonzepten, wie sie z.B. sei einigen Jahren erfolgreich bei den Castor-Auseinandersetzungen verwirklicht werden ("Streckenkonzept"). Von Seiten der Vorbereitungsgruppen wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, spontane Aktivitäten im Rahmen der Kongresse oder Aktionen zu fördern (Platz für freie AK-Angebote, Stadtpläne, Treffpunkte, Telefonnummer usw. im Vorfeld streuen). Dadurch behielten sie das Heft den gesamten Aktionsmonat über voll in der Hand.

Verbandstypisches Verhalten zeigte sich auch in den Vorbereitungstreffen selbst. Hauptgesprächsthemen waren Abstimmungsprozesse (die bei vielfältigen Aktionskonzepten so nicht nötig sind), Personal- und Finanzfragen.

Stil und Inhalte des Bündnis Köln 99 führten während der Vorbereitung und Umsetzung der Kölner Aktivitäten zu etlichen Zerwürfnissen auch innerhalb der Bündnisse. Etliche aktive Mitwirkende, z.B. aus dem für das Bündnis eingerichteten Büro von Köln 99, verließen die Vorbereitungsarbeit und brachten sich eher in lokale Kölner Vorbereitungszusammenhänge ein.

Völlig unklar bleibt, warum es nicht zu stärkerem Protest gegen Stil und Inhalte des Bündnis Köln 99 gekommen ist. Organisationen und Zusammenhänge wie der BUKO (der sogar von Peter Wahl in seinem Nachbereitungspapier als zukünftiger Partner positiv erwähnt wird), Kein Mensch ist illegal, JD/JL, ak oder andere erscheinen völlig aktionsunfähig gegenüber der Dominanz der NGO-Kader.

Die Trennung der Bündnisse

Die erste offensichtliche, aber gegenseitige Ausgrenzung entstand durch die Teilung des Vorbereitungskreises. Da die Konzeption eben nicht vielfältig und offen war, gründete sich neben dem NGO-orientierten Bündnis noch das linksradikale Bündnis. Zudem gab es ein lokales Kölner Bündnis, das sich aber z.T. stark an das Bündnis Köln 99 anlehnte. Viele der Kölner Gruppen zogen sich ganz aus der überregionalen Vorbereitung zurück und konzentrierten sich auf autonom organisierte Aktionen (Besetzung autonomes Zentrum u.ä.) und die Schaffung einer Infrastruktur für die Proteste (Schlafplätze, Infopoints, Stadtpläne usw.).

Das Bündnis Köln 99 hatte offensichtliche Schwierigkeiten, überhaupt das Nebeneinander verschiedener Bündnisse zu akzeptieren. So findet sich im Protokoll des "Arbeitsausschusses" (AA), d.h. des Koordinationsgremiums, vom 17.2. folgende Passage zur linksradikalen Demo am 3.6.

Es stellt sich die Frage, welches Verhältnis der Arbeitsausschuß zur Demo am 3.6. hat. Es wird befürchtet, daß der Verlauf der Demo am 3.6. starke Auswirkungen auf die Mobilisierung und den Charakter der Demo am 19.6. haben wird. Deshalb wird das Gespräch mit dem Linksradikalen Bündnis gesucht, in dem wir klar machen, daß wir uns nicht von der Demo am 3.6. distanzieren wollen, wenn glaubwürdig versichert wird, eine gewaltfreie Demonstration durchzuführen.

Die Trennung der Bündnisse erfolgte nur scheinbar an überbrückbaren inhaltlichen Unterschieden. Tatsächlich wurde an mehreren Stellen deutlich, wie gut die Organisationsstrategien der jeweiligen Führungskader der Bündnisse einander zuarbeiteten. Selbst der sonst heikle Punkt der Verhandlungen mit der Polizei um Demorouten wurde von beiden Bündnissen zusammen umgesetzt. Beide (!) strebten nach eigenen Aussagen an, auf jeden Fall einen Konsens mit der Polizei erreichen zu wollen. Ebenso wurden viele Verhandlungen mit der Stadt gemeinsam geführt, wobei "respektable" Organisationen auftreten sollten – eine Lesart, die auch vom linksradikalen Bündnis mitgetragen wurde und so der Dominanz von NGOs weiter Vorschub leistete, weil über diese alle formalen Vorgänge (Genehmigungen, Raumanmietung, Zuschüsse u.ä.) liefen.

Auszug aus dem Protokoll der Campvorbereitung am 9.2.:

Beide Kongresse sollen gemeinsam gegenüber der Stadt auftreten. Dafür bedarf es eines gemeinsamen Daches, dem mindestens zwei respektable Organisationen angehören. Eine solche TrägerInnen-Kreis soll es auch für das Camp geben. Entsprechend sollten es Organisationen mit dem entsprechenden Renommee sein (z.B. Falken, Naturfreunde etc.). Diese drei Veranstaltungen werden der Stadt als Paket präsentiert. Dazu kommen u.U. die ICC-InderInnen-Tour zum G7/8-Gipfel und das Frauen/Lesben-Camp. Der SCL ist beim Camp Partner, eine Trägerschaft ist nicht möglich.

Entscheidendes Ziel für die Bildung der Bündnisse war das Bestreben des Dominanzaufbaus – von Seiten einiger NGOs über das etablierte politische Spektrum (Zitat aus dem Papier von Peter Wahl, WEED, am 24.6. nach den Kölner Gipfeln: "Bündnispolitisch ist mit dem "harten Kern" der Trägerorganisationen insbesondere BUND, BUKO, IPPNW, NRO-Frauenforum, OXFAM, medico international und WEED eine interessante Konstellation entstanden, die über den Anlaß hinaus interessant ist, vor allem für möglich werdende außerparlamentarische Neustrukturierungsprozesse infolge der innenpolitischen Entwicklung") sowie von Seiten der drei dominanten Gruppen im linksradikalen Bündnis (Ökoli, Rote Hilfe, Perspektive). Beide Kreise verfolgten keine Dominanz über die ganze Breite, sondern über ihr Spektrum politischer Zusammenhänge. Die Teilung beruhte daher vor allem auf dem "Klassiker", daß jeder Zusammenhang nur eine Führungsebene verträgt.

Lange Zeit wurde zwischen den Bündnissen noch versucht, eine gemeinsame Übergangsveranstaltung zwischen den beiden Kongressen zum EU-Gipfel zu organisieren. Etliche Gruppen aus dem Bündnis Köln 99 lehnten das jedoch ab. Letztlich konnten auch die weiteren Vorhaben gemeinsamer Organisation nicht umgesetzt werden.

Auszug aus dem Protokoll zu Campvorbereitung am 9.2.:

Der Vorschlag ,beide Kongresse möglichst weit zu verknüpfen/verklammern ,wird ausführlich diskutiert. Das bdw.lira.P. weist darauf hin, das dieser Vorschlag ursprünglich von ihnen gemacht wurde und nach Diskussionen vom Bündnis Köln 99 abgelehnt worden ist! Es wird vorgeschlagen einzelne Tage der Kongresse gegeneinander auszutauschen, um so fließendere Übergänge zu schaffen. Problematisch wird jedoch gesehen, daß die Kongresse sich so erheblich verlängern (Abschlußplena). Die Strukturen der Kongresse sind zudem unterschiedlich geplant: bdw.lira.P./Gegengipfel › pro Tag ein Forum fzs, GAJB, JuSo/Alternativgipfel › 4 Foren über 4 Tage Es wird darauf hingewiesen, daß die 2-teilung (2 Demos/2 Kongresse) ,vor allem im Ausland, Verwirrung stiftet. Unter Beibehaltung der inhaltlichen Unabhängigkeit wurden folgende Verknüpfungen angedacht:

- eine/mehrere "Scharnier-"Veranstaltung/en
- gemeinsames Verzeichnis
- Austausch von ReferentInnen
- ausdrücklicher Hinweis auf die jeweiligen anderen Veranstaltungen

Die vier Vorschläge wurden nicht oder kaum verwirklicht.

Das Drama um den Aufruf:

Bleiberecht ohne Bleiberecht!

Beide Bündnisse versuchten, über einen Aufruf bzw. ein Grundsatzpapier eine inhaltliche Ebene und Einheit herzustellen. Letztlich hatten zwar beide Papier kaum eine konkrete Bedeutung für die Aktivitäten, sie fraßen aber erhebliche Zeit. Zudem zeigen beide eher, daß es kaum innovative politische Ideen gibt bzw. diese von den beiden Bündnissen nicht wahrgenommen wurden. Aktuelle politische Positionen z.B. aus den Anti-Expo-Gruppen, antinationalen Zusammenhängen oder dem emanzipatorischen Umweltschutz wurden nicht aufgegriffen (weder in den Papieren noch auf den Kongressen).

Von besonderer Bedeutung ist die Debatte um einzelne Formulierungen des Aufrufs im Bündnis Köln 99 – und hier vor allem die abschließenden Forderungen. Bis Ende 1998 stand hier noch die Forderung nach offenen Grenzen. Auf Nachfrage konnte keiner der befragten Personen sagen, warum diese Position durch "Bleiberecht für alle" ersetzt wurde. Im Frühjahr 1999 gab es dann darum heftige Kontroversen. Eine Redaktionsgruppe hatte das Papier nochmals überarbeitet. Bemerkenswert war, daß dann inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden von genau denen, die zuvor bei einer Debatte um eine Verschärfung des Papier im Arbeitsausschuß von Köln 99 als Ablehnungsgrund noch organisatorische Hindernisse vorgeschoben hatten. Klar war bereits (siehe Protokoll), daß vor allem der BUND Probleme mit der Forderung "Bleiberecht für alle" hatte – von ihm ist bekannt, daß etliche SpitzenfunktionärInnen die Bevölkerungsentwicklung als Ursache von Umweltzerstörungen ansehen! Dennoch wurde genau er privilegiert für die Endredaktion des Aufrufes vorgeschlagen.

Auszüge aus den Protokollen vom 6. und vom 17.2.

Vorschlag den Aufruf inhaltlich so zu belassen und nur redaktionelle Bearbeitungen vorzunehmen. Es wird angemerkt, daß inhaltliche Änderungen der Zustimmung aller beteiligten Strukturen bedürfte, was zu lange dauert. (Zustimmung durch Schweigen und Abnicken)

Es wird der Vorschlag gemacht, den BUND in die abschließende redaktionelle Bearbeitung des Aufrufs einzubeziehen. (Zustimmung durch Schweigen und Abnicken)

3. Aufruf Klarstellung: Der BUND Bundesvorstand hat noch nicht dem Aufruf zugestimmt. Der Landesverband NRW erwägt zu unterschreiben, falls der Bundesverband dies nicht tut.



In der redaktionellen Endbearbeitung sprach sich dann der BUND für die Streichung der Forderung nach "Bleiberecht für alle" und für eine Beschränkung des Bleiberechts auf bestimmte Gruppen aus (zu bedenken: Ein halbes Jahr vorher hieß der Satz noch "Offene Grenzen", was wesentlich weitergehend als "Bleiberecht für alle" ist!).

Vorschlag für Änderungen, Rundmail des Bündnis 99 (siehe auch kleine Bilder auf dieser Seite):

... Wir fordern:

- * Streichung aller Schulden der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (...und Zahlung von Reparationen für koloniale und neokoloniale Ausbeutung!... entfällt !!!)
- * Existenzsicherung und Recht auf sozial geschützte Arbeit!
- * Beseitigung der Fluchtursachen; BürgerInnenrechte für ImmigrantInnen; (Bleiberecht für alle! Ersetzt durch ->) Bleiberecht für politisch Verfolgte, Opfer von Kriegen, von ökologischen Katastrophen, von geschlechtsspezifischer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung!
- * Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sozialen und ökologischen Kriterien!

Die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" lehnte die neue Forderung ebenso ab wie andere Organisationen und Gruppen, z.B. der fzs (siehe Stellungnahme im Kasten rechts) und analyse&kritik.

Brief der Redaktion von ak und Mail aus dem Büro von Köln 99 (begleitend mit dem Versand der Änderungsvorschläge oben):

Liebe FreundInnen vom Bündnis Köln 99, vor einigen Tagen haben wir Euch unsere Unterstützung des Aufrufes zugesandt. Im Anschreiben wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um ein Kompromißpapier handelt. Genauso haben wir das gesehen und behandelt. Nun müssen wir feststellen, daß bei einer Forderung gravierende Änderungen vorgenommen werden sollen. Es soll nicht mehr das "Bleiberecht für alle!" gefordert werden, sondern stattdessen eine Auswahl und Klassifizierung vorgenommen werden. Dies finden wir so falsch; und zwar sowohl aus politischen und erst recht aus humanitären Gründen. In der Auseinandersetzung um die Grundgesetzänderung wurde von Menschenrechtsgruppen immer wieder darauf hingewiesen, daß die Menschen die ihren bisherigen Lebensmittelpunkt verlassen, dies nicht freiwillig tun. Migrationsgründe sind sehr vielfältig. Ein Grund ist die herrschende Weltwirtschaftsordnung und deren vielfältige Auswirkungen, gegen die wir am 19.6. gemeinsam demonstrieren wollen.

Wir möchten die Versammlung des Antoniterkirchentreffens darum bitten, nochmals ernsthaft zu prüfen, die Forderung nach "Bleiberecht für alle" beizubehalten und sich der Argumentationen von Menschenrechts-, Asyl- und Migrationsgruppen zu erinnern. Mit freundlichen Grüßen Georg Wißmeier für die Redaktion von ak - analyse & kritik

Ich hoffe ja, dass es bei der Forderung "Bleiberecht fuer alle" bleibt, wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Forderung gestrichen wird, leider... Hier die Datei mit den markierten Aenderungen als attachment.

Trotz dieser deutlichen Unterstützung von "Bleiberecht für alle" konnten die NGO-FunktionärInnen sich weitgehend durchsetzen – nicht argumentativ, sondern mittels organisatorischer Macht. Der BUND und WEED traten als Einheit auf. Der BUND drohte mit seinem Ausstieg, WEED kündigte für den Fall des BUND-Ausstiegs auch das eigene Ende der Mitarbeit an – obwohl WEED nach eigenen Worten keine Probleme mit der Forderung nach einem Bleiberecht hatte. Offenbar ging es nicht um politische Positionen, sondern rein um Machtstrukturen und den Aufbau einer Führungsstruktur unter den NGOs.

Mit dem Ausstieg von WEED wäre die Finanzierung der Aktivitäten gefährdet gewesen. unter diesem Druck wurde dann ein Kompromiß formuliert, der keine genaue politische Zielaussage mehr enthält.

Zum Zeitpunkt der Debatte um die Forderung "Bleiberecht für alle" waren folgende Organisationen UnterzeichnerInnen. Die meisten von ihnen nahmen die Änderungen der dominanten NGOs widerstandslos hin.

Aufruf des Bündnis Köln 99, Übersicht über die UnterzeichnerInnen UnterzeichnerInnen (Organisationen) des Aufrufs vom 11.1.99: (Stand 1.3.99)

1. AKE Bildungswerk in Vlotho (Fax 28.2.99)
2. AK Internationales Köln des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen (Brief 16.2.99)
3. AK Globalisierung im Verein "Zukunftsfähiges Bonn e.V." (Fax 24.1.)
4. AK Süd- Nord der IPPNW (e-mail vom 20.1.99)
5. Aktionskreis Internationalismus (AKI) Karlsruhe (Fax 19.2.99)
6. ALASEI Bonn (Agencia Latinoamericana de Servicios Especiales de Informacion) (23.1.99)
7. Allerwelthaus Köln e.V. (Brief)
8. analyse und kritik (ak), Hamburg (e-mail 25.2.99)
9. AStA FH Wiesbaden (Brief vom 15.1.99)
10. AStA Sporthochschule Köln (e-mail vom 25.1.99)
11. Bonner Arbeitskreis gegen Gentechnik (Fax vom 10.2.99)
12. Bund Deutscher PfadfinderInnen e.V. (BDP) (Fax vom 12.1.99)
13. Bundeskoordination Europäische Märsche gg. Erwerbsl., prek. Besch., Ausgr. & Rass. (Brief 17.2.99)
14. BUNDjugend Lüneburg (2.2.)
15. BürgerInnen gegen Castor e.V. (Lüneburg) (2.2.)
16. DKP Parteivorstand (Fax 16.2.99)
17. Dritte Welt Forum Aachen e.V. (Fax vom 26.1.99)
18. EIRENE, internationale christliche Friedensdienste (Fax 12.2.99)
19. ESG-Bundesverband (Evangelische StudentInnengemeinde in der BRD) (Fax vom 12.2.)
20. ily (Informationsstelle Lateinamerika e.V.) (Fax vom 10.2.99)
21. IMUN Bochum (Initiative gegen MAI und Neoliberalismus)
22. Informationsstelle Guatemala e.V. (Fax vom 7.1.99)
23. Informationsstelle Kurdistan e.V. (Fax 17.2.99)
24. iz3w Freiburg (informationszentrum 3. welt) (Brief vom 11.1.99)
25. Jugendumweltbüro Lüneburg (Fax vom 2.2.99)
26. JungdemokratInnen/Junge Linke NRW (Brief 19.2.99)
27. Jusos Bundesverband (Fax vom 9.2.99)
28. Kein Mensch ist illegal Köln (4.2.99)
29. Kölner Appell gegen Rassismus (Brief)
30. Kolleginnen & Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit bei der Bayer AG Leverkusen (6.1.)
31. Komitee Widerstand gegen das M.A.I. (Brief vom 12.1.99)
32. Kritische Aktionärinnen und Aktionäre, Dachverband (e-mail vom 19.1.99)
33. KTS Freiburg (Förderverein Subkultur) (e-mail vom 11.1.99)
34. Lü-

neburger Bündnis gegen Gen (2.2.)

35. Naturfreundejugend Deutschland (Brief vom 11.1.; NRW 26.1.99)

36. medico international

37. Obdachlosen-

- und Nichtseßhafteninitiative Essen e.V. (O.N.E.) (Brief 9.2.99)
38. PDS Kreisverband Köln (Brief vom 7.1.99)
39. PTT Göttingen (Fax 16.2.99)

40. Radikale Linke Köln (Fax vom 1.2.99)
 41. Referat für Internationales am AstA der RWTH Aachen (e-mail 24.2.99)
 42. SCHEUNE e.V. Hilfe zur Selbsthilfe in Lateinamerika (Brief vom 16.1.99)
 43. Soz 44. Sozialistische Linke (SoLi) Karlsruhe (19.2.99)
 45. Südafrikakomitee Köln
 46. Über den Tellerrand hinaus e.V. (Fax vom 12.2.)
 47. VSP
 48. Weltladen Bonn (Fax vom 12.2.)
- EinzelunterzeichnerInnen: Daniel Kreutz, MdL NRW, Bündnis 90/Die Grünen, Arbeits- und sozialpolitischer Sprecher (22.1.99), Alexandra Landsberg, MdL NRW, Wirtschaftspolitische Sprecherin (28.1.99)
- Unterstützung, nicht Unterzeichnung: Oxfam (22.2.99)

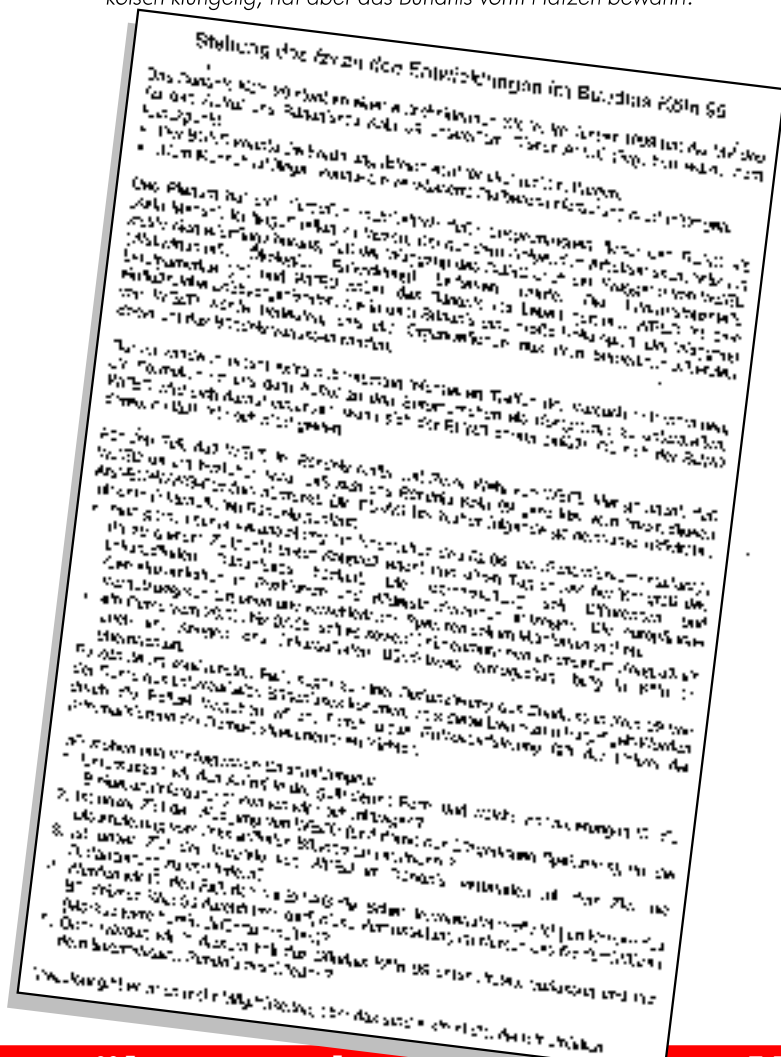
Nach der Änderung kamen weitere Organisationen hinzu, u.a. die Antirassistische Initiative Berlin, der BBU, der BUND, der BUKO, die Coordination gegen BAYER-Gefahren, die antifaschistische Zeitung morgengrauen, OXFAM, Play Fair Europe!, der VEN und der Weltladen-Dachverband.

Wie Dominanz ausgeübt wird, zeigt der Versuch der OrganisatorInnen des Bündnis Köln 99, auch die AABO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) unter den Aufruf zu bringen (die AABO hatte sich zur Teilnahme an der Demo am 29.5., also innerhalb des Bündnis Köln 99, entschlossen und prüfte, wieweit sie sich insgesamt dort einbringen wollte). Auszug aus dem Protokoll vom 24.3. von Köln 99:

AABO will eine Veranstaltung im Rahmen des EU-Gegengipfels machen. Unsere Forderung: Unterschrift unter den Aufruf.

Der fzs kritisierte im Nachhinein die gesamte Vorgehensweise um den Aufruf. Auszug aus dem Protokoll vom 24.3.:

Mobilisierung Aufruf: fzs kritisiert Vorgehensweise von drei AA-Mitgliedern in der tumultigen Abschlußphase des Aufrufs; es war kölsch klüngelig, hat aber das Bündnis vorm Platzen bewahrt.



Zehn kleine Linksradikale ...

Linksradikale Dominanz und Ausgrenzung

Manch vom Zustand des Antimilitärheitstreffens (Köln, Herbstschulung). Es gebe finanzielle und politische Verbindlichkeiten und starke wachsende Abgrenzung gegenüber dem Bundesweiten Linksradikalen Antimilitär-NGO-Bündnis (LARA)

10) Es gäbe für den bisher auf eine schätzungsweise 500 Personen ausgelegten Apparat der NGOs nur Geld von der Grünen Partei und von WEED, das bereits ausgegeben ist für das Rosenfeldfest, Theater, Produktion und Intervention mit der Stadt und Hilfe auf finanzielle Anmerkungen. Die ersten Abschlüsse gäben mit dem offiziellen Programm und Absprechen mit dem staatlichen Vorbereitungsamt (Hilfskassen, Nebelpanzerfänger, Verkehr) einen stark Einfluß auf die SPD-Linke im Bundesstag bzw. Außen. Nicht alle die bedingten Gebühre für die Kampagne (Kampagne: Die PDS-Spektakel würde ebenfalls zu sein, wenn sie dafür um 20% einen Betrag) bekamen. Inzwischen könnte eigentlich nicht mehr vor einem "NGO-Bündnis" die Rede sein, sondern vor einem legitimen Regierungsvorfeld

11) Im März stand das Antimilitärheftprogramm kurz vor der Spaltung, weil auf Wunsch des BÜND und mit Unterstützung von WEED die Dreiwöchentlichkeit in der ersten Auflage gezeichnet werden sollte. Von der Bundesregierung: "Grenzen muß" was man schon im Dezember abgeschlossen. Die Mehrheit der NGO-Plenums bestand aber vorwiegend auf der Selbstbehaltung der Urheberrechte. Vertreter der Radikalen Linken Köln (RL), WEED und LARA im NGO-Arbeitsausschuss (achten dann "Kein Militär ist illegal" dass eine BÜND-Konvention Urformulierung zu bestimmen und die Hoheit aus dem Auftrag herausnehmen. Weiter gestrichen wurde die Forderung nach Reparationen für 500 Jahre Kolonialismus und die umfassende Schuldentilgung - nur noch "arme Länder" sollen Schulden erlassen bekommen. Die weiteren Äußerungen sind der Anlage zu entnehmen.

12) Die sogenannte Schmiererversammlung am Abend des 28. wird nicht mehr vom Gesamt-NGO-Hilfsfonds laufen, sondern nur mit einigen Gruppen aus dem Bund. Inzwischen wurde eine der MitarbeiterInnen wegen der fehlenden Abgrenzung gegen LARA aus ihrem Job durch WEED herausgemeldet. Zudem wurden mehrere Tandem (Hilfs) und Kongress von den NGOs mit gegenseitiger Absprache und Leih-Zusage durch den Eurocouncil etc. gemacht (siehe Auftrag).

Der Vertreter der RARA-NGO (siehe), das Geld von Stadt und Regierungsgeldern (Hilfs) kommt und erwünscht ist. Bezüglich der Urheberrechtefrage habe die NGO Zustimmung "mit dem Rücken zur Wand" gestanden, deshalb sei die Verantwortung nicht gewesen, mit ihr einen Laib zu gehen. Die Schmiererversammlung wurde inhaltlich nur von Gruppen wie Finanzrat und RLA mitgetragen und es wurde keine Mobilisierung auf die Demo am 3.5. geben, höchstens einen Hinweis im Terminkalender. Es gebe tatsächlich Tendenzen zur stärkeren Abgrenzung gegenüber dem LARA. Das Papier des PDS (siehe Anlage) müsse relativieren, welche grundsätzliche Abgrenzung von LARA es keine Bewilligung, nur Tandem und die Gespräche mit der Polizei über Demonstrationen und Plätze werden weiterhin gemeinsam geführt

Am Anfang seien es 60 Leute gewesen, berichteten Mitwirkende im linksradikalen Bündnis, zum Ende hin, nach ständigem Streit, nur noch 20 und fast ausschließlich Männer. Doch auch die zum Teil szenepublichen Auseinandersetzungen und die Reduzierung des linksradikalen Bündnisses auf die drei dominanten Gruppen (Ökoli, Rote Hilfe und Perspektive) plus einigen die Vorbereitung kaum mittragender autonomer Zusammenhänge aus verschiedenen Großstädten führte nicht zu Veränderungen im Kurs. Der Vorschlag antinationaler Gruppen (z.B. Demontage aus Hamburg und Venceremos aus Berlin) für ein Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit nationalen Bewegungen (z.B. Befreiungsbewegungen) wurde kurz vor Beginn der Gipfel rundweg abgelehnt. Dafür drohte die Rote Hilfe sogar mit dem eigenen Ausstieg aus dem Bündnis, um der Ausgrenzung Nachdruck zu verleihen.

Am Ökologieforum meldeten Gruppen aus dem neuen, radikal-emanzipatorischen Zusammenhang in der Umweltbewegung ihr Interesse an, wurden aber von der Koordinatorin aus der Ökoli abgewiesen. Zunächst wurden die Anfragen wochenlang gar nicht beantwortet, auf dem Bündnistreffen am 15.5. dann wurde behauptet, es seien keine weiteren ReferentInnen oder Mitwirkenden nötig – ein einfacher Trick der Ausgrenzung.

Das bundesweite linksradikale Bündnis setzte sich neben den drei dominanten Gruppen vor allem aus verschiedenen Basisgruppen großer Städte sowie aus einigen Organisationen zusammen, die auch im Bündnis Köln 99 waren. Vor allem letztere waren in der Endphase der Vorbereitung gar nicht mehr vertreten. Die Basiszusammenhänge zeigten keinerlei Versuche, der Dominanz eigene Ideen entgegenzusetzen oder sich entsprechend auf Treffen u.ä. gemeinsam vorzubereiten.

Beispiel: Anwesenheitsliste vom Treffen am 27./28.2.:

Anwesende: Esaktionen / Veranstaltungen von folgenden Gruppen bei (angegrenzt) 70 Personen. Internationale Antimilitäre ASIA EU Berlin, Antimilitäre Bundesweite Antimilitäre (BWA) Berlin, Rote Hilfe (Hamburg), Bundesweite ANTIWEEDERER (Hamburg), Perspektive (Bremen), Frau Hilfe PDS (Köln), Interaktion „Ausstieg“ (Bielefeld), Antimilitäre Leutes (Bielefeld), Ökologische Linke (Ahlert), Eurocouncil Münster, Rote Montag (Kassel), Rote Aktion (Köln), LINK (Oberhausen), Anti Kapitalismus (Gießen), Jugendkontrollationsaufgabe Linke (Helmstedt), Jugendkontrollationsaufgabe Linke Landesverband NRW (Wuppertal), Antimilitäre Düsseldorf, ASIA III Köln, Linksradikales Antimilitäre-Plenum Köln, Inklusives MAIV-99 (Köln), Antimilitäre Antimilitäre ASIA III Köln & Internationalismus der ASIA III Köln, Antimilitäre Gruppe Köln, Alternative Linke III Köln, Radikale Linke Köln, Feministisch Köln, Antimilitäre Köln, Ökologische Linke Köln, FA Köln, CSR Sozialistischer KE Köln, ASIA III Köln, Rotes Büro (Aschen), „Play for Europe“ ASIA RWTH Aachen, Nationalistische Bürgerbewegung Linke Köln, BWA, Antimilitäre Köln, ASIA III Kassel-Internationalismus, Antimilitäre Marburg, Interakt (Frankfurt), STAF Mainzheim, Antimilitäre Augsburg, BUKO (Arbeitskreis anti Weltwirtschaft), PDS, Ökologische Linke Bundesweite, Rote Hilfe Bundesverband, STAF Bundesverband, „Peoples Global Action“ (PGA), Einzelpersonen aus Trier, Suedbaden und München, 1 Angestellte des Kampagnenbüros des „Bündnis Köln 99“ (MAV-99, T78).

Block für Block: Veranstaltungen und Demos

Demo am 29.5.

Mit ca. 30.000 Teilnehmenden war die Demo am 29.5. die größte aller Veranstaltungen zu den EU- und G7-Gipfeln in Köln – und auch die quantitativ größte politische Aktion der letzten Zeit auf deutschem Boden. Das spiegelt sich aber in der öffentlichen Aufmerksamkeit, die die Demo erreichen konnte, ebenso wenig wider wie in den Inhalten. Die Demo litt unter ihrer hierarchischen und inhaltsleeren Organisation. "Unerfahrene Demoleiter" (Aussage eines Beteiligten) achteten auf eine streng hierarchische Demonstrationsorganisation mit Gesamtleitung und durchorganisierten Blöcken mit jeweils einer eigenen Leitung.

Auszug aus dem Protokoll des Bündnis Köln 99 vom 17.2.:

1e. Demonstration 19.6. Für die Organisation der Demo ist eine klare Hierarchie, d.h. konkrete Kompetenzzuweisung für die Beteiligten notwendig (Gesamt-, Demo-, Ordner-, Bühnenleitung, Spendenorganisation). Die Kompetenzen müssen dringend verteilt werden.

Der Widerspruch zwischen Unerfahrenheit und zum Teil vielleicht aus Unsicherheit verstärktem Hang nach Hierarchie ist nur eine Begründung für den Ablauf der Demonstration. Daneben gab es das sichtbare Bemühen, inhaltliche Positionen und die Dominanz bestimmter Gruppen festzulegen. Dabei herrschte ein interessengeleitetes Nebeneinander zwischen den verschiedenen AkteurInnen, die jeweils einen Teil der Demo für ihre Zwecke nutzen wollten.

Euromarsch: Die EuromarschteilnehmerInnen haben wahrscheinlich zu keinem Zeitpunkt begriffen, zu welchen Zwecken sie neben den politischen Zielen noch "benutzt" wurden. Auf der Auftaktkundgebung am 29.5. begrüßten EuromarschfunktionärInnen die anwesenden DemonstrantInnen mit "Herzlich willkommen auf dem Euromarsch". Damit waren Tausende von Menschen, die gegen den EU-Gipfel demonstrieren wollten, eingemeindet. Entsprechend bewertet Euromarsch auch das Ergebnis: "Neue Füße für den Euromarsch" lautet die positive Überschrift zu der Demonstration (siehe Seite ...) – es ging also nicht in erster Linie um ein politisches Ziel, sondern um die eigene Selbstdarstellung und Stärkung der eigenen Organisation.

Köln 99: Das Bündnis hielt sich auf der Demo weitgehend im Hintergrund. Allerdings zeigten sich RednerInnen aus diesem Spektrum, zudem wurde die Demo in den Alternativgipfel eingebunden, der um den 29.5. herum lief und vom Bündnis organisiert wurde.

Antifaschistischer Block: Verschiedene antifaschistische Gruppen, vor allem der bundesweite, zentralistisch organisierte Zusammenschluß AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation), hatten zu einem internationalen Antifa-Block aufgerufen. "Antifa-Offensive 99", die alte Losung "Antifa heißt Angriff" und das Motto des Blockes am 29.5. "Fight Fortress Europe" (Kampf der Festung Europa) ließen auf eine offensive Demonstrationsstrategie schließen. Doch am 29.5. zeigte sich das Gegenteil. Der Antifa-Block kesselte sich selbst (mit Einhaken und einem Seil um den Block), wurde von vorne mit einem eigenen Lautsprecherwagen auf einheitliche Parolen und Verhaltensweisen getrimmt und zeigte völlige Handlungsunfähigkeit, als die Poli-

zei einen harmlosen Vorgang zum Vorwand nahm, den Antifa-Block zu kesseln und teilweise auf AntifaschistInnen einzuprügeln.

In einer Stellungnahme auf der Abschlußkundgebung würdigten sich die AntifaschistInnen selbst mit einer deutlich überzeichneten Story über die Auseinandersetzung mit der Polizei, die tatsächlich vergleichsweise harmlos ausfiel. Mehr noch: Der Übergriff der Polizei auf den Antifablock war das einzige Ereignis, das der ganzen Demo vom 29.5. eine gewisse Ausstrahlung von Widerstand gegen die herrschende Politik gab. Ohne ihn wäre die Demo ausschließlich friedlich und völlig handlungslos verlaufen.

Die Demoleitung reagierte auf die Kesselung des Antifa-Blockes gar nicht. Das lag auch, aber nicht nur an völliger Unfähigkeit, spontane Reaktion umzusetzen. Vielmehr war in der Demoleitung die Devise ausgeprägt, auf keinen Fall irgendeine Konfrontation mit der Staatsmacht zu riskieren. Daher ließ mensch den Antifa-Block im Kessel schmoren, ohne mit der Kraft von 25.000 weiteren DemonstrantInnen die Polizei zur Auflösung des Kessels unter Druck zu setzen.

Auszug aus der Internetseite der FAU, dann aus der ASTA-zeitung "Rückmeldung" vom 14.6.:

29. Mai: Köln in Schwarz und Rot ... Ein einziges Ärgernis hingegen war die Bürgerkriegsarmee der Polizei. Tausende von Robocops aus mehreren Bundesländern versperrten die Zugangswege und griffen immer wieder Teile der Demonstration ohne jeden Anlaß an. Besonders auf den Antifa-Block hatten sie es dabei abgesehen, was dazu führte, daß ein größerer Teil der Demonstration nur im Schnecken-tempo und mit mehreren Stunden Verspätung zur Abschlußkundgebung gelangte. In diesem Zusammenhang hat sich auch die Demonstrationsleitung nicht eben solidarisch verhalten, indem sie jeden Versuch zu behindern versuchte, die schon am Schlußkundgebungsplatz eingetroffenen DemonstrantInnen zur Unterstützung der von der Polizei Eingeschlossenen zu mobilisieren. ...

Angriffe auf den "Antifablock" während der Vor-gipfel-Demo am 29.5. ... Die knapp tausend TeilnehmerInnen waren von der Polizei mehrfach eingekesselt und Schlagstockeinsätzen ausgesetzt worden. Nur innerhalb massiver Polizeiketten hatte dieser Teil der Euromarsch-Demo weiterlaufen können. Mitverantwortlich dafür war auch ein Teil der Demonstrationsleitung, die den mehrheitlich sozialdemokratisch geprägten restlichen Demozug einfach weiterlaufen ließ und sich von den Antifas solidarisierte. Man wollte sich wohl die unpolitische Volksfeststimmung unter den 15.000 überwiegend aus Frankreich, Italien und Spanien Angereisten nicht stören lassen, die sich teilweise in die Einkaufsstraßen der Kölner Innenstadt verdünnierten.

Anarchistische Blöcke: Es dürfte lange her sein, daß auf deutschem Boden mal so viele AnarchistInnen zu sehen waren. Der Anarchismus ist in Deutschland eine kleine Bewegung (während z.B. Antifa- und Anti-Atom-Gruppen in Deutschland überdurchschnittlich stark sind, oft aber anarchistischen Ideen anhängen, ohne sich dort zu organisieren). In Köln war der anarchische Teil der Demo der größte und bunteste. Stolz schritten auch einige der deutschen AnarchistInnen-

Oberen (z.B. der FAU/IAA) fahneschwingend vorneweg. Politische Botschaft aber auch hier: Keine. Und was den FunktionärInnen wichtig war, zeigt ihr Aufruf vorher und ihr Bericht anschließend – reine Selbstdarstellung.

Texte von der FAU-Website (darf in linken Medien veröffentlicht werden mit dem Hinweis "Direkte Aktion - www.fau.org"), zunächst als Mobilisierung vor dem 29.5., dann als Bericht danach.

AUF ZUR DEMO NACH KOELN AM 29.5.99. Rein in den anarchosyndikalistischen Block!

Zur Erinnerung: Am 29.5. wird es in Koeln eine europaweite Grossdemo aus Anlass des EU-Gipfels geben. Mobilisiert wird zu dieser Demonstration hauptsächlich aus den (links)gewerkschaftlichen Spektren heraus.*

Großdemonstration ...

Das wars an Presseresonanz: Text in der Gießener Allgemeinen nach dem 29.5.

Auf der Demo wird es - ähnllich wie in Amsterdam - einen vermutlich recht grossen schwarz-roten anarcho-syndikalistischen Block geben, zu dem verschiedene anarchistische und anarcho-syndikalistische Gruppen und Organisationen aus ganz Europa mobilisieren. So haben sich GenossInnen aus Belgien, England, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden und Spanien angekündigt. Es wird damit gerechnet, daß sich mehrere tausend TeilnehmerInnen am anarcho-syndikalistischen Block beteiligen werden. Aus deutschland mobilisiert die Freie ArbeiterInnen Union (FAU), die deutsche Sektion der revolutionär-syndikalistischen und anarcho-syndikalistischen Internationalen ArbeiterInnen Assoziation (IAA). Wir rufen euch alle auf: KOMMT NACH KOELN. Bringt GenossInnen und FreundInnen mit! Lasst uns die Demo zu einem schwarz-roten Fahnenmeer machen! Lasst uns zeigen, dass es auch in diesem Land Anarcho-syndikalistInnen gibt, und dass es immer mehr werden!

Die Aufstellung zur Demo beginnt um 12:00 am Rudolfplatz in der Kölner Innenstadt. Der anarcho-syndikalistische Block wird an den schwarz-roten Transparenten und Fahnen zu erkennen sein.

29. Mai: Köln in Schwarz und Rot
 So etwas hat Köln noch nicht gesehen. Im Rahmen der Europäischen Demonstration gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg verwandelten anarcho-syndikalistische Gewerkschaften die Stadt in ein schwarz-rotes Fahnenmeer. Rund 2.000 Anarcho-SyndikalistInnen und AnarchistInnen u.a. aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, England, Griechenland, Schweden, Finnland und der Schweiz trafen sich in Köln und bildeten den größten und lautesten Block der gesamten Demonstration. Das entging auch der zahlreich vertretenen Presse nicht, die von den hunderten von schwarz-roten Fahnen und Transparenten magnetisch angezogen wurde. Insgesamt nahmen an der Demonstration über 25.000 Menschen teil, darunter u.a. eine Delegation von mehreren hundert indischen Kleinbauern und eine große Gruppe Renault-Arbeiter aus Frankreich. Für den lautstarken und bunten Lindwurm gab es viel Applaus bei der Kölner Bevölkerung. ... Der anarcho-syndikalistische Block, der sich über mehr als einen Kilometer Länge hinzog, war ein Beispiel dafür, wie internationale Zusammenarbeit praktisch funktionieren kann. Angeführt von der FAU und der schwedischen syndikalistischen Jugendorganisation SUF war die Stimmung über Stunden ausgelassen und kämpferisch. Parolen und Lieder in mehr als einem Dutzend Sprachen wurden (so es die Sprechwerkzeuge zuließen) von allen aufgegriffen und mitgerufen. Immer wieder fragten PassantInnen interessiert nach, was denn die schwarz-roten Transparente zu bedeuten hätten, für einige Parolen gab es stehenden Applaus. Nach Amsterdam hat die Demonstration in Köln erneut gezeigt, daß der Anarcho-Syndikalismus nach langem Schattendasein wieder da ist und daß er sich im Aufwind befindet. Wir freuen uns schon auf das nächste Mal...



Die Kesselung des Antifa-Blockes machte deutlich, was die ganze Demonstration auszeichnete. Alles sollte in einem klar vorbestimmten Rahmen ablaufen – sowohl die gesamte Demo wie auch innerhalb der einzelnen Blöcke. Die Blockbildung diente insofern zur besseren Kontrolle, weil alle wichtigen Blöcke nochmal durch einen Lautsprecherwagen und eine eigene strategische Vorgabe in das Gesamtkonzept einer reinen latschdemo eingebunden waren.

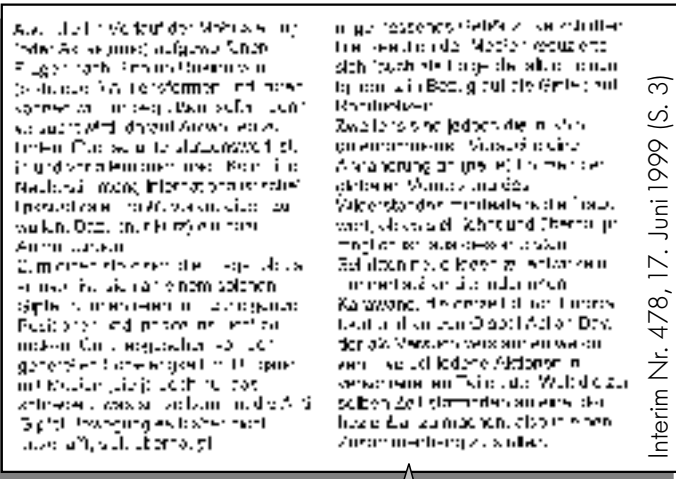
Niemand von den OrganisatorInnen der Gesamtdemo oder der einzelnen Blöcke hatte als Ziel die maximale öffentliche Wirkung, die Symbolisierung von Widerstand, von Gegenentwürfen zum neoliberalen Weltbild. Und niemand hatte die DemonstrantInnen gezielt in die Lage versetzt, auch eigenständig agieren zu können. Außer der Karte mit den Infopoints, erstellt aus Kölner Zusammenhängen, die zudem vor allem am 29.5. schlecht verbreitet war, gab es keine Hinweise und Informationen. Zu keiner Zeit (vor oder während der Demonstration) wurden Gruppen aufgefordert, sich eigene Gedanken zu machen, sich vorzubereiten auf den Aktionstag u.ä. Alle, ob nun die EuromarschfunktionärInnen, Köln 99, die OrganisatorInnen des Antifa-Blockes oder anderer Teile, versuchten nur, für ihre Strategie willenlose Mitlatschende zu finden. Eigenständige Handlungsfähigkeit wurde nicht gefördert, sondern

sogar bewußt unterbunden (siehe Debatte um das kritische Flugblatt, das genau diesen Zustand kritisierte; siehe Seite 23). Tausende von linksradikalen AkteurInnen marschierten an Bankzentralen, McDonalds, sexistischer Werbung, dem SPD-Parteibüro (lag am Demokurs) usw. vorbei, ohne eine Aktion, ohne eine klare inhaltliche Symbolik. Schon die Route war auf Drängen der Polizei außerhalb der Innenstadt gelegen, die Aktionsformen machten sie endgültig zu einem nicht wahrnehmbaren Ereignis.

Die Schuld an der zentralistischen, einheitlichen und dadurch langweiligen Aktionsform "Latschdemo mit Fahnen und Gesang" trugen aber nicht nur die Demonstrationsleitung sowie die Blockleitungen und die hinter ihnen stehenden Organisationen. Sie hatten letztlich ihr (falsches!) Ziel erreicht – nämlich statt maximaler politischer Wirkung ihre eigene Profilierung. Das zeigen klar die Bewertungen, in denen der 29.5.

von den OrganisatorInnen überwiegend als Erfolg dargestellt wird.

Niemand aber befiehlt, wo niemand gehorcht – daher muß die Verantwortung auch und, wenn es um Veränderungen geht, sogar ganz im besonderen bei den Basisgruppen und Zusammenhängen gesucht werden, die offensichtlich planlos und ohne eigene Ideen nach Köln fuhren, um sich willenlos den Vorgaben der dominanten Gruppen anzuschließen. Unwissenheit kann nicht vorgetäuscht werden, denn fast einen Monat erschien das mit "Gruppe Landfriedensbruch" unterzeichnete Flugblatt, das über die Situation aufklärte und z.B. über die Interim auch verbreitet wurde.



Auszug aus Interim Nr. 479, 1. Juli 1999 (S. 28):

Abschließend noch einige Worte zu den Inhalten der Demo am 29.5. und des Alternativgipfels rundherum: Was mit der breiten Mischung genau erreicht werden sollte, ist unklar. Die meisten der Redebeiträge auf der Demo am 29.5. gingen auf das Thema Arbeitsplätze ein, einige forderten plump mehr Arbeitsplätze, die meisten verbanden das mit besseren Arbeitsbedingungen. Die eigene Verwertung im Kapitalismus zu fordern, stellt aber keine grundsätzliche Gegenposition zu neoliberalen Forderungen dar, sondern versucht sich als Korrektiv. Von daher kann die Demo und der Alternativgipfel gar nicht als gegenpolitische Kraft bezeichnet werden. Die OrganisatorInnen agieren meistens und offenbar lieber in den geschlossenen Gesprächsrunden mit den Mächtigen. So wächst keine Gegenbewegung. So reduziert sich politische Arbeit auf eine BeraterInnenrolle gegenüber dem Staat und den Konzernen – ob nun an den Runden Tischen oder auf der Straße.

Der Gegengipfel der Linksradi-kalen

„Hippie-Demo“ kanzelte einE Antifa direkt nach der Linksradi-kalen-Demo am 3.6. selbige ab. „Total wenig Leute“ hieß es auf einem nachbereitenden, überregionalen Treffen in Berlin. Besonders der Dominanz- und Ausgrenzungsprozeß sowie die politische Verwertung des Ganzen für eigene Zwecke seitens Ökoli, Roter Hilfe und der Bremer Gruppe Perspektive wurden auch im Zusammenhang mit dem Kongreß kritisiert. „Die alte ML-Tradition ist wiedergeboren worden“, schimpfte einE TeilnehmerIn aus Hannover, ein Berliner fügte hinzu: „Es war noch schlimmer: Die Chefetage hat immer so getan, als hätte sie alles im Griff. Etliches haben dann Kölner Gruppen noch sehr kurzfristig hinkriegen müssen!“.

Insgesamt lief alles wie am 29.5. ab: Die Polizei hatte die Demo schon im Vorfeld und mit Zustimmung der OrganisatorInnen aus den zentralen Bereichen herausgedrückt. Zu Beginn verteilte sie dann Flugblätter nach dem Motto „Wenn Ihr friedlich seid, sind wir es auch ...“, die Linksradi-kalen hielten sich brav daran. Als ereignislose Latschdemo wälzte sich die Menschenmenge durch die Straßen. Ebenso wie beim 29.5. schaffte nur die Polizei selbst die einzige Ausnahme, in dem sie mit einer Razzia am Rande der Demo gegen daran gar nicht Beteiligte einige Streitereien provozierte.

Dabeisein ist alles – dieses Motto schien zu genügen. Und so fanden sich dann auch entsprechende Formulierungen in der Auswertung, die das Stattfinden einer Demo schon als Erfolg werten.

Auszug aus der Kölner ASTA-Zeitung „Rückmeldung“ vom 14.6.1999:

Trotz massiver Polizeipräsenz, über die sich selbst die Kölner Lokalpresse mokierte, gelang es, den Protest gegen die Herausbildung der EU zu einer neuen militärischen Supermacht und gegen die Verwertung von Verarmung und Umweltzerstörung auf die Straße zu tragen.“

Wer keine Ziele hat, kann sie auch nicht verfehlen?

Zum linksradikalen Gegengipfel: Das Ökologie-Forum sei völlig unvorbereitet gewesen, berichteten TeilnehmerInnen. Das stand völlig im Widerspruch zu den Aussagen auf den Vorbereitungstreffen, wo sich anbietende ReferentInnen abgelehnt wurden mit dem taktischen Hinweis, es sei alles schon durchgeplant.

Die linksradikalen Gruppen aus Köln hätten sich nach Einschätzungen aus einem Berliner Nachbereitungstreffen aus Protest gegen die Ausgrenzung zurückgezogen.

Von besonderer Bedeutung war das antinationale Forum. Vor allem auf Betreiben von Roter Hilfe und Perspektive war es auf dem linksradikalen Kongreß nicht zugelassen, um nationale Befreiungsbewegungen nicht zu verprellen (vertragen die keine Debatte?). Diese Ausgrenzung stand in offenem Widerspruch zu der Logik des Gegengipfels, der als „Diskussionskongreß“ betitelt war. Genau die aber war nicht gewünscht. Der auf die politische Position der drei dominanten Gruppen Ökoli, Perspektive und Rote Hilfe zugeschnittene Kongreß wurde dann auch nur von ca. 100 Personen besucht. Anderthalbmal so viele kamen auf das außerhalb des linksradikalen Kongresses angesetzte antinationale Forum – der einzige Ort intensiver inhaltlicher Debatte an diesem Wochenende in Köln.

Gegen den Weltwirtschaftsgipfel 18. – 20.6.

Erneut Stimmen aus dem schon zitierten Berliner Nachbereitungstreffen, zunächst zum von WEED organisierten Forum auf dem Kongreß: "Das Niveau war beschämend", dann folgte ein Bericht über einen frontalen Kongreß ohne echte Diskussion, aber fragwürdigen inhaltlichen Positionen wie die Stärkung der Nationalstaaten. EinE VertreterIn aus Hamburg ergänzte zum zweiten, von Medico International organisierten Forum: "Das kann ich alles auch aus diesem Forum bestätigen. Alles war völlig überfrachtet, es gab kaum Diskussion. Die Reden waren ohne Bezug zueinander. Und abends in der Runde lasen drei Leute ihre Manuskripte vor".

Einige erkannten in Redebeiträgen gleiche Wortwahl wie etliche Jahre zuvor bei den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München und äußerten den Verdacht, daß hier alte Reden einfach wiederholt wurden.

Bemerkenswert war der Auftritt von Ralf Fücks, Chef der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Einbindung zeigt, wo einige der VeranstalterInnen aus der NGO-Riege stehen und wiewenig klare Gegenpositionen aus radikaleren Gruppen in der Vorbereitung vertreten wurden. Fücks gehörte zu den ersten KriegsbefürworterInnen bei den Grünen, zudem hatten die Grünen nur wenige Tage vor seinem Auftritt das u.a. von MigrantInnen besetzte Parteibüro in Köln gewaltsam räumen lassen und so einige Menschen in die Hände der Abschiebebehörden gebracht. Dennoch war es den ZuhörerInnen überlassen, den Auftritt von Fücks lautstark zu stören. WEED-Funktionär Peter Wahl griff die StörerInnen an, ca. 2/3 der Anwesenden verließ bei der anschließenden Rede von Fücks den Raum. Und auch in einem anderen Fall zeigte WEED-Mann Wahl, wo er steht. Während des Alternativen Weltwirtschaftsgipfels kam es überraschend zu einer Konfrontation mit der Polizei, als die Gattinnen der Weltwirtschaftsbosse direkt neben dem Veranstaltungsort auftauchten und im Gerangel der Polizei ein Funkgerät abhanden kam. Während draußen sich die Lage zuspitzte, versuchte Wahl im Saal, den Wiederbeginn der Veranstaltung nach einer Pause durchzusetzen.

Der Kongreß war von der Stadt Köln und der grünen Heinrich-Böll-Stiftung gefördert.

Für die Demonstration am 19.6. wurde, wie schon am 29.5. und am 3.6., wieder auf ein klar hierarchisches Konzept gesetzt. Auszug aus dem Protokoll des Arbeitsausschusses (Bündnis Köln 99) am 17.2.:

Demonstration 19.6. Für die Organisation der Demo ist eine klare Hierarchie, d.h. konkrete Kompetenzzuweisung für die Beteiligten notwendig (Gesamt-, Demo-, Ordner-, Bühnenleitung, Spendenorganisation). Die Kompetenzen müssen dringend verteilt werden.

Die Linksradiakalen bildeten erneut einen Block – trotz der schlechten Erfahrungen ging es dem linksradikalen Bündnis wieder vor allem darum, als groß und wichtig wahrgenommen zu werden, ohne öffentliche Wirkung zu erzeugen.



Völlig unkritisch wurde vor allem vom Bündnis Köln 99 die Erlaßjahrkampagne in die Aktivitäten einbezogen, obwohl die politische Kritik an der Kampagne bekannt war. So fordert die Kampagne unter anderem den Aufbau der sogenannten Gegenwertfonds in den ärmeren Ländern, die Kredite an KleinbäuerInnen, Frauenprojekte usw. vergeben sollen. Das Geld soll aus den erlassenen Schulden gespeist werden, in den Vergaberäte sollen VertreterInnen der Schuldner- und der Gläubigerländer sowie die NGOs selbst sitzen. Damit würde die Schuldenkrise nicht mehr eine der Nationalregierungen, sondern der Menschen in den ärmeren Ländern sein – die reichen Länder und ihre NGOs, also die MacherInnen der Erlaßjahrkampagne selbst, kämen in die Rolle von Banken, die die Menschen in diese Verschuldungen stürzen würden.

Das war nicht das einzige, was an der Erlaßjahrkampagne zu kritisieren gewesen wäre. Auch die Aktionsformen in Köln waren merkwürdig, so unter anderem die Teilnahme der Entwicklungshilfeministerin an der Menschenkette und die Übergabe der Unterschriften durch Abgesandte an Gerhard Schröder innerhalb des abgeschirmten Bereiches, d.h. ohne jegliche öffentliche Wahrnehmung (außer vereinzelt über die Medien).

Pressemitteilung des Bündnis Köln 99 zur Demo am 19.6.:
PRESSEERKLÄRUNG ZUR DEMONSTRATION GEGEN DEN G7/8-GIPFEL

Über 10.000 Menschen demonstrieren gegen Armut, Rassismus und Krieg

Während sich die Regierungschefs der G-8-Staaten über die Gestaltung der Weltwirtschaft berieten, sammelten sich in Koeln über 10.000 Menschen, um gegen die fortdauernde Krise, gegen Armut, Rassismus und Krieg zu demonstrieren.

Auf der Auftaktkundgebung stellten mehrere RednerInnen heraus, dass trotz der Einstellung der Bombenangriffe ein Friede auf dem Balkan nicht erreicht ist. Im Gegenteil: die flächendeckende Verwüstung Jugoslawiens habe die Region weiter destabilisiert und die Gefahr neuer Konflikte erhöht.

Der angebliche Durchbruch bei der Reduzierung der Schulden der 42 ärmsten Länder wird sich als Flop erweisen: Der verabredete Schuldenerlass erreicht unter dem Strich nur ein Drittel des tatsächlichen Schuldenstands. Ausserdem ist die Massnahme an die strikte Einhaltung von Strukturpassungsmassnahmen des IWF geknüpft. Mit deren Durchsetzung wird sich die Lage der Menschen in den armgehaltenen Ländern weiter verschlechtern. Deshalb fordern die DemonstrantInnen nach wie vor die bedingungslose Streichung sämtlicher Schulden.

Zur dringend erforderlichen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte kommt es nicht. Verabschiedet wurden unverbindliche Vorschläge zur Verbesserung der Bankenaufsicht und die Einsetzung eines weiteren Rats der Finanzminister und Notenbankchefs.

Unterstützt von den anderen DemonstrantInnen forderten zahlreiche Kurdinnen und Kurden Freiheit fuer den von der Todesstrafe bedrohten Abdullah Öcalan und eine politische Lösung der kurdischen Frage. Die Demonstration wurde angeführt von den VertreterInnen der Kampagne 'Kein Mensch ist illegal' und der Karawane fuer die Rechte der Fluechtlinge und MigrantInnen.

300 Teilnehmer der Intercontinentalen Karawane aus Indien und Brasilien, die gestern von der Polizei festgesetzt und mit Platzverweis belegt worden waren, blieben aus Furcht vor weiterer Repression der Demonstration fern.



Auszüge aus der Jungle World vom 23. Juni 1999 (S. 13, links) und 30. Juni (S. 14)

Wenige, kleine Aktionen mit Wirkung

Insgesamt kam es nur zu drei öffentlich wahrnehmbaren, direkten Aktionen, bei denen selbstorganisierte Zusammenhänge den Rahmen der zentralistischen Bündnisse verließen. Zum einen war das die Besetzung des Grünen Parteibüros von MigrantInnen und UnterstützerInnen, zum anderen die Besetzung eines Hauses als autonomes Zentrum. Beide Aktionen liefen über einige Tage mit deutlich größerer Medienresonanz als die großen Demos und Kongresse, wurden dann aber brutal geräumt, ohne daß von Seiten der Bündnisse darauf reagiert wurde. Ganz im Gegenteil: Die Räumung des Kölner Parteibüros veranlaßten die Grünen selbst – grüne FunktionsträgerInnen und das Grün–alternative Jugendbündnis waren aber ebenso beim Bündnis Köln 99 dabei. Die Räumung mit nachfolgender Abschiebehaf und die nur sanften Proteste gegen genau solche Zustände stehen in einem personellen Zusammenhang!

Auch das als autonomes Zentrum und Übernachtungsplatz für Aktionsgruppen besetzte Haus in Köln blieb nur ca. zwei Wochen erhalten.

Die dritte Aktion war die Besetzung einer Zeitarbeitsfirma, um gegen die Logik der nichtgesicherten, noch stärkere Abhängigkeit hervorrufenden Arbeitsverhältnisse zu protestieren.

Zudem gab es das Zeitungsprojekt "Der Gipfelstörer" und einige kleinere Spaß- und Kommunikationsguerillaaktionen wie die Aufkleber auf Autos, daß diese aus Sicherheitsgründen beschlagnahmt würden, sowie die folgende Aktion, die zudem Aufschluß darüber gab, daß nur wenige solcher Aktionen stattfanden:

Am 19.6., also nicht nur anderthalb Monate nach dem Flugblatt, sondern auch drei Wochen nach den schwachen Aktionen rund um den EU-Gipfel, machte sich eine kleine Aktionsgruppe nach Köln auf, um in der Innenstadt Symbole der Wirtschaftsdominanz (Banken, Geldautomaten usw.) unbrauchbar zu machen und als Ziele für NATO-Einsätze zu markieren (Target-Zeichen mit erläuterndem Text, daß diese Organisation, die gekennzeichnet wurde, für Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen usw. verantwortlich sei und daher ein bevorzugtes Ziel der NATO sein müsse).

Nicht nur die Aktion mag interessant gewesen sein, erüchternd war die Aussage der Gruppe, bei ihren Aktivitäten in der Kölner Innenstadt fast überall rumgekommen und auch den ganzen Tag aktiv gewesen zu sein, jedoch kein einziges Mal einer anderen Aktionsgruppe oder deren Spuren begegnet zu sein. Offenbar gelang es auch am 19.6. wieder, fast alle Aktiven auf die Latschdemo zu bekommen und so für diese Zeit "gleichzuschalten" – ein Konzept, daß auch im Sinn der Polizei gewesen sein dürfte.

Eigentlich war alles klar ...

Dominanz und Trägheit passen zueinander

Wenige Wochen vor den ersten Aktionen tauchte bundesweit ein Flugblatt auf, in dem die organisatorischen Mängel und Dominanzstrukturen benannt wurden. Zudem wurden alle Gruppen aufgerufen, nicht planlos nach Köln zu fahren und einfach auf die Qualität der zentral geplanten Aktionen zu hoffen. Das Flugblatt (siehe Abbildung) wurde direkt und über die Interim verbreitet – es hätte also ausreichend viele Gruppen und Einzelpersonen erreichen können. Doch die Wirkung blieb aus. Auch in direkten Gesprächen, auf Nachfragen z.B. während der Aktionen in Köln mußten viele Basiszusammenhänge zugeben, sich keinerlei Vorüberlegungen gemacht zu haben.

Es spricht einiges dafür, daß nicht nur kaum spontane oder direkte Aktionen bekannt wurden, sondern daß es auch tatsächlich kaum welche gab.

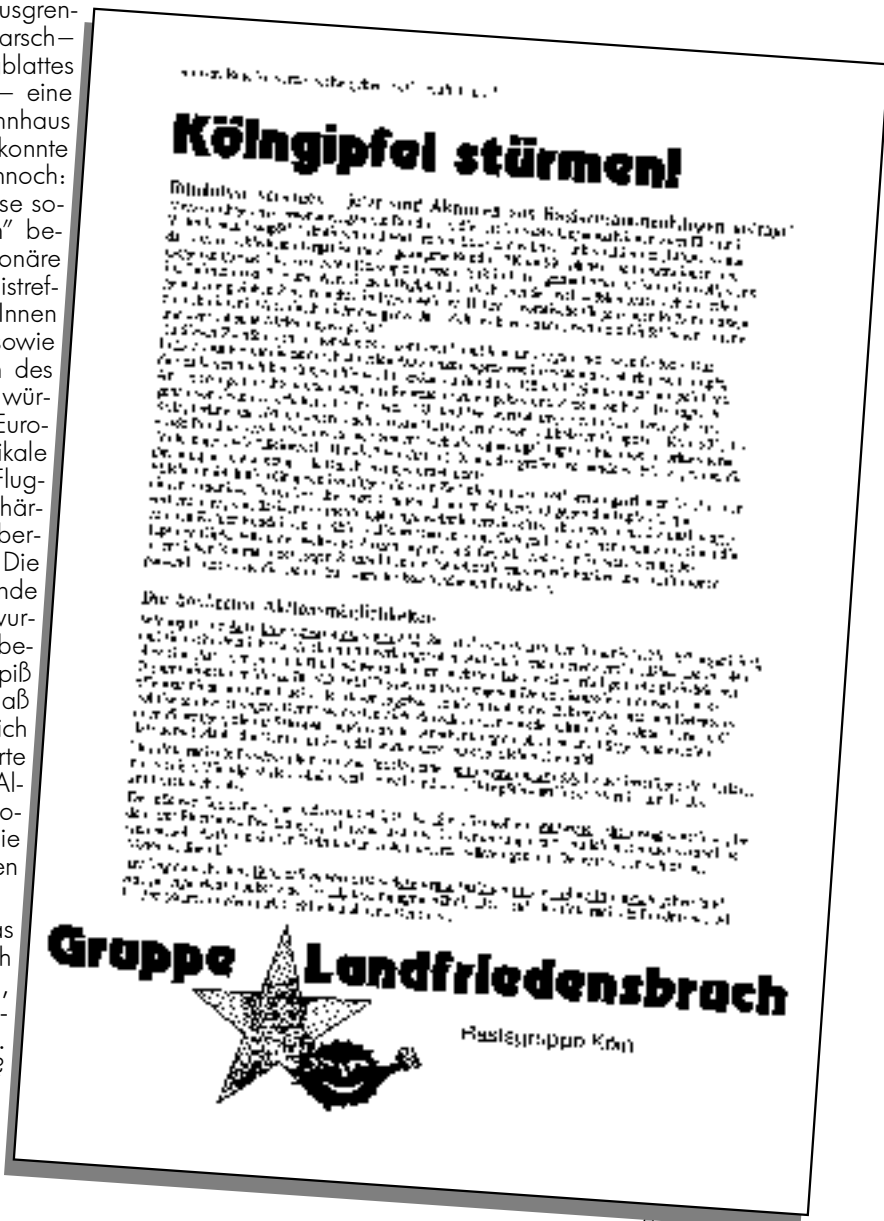
Von Seiten der zentralen Bündnisse war die Reaktion auf das Flugblatt entlarvend: Auf den Vorwurf der Ausgrenzung wurde mit Ausgrenzung reagiert. Euromarschleute recherchierten die Herkunft des Flugblattes und fanden die Projektwerkstatt in Saasen – eine autonom-politische Einrichtung, deren Wohnhaus allerdings seit Anfang 1999 leersteht. Daher konnte das Flugblatt von dort kaum kommen. Dennoch: Köln 99 strich die verdächtige Email-Adresse sofort aus dem Verteiler (der vorher als "offen" beschrieben wurde). Zwei Euromarsch-Funktionäre besuchten am 15.5. das linksradikale Bündnistreffen. Dort verteilten auch Ökoli-FunktionärInnen das Flugblatt und forderten eine Debatte sowie Konsequenzen gegen die UnterstützerInnen des Flugblattes (welche Konsequenzen das sein würden, wurde allerdings nie formuliert). Die Euromarsch-Funktionäre versuchen, das linksradikale Bündnis davon zu überzeugen, daß dieses Flugblatt der Grund sein würde, daß die Polizei härter durchgreifen wird – und daher die Schreiberlinge Schuld wären an Polizeiübergreifen. Die einzige beim linksradikalen Treffen anwesende Person, die sich hinter das Flugblatt stellte, wurde von Euromarsch-Leuten als "Spinner" bezeichnet und von Ökoli-Leuten mit "Verpiss Dich" und "Idiot" titulierte. Die Tatsache, daß das Flugblatt anonym sei, sei ungeheuerlich und sei so noch nicht vorgekommen, ereiferte sich der Vertreter der Gruppe Perspektive. Allein – zu einem Beschluß kam es nicht, den dominanten Gruppen fehlte an diesem Tag die Mehrheit, weswegen sie auf einen formalen Antrag gleich verzichteten.

Bleibt die Frage, warum beide Bündnisse, das linksradikale wie das NGO-Bündnis, sich über dieses Flugblatt so intensiv aufregten, obwohl frühere Aktionen immer ein Sammelsurium verschiedener Aufrufe hervorbrachten. Fühlten sie ihre Dominanz in Frage gestellt? Immerhin gelang es ihnen in Köln in der Tat, Aufrufe u.ä. von außerhalb der zentralen Bündnisse weitgehend zu unterdrücken. Oder traf das Flugblatt genau ins Schwarze? Oder beides?

Funktionärin des Bündnis Köln 99 an die vermuteten FlugblattschreiberInnen der Gruppe Landfriedensbruch:

Aber so oft, wie ich z.Z. daran zweifle, ob Du noch das Original bist, oder was Dich da geritten hat (z.B. Apell zum Krawall im "Kommuniqué" ueber die Koelner Buendnisse), denke ich schon des oeffteren: "Jetzt ist es vorbei, der knallt durch". Dieser Eindruck bleibt auch bei vielen anderen, die solche "Hoeehenfluege" mitkriegen, und der macht kaputt, was dazwischen an durchdachten Sachen kommt. Die Angst vor ... "Aufdeckungen" ist dem kollektiven Kopfschuettern und "Zur-Tagesordnung-Uebergehen" gewichen.

Die krasse Reaktion der zentralen Bündnisse und die Nichtreaktion unabhängiger Gruppen zusammen wirft aber in jedem Fall ein deutliches Bild auf den Zustand der Bewegung. Köln war in seiner Form möglich – obwohl die Vorgänge bekannt waren!



Interview:

Viele waren zu planlos

Gespräch mit zwei AktivistInnen aus einer Basisgruppe in Niedersachsen, die die gesamte Zeit in Köln waren.

● Was war Euer Ziel in Köln? Warum war Köln für euch wichtig?

H.: Ich wollte vor allem Widerstand bei einem so wichtigen politischen Ereignis öffentlich sichtbar machen und außerdem ein bißchen nerven und ärgern. Daneben hatte ich mir auch vorgenommen, mal zu schauen, was in der Frauenlesbenszene so passiert, da ich davon wenig Ahnung habe.

S.: Kontakte knüpfen. Aktionen machen, Widerstand leisten und nicht resignieren. Insgesamt war ich auf Köln neugierig, weil sich dort für mich die derzeitige Linke widerspiegelt.

● Hattet ihr euch was vorgenommen?

S.: Wir wollten uns als Kleingruppe an dortigen Aktionen beteiligen und z.T. eigene kleinere Aktionen machen. Dabei haben wir gemerkt, daß wir noch relativ viel uns darauf verlassen haben, daß dort schon etwas läuft, woran wir uns beteiligen können. Das war ein Fehler! Darüberhinaus haben wir auch gesehen, daß es mit unserer Kleingruppe noch nicht so weit her ist, und daß da noch auf jeden Fall Diskussions-, Entwicklungs- und Erfahrungsbedarf ist.

● Die Aktionsvorbereitungen waren ein riesiger Aufwand an Papier, Personal und Geld. Hat sich das gelohnt? Wie beurteilt Ihr die großen Demos, Aktionen und Gipfel?

H.: Zu den Gipfeln kann ich nicht viel sagen, ich bin nie hingegangen. Ich finde es aber nicht sinnvoll, theoretisch zu arbeiten während in der selben Stadt die Politik, gegen die mensch ist, gerade gemacht wird.

S.: Gelohnt ist relativ. Wie wärs gelaufen wenn es das Ganze nicht gegeben hätte. Aber insgesamt ist superwenig in der Presse übergekommen und ein gesellschaftliches Thema war der Gipfel bis auf in ein paar Kirchenkreisen auch nicht.

H.: Die großen Demos waren jedenfalls ziemlich schlecht, an politischen Forderungen wurde wenig sichtbar, es zählte hauptsächlich, wie viele Menschen da sind.

● War das die Schuld der VeranstalterInnen? Oder der Polizei? Oder von sonst jemandem? Welche Fehler wurden eurer Meinung nach gemacht?

H.: Ich finde es schwer, von Schuld einzelner oder einer Gruppe zu sprechen. Ich glaube, daß die VeranstalterInnen der Demos und Gipfel das getan haben, was sie für richtig hielten. Wenn das für viele andere nicht das Richtige ist, müssen sich diese aufraffen und was eigenes organisieren statt nur zu lamentieren. Viele Leute in den Camps waren jedenfalls zu ideen- und planlos, sie wollten zwar was machen, hatten aber sich vorher keine Gedanken gemacht.

S.: Die Polizei war aus ihrer Sicht sehr erfolgreich. Ihre Strategie ist voll auf gegangen. Wir sind zu berechenbar geworden. Sie hatte fast alles im Griff. Einerseits haben die VeranstalterInnen mit ihren zentralistischen Latschdemo-Konzepten eine "Teilschuld", andererseits haben sich die meisten Leute auch führen lassen, indem sie sich an bestehenden Aktionen beteiligt und sie konsumiert haben, anstatt Eigeninitiative zu entwickeln und selbst Aktionen zu machen.

● Habt Ihr direkt etwas von den Organisationsstrukturen mitbekommen? Oder war alles ganz weit weg von der Basis der Aktiven?

S.: Ich würde sagen, daß von der Orgastruktur nicht so viel über kam weil sie u.a. viel zu wenig Leute und überlastet waren.

H.: Ich glaube aber auch nicht, das das gewollt war. Jedenfalls was so im Internet für alle zugänglich war, war nicht mehr als das Wann und Wo.

● Fehlte die Transparenz insgesamt oder gab es Ausnahmen?

H.: Bei den Camps und der ICC-Karawane war es auf jeden Fall anders. Die Treffen waren zwar offen, aber dadurch, daß es so chaotisch war, war die Transparenz auch nicht gerade toll.

● Was habt Ihr von der Presseresonanz und Wahrnehmung der Aktionen in der Öffentlichkeit mitbekommen?

H.: Forderungen, die sich an dem realpolitisch Machbaren orientieren, sind die Inhalte, die in der Presse vermittelt wurden. Daß auch noch andere Forderungen vertreten wurden, ist kaum wahrgenommen worden. Die Kölner selber haben von den Aktionen selber wohl etwas mitbekommen, vor allem in der Innenstadt. Die Forderungen der Leute wurden aber so gut wie nie deutlich.

S.: Ich glaube das die Kölner nicht viel vom Widerstand gegen den Gipfel mitbekommen haben außer ein paar Demos (29.05. und 19.06; 03.06. war lächerlich). Und die massive Polizeipräsenz.

● Wie steht Ihr zu den Inhalten der Aktionen? Waren die klar sichtbar, wurden die wahrgenommen? Was stand im Vordergrund von Flugblättern, Presseinfos und vor allem Transparenzen?

S.: Die Inhalte waren meiner Meinung nach mittelmäßig übergekommen. Darum sollte noch mehr gearbeitet werden. Die Ideen und Inhalte fand ich eher bescheiden, so wie im Allgemeinen die derzeitige, deutsche Linke nicht gerade vor Visionen übersprudelt – was auch Ihr Problem ist.

● Gab es außer den großen, durchorganisierten Aktionen noch spontane Aktionen? Könnt Ihr mal von denen berichten?

S.: Es gab durchaus ein paar Kleingruppenaktionen von denen die meisten jedoch wohl nicht bekannt gemacht worden sind bzw. verschwiegen. Es gab einige Spaß- und Kommunikations-Guerilla-Aktionen und kleinere Sabotagesachen.

H.: Daneben war durch die Camps ja auch ein Treffpunkt vorhanden, um spontan in größeren Gruppen was zu starten. Das hat aber nicht besonders gut funktioniert, da die meisten einfach zu planlos waren. Gut fand ich da die Vorbereitung für Aktionen aus dem Frauenlesben-Camp. Die waren größtenteils gut organisiert, und zwar dezentral aus verschiedenen Orten.

● Welche öffentliche Wirkungen hatten diese Aktionen?

S.: Keine. Einerseits wurden sie verschwiegen, aber andererseits waren es auch viel zu Wenige, um einen breiteren öffentlichen Effekt zu erreichen.

H.: Naja, wenigstens der Hungerstreik und die Bürobesetzung bei den Grünen war doch Thema.

● Mal ganz spontan: was würdet Ihr für die Zukunft vorschlagen?

H.: Auf jeden Fall keine zentralistischen Demonstrationen.

S.: Mehr und besser vorbereitete konspirative Kleingruppenaktionen die z.B. durch kleinere und größere Sabotage und Kommunikations- und Spaßguerilla von sich reden machen. Darüber hinaus aber auch eine Vielzahl von Besetzungen und Blockaden aller Art und Größe. In den Städten bzw. überregional sollten sich vorher Vorbereitungsgruppen gründen. Die Spontantität sollten wir uns aber auf jeden Fall bewahren, was nicht heißt planlos durch die Gegend zu latschen. Wir müssen



glaube ich viel an unserer Selbstorganisationsfähigkeit arbeiten bzw. sie erst erlernen. Sich insgesamt vorher mehr mit Strategien auseinander zusetzen, halte ich für sehr wichtig.

H: Wichtig finde ich auch noch, daß die inhaltliche Auseinandersetzung im Vorfeld, nicht während des Ereignisses stattfinden muß. Statt auf einem Alternativ- oder Gegengipfel nur in-

tern etwas zu bewegen, sollte mensch lieber versuchen, spürbar oder öffentlich wirksam etwas zu machen – sei es durch Demonstrationen, Sabotage oder sonstwie.

● Danke sehr und viel Glück bei der Debatte in Euren eigenen Zusammenhängen.

Statement

Zu viele Aktionen für zu wenig Menschen

Von Werner Rätz, ila (Bündnis Köln 99)







Neue Füße für den Euromarsch

Von Angela Klein, Euromarsch (Bündnis Köln 99)

Die "Vorhut der sozialen Bewegung fuer ein anderes Europa" nannte Karel Gacoms, Streikfuehrer bei Renault Vilvoorde 1997, die Erwerbslosen, die am Freitag nachmittag in Koeln von ihren Maerschen aus Brussel, Prag und Sueddeutschland eingetroffen waren, um am naechsten Tag mit Gewerkschaftern, Fluechtlingen und MigrantInnen, Vertretern der kurdischen Befreiungsbewegung, Antifas und politischen Organisationen zur zweiten grossen europaeischen Demonstration gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung, Rassismus und Krieg zusammenzukommen.

Vorhut der sozialen Bewegung, das sind die Erwerbslosen immer noch - obwohl ihre Bewegung zurueckgegangen ist, einerseits weil die sozialdemokratischen Regierungen neue Passivitaet hervorbringen, andererseits weil das Antriebsmoment der Maersche: "Wir wollen eine neue Welt schaffen", bislang nur zoegerlich von anderen sozialen Bewegungen aufgegriffen wurde. Noch ist niemand da, der die Erwerbslosen beerbt in ihrer Funktion als Katalysator des sozialen Protests. Den politischen Parteien fehlt die Glaubwuerdigkeit, die Gewerkschaften wollen in ihrer Mehrzahl nicht, und die Gewerkschaftslinken, die anfaengt, ein Verstaendnis fuer die europaeische Dimension des Handelns zu entwickeln, stoest an allen Ecken und Enden auf die Borniertheit und Hindernisse, die ihnen der gewerkschaftliche Apparat in den Weg stellt. Antirassistische Initiativen wie Feministinnen nutzen den Windschatten der europaeischen Mobilisierung, um sich selber zu vernetzen und eigene europaweite Aktionen zu planen; ein europaeisches Treffen der Antifa kam, obwohl gewollt, nicht zustande. Die kurdische Befreiungsbewegung hat sich zum erstenmal in den Kontext einer sozialen und europaeischen Demonstration gestellt -- man kann nur hoffen, dass der Eindruck bleibend war und Appetit auf mehr geschaffen hat.

Ein Volksfest zur Verteidigung der Menschenrechte nannte ein afrikanischer Asylbewerber aus Jena, Teilnehmer an der Fahrraddemo aus Prag, die Demonstration am 29.Mai. In ihrer Froehlichkeit, Buntheit und Lautstaerke war es eine Demonstration, wie es sie in Deutschland noch nicht gegeben hat. Der Mobilisierungserfolg von Amsterdam konnte wiederholt werden. Mit 30.000 Teilnehmenden wurde dieselbe Groessenordnung erreicht wie vor zwei Jahren (die Amsterdamer Demo zaehlte nach Angaben der Organisatoren 35.000 Teilnehmende, es war die Polizei, die damals von 50.000 sprach).

Die Zahlen verbergen jedoch Verschiebungen: Die Beteiligung der Erwerbslosen hat abgenommen, das schlug sich auch in der halbierten Zahl der Marschierenden nieder. In Amsterdam waren 600 zusammengekommen, in Koeln ueber 300. Die gewerkschaftliche Praesenz war geringer als die Unterstuetzung fuer den Gewerkschafteraufruf hatte vermuten lassen. Aus der BRD war nur die NGG zu sehen -- und eine einsame OeTV-Fahne; die Beteiligung aus Griechenland und Italien wurde durch den Krieg stark behindert. Die Griechen hatten urspruenglich vor, mit einem ganzen Zug bzw. mehreren Bussen zu kommen; wegen des Krieges schmolz die Delegation auf 120 zusammen. In Italien fand am selben Wochenende eine nationale Antikriegsdemonstration statt. Die "sozialen Zentren" (Autonome) kamen deshalb nicht und mobilisierten statt dessen nach Bari.

Aus England fehlten die Liverpools Dockers; in Spanien ist die Mobilisierung ueber die anarchosyndikalistische CGT nicht hinausgekommen; Portugal und Norwegen fehlten ganz. Da-

her gab es in der schwedischen Delegation auch eine finnische Beteiligung, der zum Abschluss der Demonstration die Stafette uebergeben wurde -- der naechste EU-Gipfel findet in Finnland statt.

Doch es gab andere Gesichter, die in Amsterdam nicht dabei gewesen waren: die Fluechtlinge, darunter zahlreiche Afrikaner und Kurden; die Antifas; der kurdische Widerstand; eine kleine polnische Delegation; eine Gruppe Russen; die indischen Landarbeiter, die die Interkontinentale Karawane bildeten. Sie belegten eindrucklich, dass das "andere Europa", das die Euromaersche im Sinn haben, sich nicht auf die Grenzen der EU und auch nicht auf die geografischen Grenzen Europas beschaenkt. Hier bildet sich ein politischer Europabegriff heraus, der sich mit den Grenzen der EU und des Schengener Abkommens nicht deckt.

Die Groessenordnung der Mobilisierung konnte gehalten werden, weil die Euromaersche ihrer Grundidee treu geblieben sind: Sie verstehen sich nicht nur als Bewegung der Erwerbslosen, sondern als breite, europaweite soziale Bewegung gegen Erwerbslosigkeit mit all ihren Begleitumstaenden und Folgen. Deswegen haben sie auf der Koelner Konferenz im Januar den Begriff der Ausgrenzung praezisiert und um die rassistische Ausgrenzung erweitert; dies machte es moeglich, dass die Fahrradkarawane aus Prag von den Euromaerschen, der Karawane der Fluechtlinge und MigrantInnen und der Karawane Geld oder Leben gemeinsam durchgefuehrt wurde.

Die Maersche haben im April auf den Krieg mit einer Erklaerung reagiert, in der sie den Zusammenhang zwischen Armut, Ausgrenzung und Krieg herstellen und den Willen der Maersche betonen, konkrete Schritte fuer eine Vernetzung und Kommunikation der Voelker untereinander auch auf dem Balkan zu unternehmen. Frei von Reibungsmomenten war diese Ausweitung nicht; vor allem die Losung "Nein zum Krieg" stiess bei einigen TeilnehmerInnen aus Frankreich auf Ablehnung. Hier steht einer der Erwerbslosenverbaende (MNCP) den Gruenen nah, und die Gruenen in der franzoesischen Regierung gehoeren zu den aergsten Kriegstreibern.

Die gewonnene soziale Breite hat auch dazu gefuehrt, dass Maersche, Demonstration und Gegengipfel, die in Amsterdam noch getrennt liefen, diesmal unter dem gemeinsamen Dach der Maersche, der Studierenden und der politischen Jugendorganisationen durchgefuehrt wurden. Auf dem Abschlussplenum des Alternativgipfels trugen verschiedene Netzwerke die Ergebnisse ihrer Arbeit und ihre weiteren Projekte vor: die Euromaersche, "Kein Mensch ist illegal", die Studierenden, die Frauen. Leider fehlte der Chemiekreis, der ein sehr erfolgreiches eintaegiges Forum mit internationaler Beteiligung bestritten hat, leider auch die Antifas, deren europaeisches Treffen wie gesagt nicht zustande gekommen war.

Auch der Alternativgipfel hatte eine neue Qualitaet, und es tat keinen Abbruch, dass die Beteiligung daran mit 400 Leuten nur halb so stark war wie in Amsterdam. Er wurde von den sozialen Bewegungen, die nach Koeln mobilisiert haben, als Forum fuer ihren Dialog und die weitere Planung ihrer Arbeit genutzt. Damit legte er die Grundlage fuer eine weitere Zusammenarbeit, die weit ueber die Euromaersche hinausgeht.

Schliesslich haben zum Gelingen des ganzen wesentlich auch solche Initiativen beigetragen, die fuer Essen, Schlafen und Diskutieren die Infrastruktur stellten: die Naturfreunde mit dem Zeltlager, das nach anfaenglichen Schwierigkeiten ein voller Erfolg wurde; das Buergerzentrum Alte Feuerwache mit einem hoechst angenehmen Rahmen fuer alternatives Zusammenleben; das Kollektiv Rampenplan mit einer wohlschmeckenden Essensversorgung.

Zusammengenommen kann man sagen: Die europaeische soziale Bewegung ist keine Eintagsfliege geblieben; sie hat ihre Mobilisierungsfahigkeit unter Beweis gestellt, sie hat sich ausgeweitet, sie hat die Zusammenarbeit verschiedener Netze befoerdert.



Dennoch sind die Euromaersche mit dieser Mobilisierung an Grenzen gestossen. Das spontane Engagement freiwilliger Kraefte reicht nicht mehr, um die vielfaeltigen Aufgaben zu bewaeltigen. Die personellen und finanziellen Mittel sind zu gering; und weil die Bewegung sich derzeit nicht spontan ausweitet, kommen auch nicht von selbst neue Kraefte hinzu. Jeder Schritt des Zusammenwachsens auf europaeischer Ebene bedarf eines erheblichen Einsatzes; wo dieser wegen Ueberforderung fehlte, wurden gravierende Maengel sichtbar:

-- Erstens auf den Maerschen selbst: Deren Empfang durch oertliche Arbeitslosen- und Wohnungslosenskollektive liess erheblich zu wuenschen uebrig. Die Maersche gerieten eher zu einer Demonstration als zu einem Instrument der Kontaktaufnahme mit Gruppen vor Ort. Damit wurde ein wichtiges politisches Ziel der Maersche verfehlt (abgesehen von infrastrukturellen Problemen, die durch verstaerkte Zusammenarbeit mit Strukturen vor Ort leichter haetten geloest werden koennen). Eine Ausnahme bildete Luettich, wo die oertliche Arbeitslosenorganisation eine Arbeitsamtsbesetzung durchfuehrte, die von dem Marsch aus Bruessel unterstuetzt wurde. Die Folge waren Probleme im Zusammenleben und in der Versorgung der Marschierenden sowie Spannungen und Gereiztheiten unter ihnen.

-- Zweitens auf der Demonstration: das Verhalten der Polizei, die sich vorgenommen hatte, ihr Muetchen an einer bestimmten, vorher auserkorenen Gruppe zu kuehlen, haette eine Reaktion der gesamten Demonstration erforderlich gemacht, die jedoch in Ermangelung einer internationalen Demonstrationsleitung nicht moeglich war. An solchen Fragen zeigt sich, welche Herausforderung es bedeutet, zu europaweiter Handlungsaefahigkeit zusammenzuwachsen.

-- Drittens auf dem Erwerbslosenparlament: obwohl es eine voellig neue Form der Zusammenarbeit darstellt, hat man sich im Vorfeld darueber nicht genuegend Gedanken gemacht und eine eher traditionelle Veranstaltung mit vorher ausgesuchten Redebeteiligenden durchgefuehrt. Erst der massive Protest der Erwerbslosen an seinem Verlauf verdeutlichte, welches Potential in der Idee eines solchen Parlaments steckt: europaweit eine staendige Vertretung der Erwerbslosen zu schaffen, die Aktionen wie Inhalte diskutiert. Sofort trat die Frage nach ihrer Zusammensetzung und Legitimation auf; dies war im Vorfeld von den Gruppen nicht diskutiert worden, musste folglich auch in Koeln unbeantwortet bleiben. Aber der Anstoss wurde gegeben. Das ist fast ein wichtigeres Ergebnis als die ansonsten gefassten Beschluesse.

Die inhaltliche Debatte des Erwerbslosenparlaments ist ueber die Bruesseler Erklaerung nicht hinausgekommen. Ein Teil hat versucht, europaweit einheitliche Betraege fuer Arbeitszeit und Mindesteinkommen aufzustellen -- stiess dabei aber auf heftigen Widerstand von anderen. So bleibt die Frage offen, ob dies der beste Weg ist, die Lebensstandards in Europa zu vereinheitlichen.

Die Debatte ueber die Niedriglohnpolitik und die Herausforderung, die sie fuer Erwerbslose und Gewerkschaften bedeutet, steckt hingegen noch in den Anfängen. Sie mag sich konkretisieren, wenn im Dezember anlaesslich des EU-Gipfels in Finnland der beschlos-

sene europaweite Aktionstag gegen Billiglohn und Zwangsarbeit durchgefuehrt wird.

Zusammen mit allen Kraeften, die an dieser Mobilisierung mitgewirkt haben, werden die Maersche diskutieren muessen, wie sie die genannten Maengel ueberwinden koennen, vor allem im Hinblick auf die naechste europaeische Grossaktion, die im Winterhalbjahr 2000 in Frankreich stattfinden soll:

-- wie wir die Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken und Kraeften intensivieren und ausbauen koennen; -- wie wir unsere Arbeit auf neue Fuesse stellen und die dafuer notwendigen Mittel aufreiben koennen; -- wie wir die europaeische Koordination der Maersche zu einem internationalen Organisationszentrum ausbauen koennen.



Die einzige Karte mit Informationen für Demo-TeilnehmerInnen – meist eher spaerlich verteilt.





beschleunigt in Wachstumszeit, woz. Schweiz

Weltwirtschaftsjahrbuch von oben und von unten: Ohne Seitenaufwandschutz

Athens Massent

Legende zum ersten Heft bis heute eine Zeitschrift. Die Hoffnungen können vielleicht doch noch einmal das Heft in die Hand nehmen und gestalten in die vorübergehenden Schwankungen der globalisierten Welt eingreifen, stat. zur Regeln aufzustellen, welche den transnationalen Unternehmen und Banken immer mehr Spielraum räumen. Die Hoffnung ist eine präzisere Weise zu der Krise. Neben die Finanzkrise in Asien und Russland gewollt hatte, kam auch diese der grossen Spekulationsfonds in New York unter Druck. Paul begriff die Regierungen in der Liquidität nicht. Das Ausmass der Erschütterung liess den grossen englischen Historiker Eric Hobsbawm vom Fall des Neoliberalismus und dem Ende des Finanzmonopolismus des freien Marktes sprechen. Als kann in Deutschland Rot-Grün an die Regierung kam (dass sie damit auch mit die Macht zusammen wirrt). Mas. sich mittlerweile nicht mehr beschränkt sich auf der Finanzkrise der kommenden Verordnungen klar. Das sozial-ökologisch repressive Europa. Der erste Finanzminister von Rot-Grün. Oskar Lafontaine schlug zusammen mit seinem Bruder selbst Amrath gegen vor, die Wechselkurse der wichtigsten Währungen abzustimmen, um die Währungsprekulation zu verhindern.

Hoffnungen sind leidenschaftliche Phantasie. Ich erinnere, dessen Ideen nicht alle reifen ausser, die aber mit Sicherheit jenseits des unmittelbaren Einflusses liegen, gab dazu wenigen Monaten zurück auf, was die europäischen Blasen mit Kurzschnelligkeit nach zusammen. Die Börsen stürzten sich zu Grabe. Der erzwungenen deutsche Zertifikatgeber Hans

Hoffnung auf eine Arbeitsplätze zur Neugestaltung der Finanzmarktstabilität: ins Leben, welche die Grundlagen für die Erneuerung des globalen Gipfels der US und sehen wichtigsten Indikatoren der und (ursprüngl.) leg. u. Blühen der Entwicklung von internationalen Wahlfonds und vom Alan Greenspan, dem Chef der US-amerikanischen Zentralbank. Die Verabschiedung der Krise begann. Das Augenmerk auf Japaner setzte aufgrund eine neue Tagesordnung fest. Das Ende des globalen Gipfels, der zum Höhepunkt der Finanzwirtschaft über Jahre hinweg, nicht hinreichend, zusammen mit der ersten Co. Hoffnung, die in letzten Herbst keine

Statistiken werden die Regierungen mit der neuen Runde der Weltmarktverhandlungen (W 19) in ihrer in Bezug ihre Einflussmöglichkeiten weiter verschärfen. Weltweit einmündlich sie selbst die Vision des New National-Managers Claude Fréchet... in den die Regierungen der Staaten schon fast keine Grösse mehr sind. Die Welt von morgen wird geprägt sein von globalen Unternehmen, den Kontinenten und Superkontinenten... Allerdings gilt dies höchstens für die Wirtschaft bei Militär und Krieg, welche die Sinnen ihre Aktivitäten steigern.

Aber wenn, wenn von oben nichts zu erwarten war, wie sieht es denn aus? Ich erinnere an einen alten Weltwirtschaftsjahrbuch in der Kölner «Volkung» aus 9. Viel Analyse über die verschiedenen Facetten der Globalisierung und ihre Auswirkungen wurde da geboten. Manig auf höchstem Niveau. Es ist zu viel Analyse allerdings, denn auch Paulien, die Strategie für eine andere Politik gewohnt waren, sondern die düstere Gegenwart. Es besteht auch kein Mangel an konkreten Vorschlägen für weniger sozialer Ausschlag und mehr ökologische Verantwortlichkeit in den industriellen Ländern. Die notwendigen Regierungsverträge des internationalen Systems, die notwendig waren, um den Regierungen Raum zu geben, damit sie eine andere Wirtschaftspolitik betreiben konnten, sind bekannt: Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen, die Kontrolle über die Kapitalverkehrskontrollen, Streifen aller Steuerhelfer, Kontrolle internationaler Konzerne

Hoffnung wurde darüber gerichtet, was zuerst angesetzt werden soll: Ob es Sinn hat, die Regierungen zuzunehmen, die Welt zu stärken und es fällt zum Kurswechsel zu ändern oder ob nicht vielmehr direkt Druck auf die Weltwirtschaftsstrukturen, Währungsstände, Weltbank und Weltentwicklungsgremien gesetzt werden sollte oder ob direkte Aktionen, Boykotte und Forderungen an die Adresse der Mehrzahl zum Ziel führen

Es ist wiederum Strömungen der Zukunft gehen wird, aber stattdessen soziale Bewegungen die gemeinsam mit den Gewerkschaften best mobilisieren können, werden sich weder Regierungen noch Weltwirtschaftsstrukturen noch Mehrzahl von Rot-Grün, eine Reformpolitik zu verfolgen, die Europa ein Zentrum der Wirtschaft von Rot-Grün, eine Reformpolitik zu verfolgen, die Weltwirtschaftsstrukturen werden, was Rot und Grün in ihrer Zeit als Opposition verlangt haben. Die Hesse, Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen, die jahtlang neben ihrer eigenen

Statement Wo ansetzen?

Von Andreas Missbach
(Beginn links)

Statement Interessante Konstellation

Von Peter Wahl, WEED
(Bündnis Köln 99) (unten)

Außer mich einen Aachen für Gärten umgeschichtet haben, stehen vollends im Regen. Das Fehlen eines Bündnisses, das wenigstens halbwegs glaubwürdig den Eindruck erweckt, die Verantwortung für die Klimawandel-Vorschriften zu übernehmen zu können, liegt als zentrale Metapher über das ganze Veranstaltung. Nur zwei konkrete Handlungsalternativen, scheint übrigzubleiben zu sein, zum einen ein wenig wirksames "wärmehaare" (obwohl bei den MinisterInnen von einst, die jetzt in den Ämtern sitzen oder aber Vernetzungsaktivisten (oder Basisfunktionalist) ohne Erfolg und Erfolg).

Die Entfremdung zwischen dem Reklamieren der Gärten und ihren Expeditionen von mit den Stunden zu Gärten. Die Parallellität der Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) über den Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) ist ein wenig überraschend (der Eindruck dazu ist vor dem Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) über den Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) ist ein wenig überraschend). Die TeilnehmerInnen kritisieren jedoch die Politik der Gärten und ihre Haltung zum Krieg gegen Jugoslawien unblutig. Der Chef der Heilich-Böhl-Spöck, Ralf Fuchs, ein jüdischer Befürworter des Krieges, wurde niedergeschrieben (als er später noch auch zu Wort kam, besäugte er das erkrankte Kind, das Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) abgeben). Wahrscheinlich wird die Kritik der Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) so kritische Veranstaltungen wie dem "Aachener Gärten" nicht mehr unterstützen. Und obwohl die Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) über eine andere Zukunft für die Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) besitzen, wenn die Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) weiter Wälder sind, die Gärten (Hammich-Böhl-Spöck) unannehmbar, hinterlässt das Fehlen von internationaler Diskussionsforen eine weitere, wenn auch nicht.

Quint: Woher und unten liegt, ist noch ungenügend klar, doch die Seitenzahl des Linkalternativen Projektes sind weggeblieben.

WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL KÖLN 1999 Auswertung der Alternativaktivitäten und des Alternativkongresses

1. ALLGEMEINE BILANZ DER ALTERNATIVEN GIPFELAKTIVITÄTEN
 - Es ist gelungen, bereits im Vorfeld des G-7 als G-8 zum Gipfe selbst ein politisches Klima zu schaffen, in dem alternative Vorstellungen zu den offiziellen Regierungspolitiken einen breiteren Raum in der Öffentlichkeit einnehmen konnten. Das Ministerium für die G-7 (Klimaschutz) war außerordentlich gut und im Vergleich zu dem Gipfel in München 1992 und Bonn 1998 um einige Größenordnungen stärker. Insofern waren die G-7-Schritte ein Erfolg für alternative Politik.
 - Mit der Menschenkette (mit 20.000 TeilnehmerInnen) und der Demonstration (mit 10.000 TeilnehmerInnen) kam in Köln die größte Avance zu einem Novum: Das Thema der W-7 (Wirtschaftskongress 1999) und zu einem W-7 Wirtschaftsgipfel in der Bundesrepublik überhaupt zustande. Auch im Vergleich zu den Gipfeln in Denver 1997, Halifax 1996, von Köln war die Mobilisierung beträchtlich.
 - Dieser Erfolg ist auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, dass die W-7 vor dem Gipfel von Jugoslawien übernahmelt waren. Damit war zugleich ein großer Teil derjenigen gesellschaftlichen Sektoren, die für eine pazifistische Politik ansprechbar sind, akribisch. Der Krieg überstahlte auch die Mobilisierung aller Alternativaktivitäten (wie Menschenkette) in der EU-Gipfel vierzehn Tage vorher zu dem ebenfalls eine Demonstration (mit 30.000 TeilnehmerInnen) und ein Gegenkongress stattfand: hatte einer Teil der nicht-seitlichen Kräfte gewonnen.
 - Die neue Regierungskombination im sozial-liberalen, gewerkschaftlichen und linken des grünen Milieus die Illusion geweckt hatte, dass gesellschaftliche Bewegung jetzt überflüssig geworden sei.
 - Das zu 90% bemerkenswerte Thema der Alternativaktivitäten war die Verantwortung der Entwicklungsländer. Dies hat folgende Hauptreaktion:
 - die Bundesregierung hatte bereits im Januar eine Initiative zur Entschuldigung der ärmsten Entwicklungsländer angekündigt, die im März auf dem weichen diplomatischen Druck (im G-7 1998 in Birmingham) waren 50.000 Millionen auf der Straße (sagte).
 - Die Aktivitäten der Internationalen Initiative 2000 Kampagne
 - Die langjährige kritisch-konstante Begleitung des Schuldenthemas durch einige Nichtregierungsorganisationen vor allem WEED
 - Die weit verbreitete in die Ministerium-Medien hinein eine große Öffentlichkeit: Die kritische Sichtweise auf die offizielle Schuldenthemen festzustellen.
 - Das zweite Thema das eine gewisse Wertschätzung nicht im Einklang mit der Schuldenpolitik zu veranschaulichen Aufmerksamkeit gewinn war das die Reform des internationalen Finanzsystems. Hier war WEED (kritisch) die kritische Organisation die das Thema aus kritischer Sicht thematisierte. Andere Themen wie Zukunft der Arbeit Migration, AKW in der Ukraine, Integriertes Transportrecht bis kurz vor dem Gipfel von Bonn (Bonn) etc. konnten dagegen keine Rolle beim Gipfel spielen (wie übrigens auch beim offiziellen G-7). Günstig bestätigte sich

Fortsetzung nächste Seite



die alte Forderung, dass die Zuspitzung auf ein Einzelproblem die größten Mobilisierungserfolge bewirkt.

6. Zur informelleren Wirkung beigetragen haben in unserer Linie die Facebook-Kampagne und dann der Aalen-Vollkongress. Die Demonstration konnte sich dagegen in der Öffentlichkeit kaum profilieren. Das zehnjährige unserer Aktivitäten, das es wie immer zu den Gipfeln gab, warum dagegen in dem Maße so gut wie überhaupt nicht sichtbar. Dazu gehören sowohl Strafverfolgung von Peoples Global Action und ihren internationalen Kampagnen vor der Bayer-Werke Leverkusen und die „Leugh Parade“ in der Kohler Innenstadt als auch die zahlreichen Sozialerhebungen der „Leistungskampagne“ Gemeinwohlförderer Kirche und Entwicklung (GKKF), Friends of the Earth etc.

7. Allerdings muß auch bei der Schuldenerhebung nicht mehr gesehen werden, daß in der Stadt – dem Schuldnerkreis – natürlich kein subsidiärer Fortschritt, geschweige denn ein Durchbruch erzielt wurde. Ausnahmsweise muß Schlichter einstimmt werden, was er offen sagt, der Erlaß sei keine zusätzliche Heinsung für die Steuerzahler, da die Schuldner sowieso auf Dauer zahlungsunfähig seien. Aus diesem Blick ist der Unterschied zu früher, daß die Bundesregierung ihre früheren Bremsenrollen aufgegeben hat, und jetzt im Hauptstrom der City nachschwingt.

8. Obgleich Köln die bedeutendste Messenaktion für ein Nord-Süd-Thema seit 1980 brachte, kann nicht überschrieben werden, daß die Mobilisierung unter den Forderungen blieb. Dies gilt auch für die Menschenkette, die mit ca. 20.000 Personen nicht einmal die Hälfte der bis Mai noch erwarteten 50.000 wachte. Damit lag das Ergebnis auch sehr deutlich unter dem der örtlichen Jubiläum-Kampagne im Vorjahr in Birmingham. Zuerst sollte neben der unter Punkt 8 genannten Rahmenbedingungen der parallel in Stuttgart stattfindende Kirchentag hier zusätzlich eine Rolle, sowie die geschickte PR-Arbeit der Bundesregierung. Die bei einem Teil des nicht sehr positiven Publikums im Erläuterungskampagne suggerierte, daß die Regierungen die Forderungen der Gesellschaft erfüllen, so Druck von unten nicht mehr nötig sei. Zwar kann auch die Demonstration „milde Umstände“ geltend machen, z.B. daß erst wenige Tage vorher durch Gerichtsbeschluss ein brauchbarer Kundgebungsplatz feststand, dennoch muß unabhängig davon die Mobilisierungsgeschichte hier als dramatisch bezeichnet werden.

II. ALTERNATIVKONGRESS

1. Nach der Menschenkette erzielte der Kongress die größte Medienaufmerksamkeit und war in dieser Hinsicht ein sehr guter Erfolg (s. Medienpiegel in c. Anlage).
2. Der Kongress trug durch seine Vorbereitungsarbeit dazu bei, daß aus einer Punktliste, genannt „günstige Klima zur Artikulation“ von Kritik an offizieller (Städt) Politik
3. Der Kongress bot eine Plattform zur öffentlicher Artikulation für zivilgesellschaftliche VertreterInnen aus dem Ausland, vor allem aus den Entwicklungsländern, sowie die Möglichkeit zur Vernetzung von von ihnen konnten auch in Medieninterviews geben
4. Der Besuch des Kongresses übertrug mit 650 registrierten und schätzungsweise 200 nicht registrierten TeilnehmerInnen die Erwartungen. Ein relevanter Teil davon bestand aus jüngeren Leuten, die politisch nicht konform mit Spektrum oder Organisation zuzuordnen sind, sondern offenbar nach Motivation und

politischer Orientierung suchten. Insofern war der Kongress auch ein Ort, an dem nicht nur der bekannte „Wanderzirkel“ aus Politik und Fundamentar präsent war. Die Teilnahme von Jürgen, politisch nicht festgelegtem Publikum zeigt, daß es einen neuen Bedarf an Vernetzungen in Orientierungscharakter gibt.

5. Burchspitzung ist mit dem „heiteren Kern“ der Vernetzungscharakter gibt. NUNO, RUKO, IFFNW, NRO-Funktorum, OXFAM, neo-co international und WFTO sind interessante Konstellationen entstanden, die über den Anlaß hinaus relevant sind, vor allem für möglich werdende aufparlamentaristische Neustukturierungsprozesse (Tage der innerpolitischen Entwicklung).

6. Auch die vor allem durch die Mitarbeit von WEED in Kampagnen erreichtliche Verzahnung der Erläuterungskampagne mit dem Kongressbündnis gehört zu den bürokratischen Akten. Verglichen mit der dreifachen Spaltung der Alternativaktivitäten beim Münchner G-7 war die Situation in Köln bürokratisch ausgesprochen positiv.

7. Insofern war das Ergebnis des Kongresses gemischt. Es gab sehr qualifizierte Beiträge, wie der Vortrag von F. von Altvater, aber auch regelrechte Flops. Neben Spezialistenarbeiten single issue Panels in klassischer NGO-Manier (Pinn) (in zur WFTO) gab es Panels, die ein Thema informell vermitteln (z.B. Finanzmärkte und Panel II in Zukunft der Arbeit), aber auch solche, die sich in der Kritik nichtkanal (fast das ganze Forum zur Migration) Zustände erstreckten. Insgesamt war der Kongress inhaltlich und quantitativ überladen. Zudem waren das Format der Veranstaltung und die heterogene Teilnehmerenschaft nicht dazu geeignet, inhaltlich in die Tiefe zu gehen oder gar neues zu entwickeln. Insbesondere die Diskussion zu Alternativen erwies sich als außerordentlich schwierig. Allenfalls ein Problemfeld (Panel II am Plenarabend) mit freilich altbekannten Fragestellungen kam heraus, während selbst hochrangige Leuten wie

8. S. George (G. Grawsky) und J. von Döckel an der Frage nach Alternativen scheiterten. Allerdings liegt das Problem hier nicht an der Auswahl der ReferentInnen, oder deren mangelnder Vorbereitung. Vielmehr reflektiert dies die konzeptionelle Krise ernährungsökonomischer Politik überhaupt, auf die in der Eröffnungsrede bereits hingewiesen wurde. Hier auf schnelle Lösungen oder einen Durchbruch mit einem Kongress hatten, beide die Komplexität der Problematik zu unterschätzen.

Bonn, 24.8.1995

Peter Mehl

Interview

Wir haben uns übernommen

Interview mit Inga Havers, MAI-AG Berlin und beteiligt an der Organisation der InterContinental Caravan (ICC) in Deutschland (Beginn rechts)

● Wie bewertest Du die Köln Kampagne?

Inga: Ich denke, es gibt viele Sachen, die wir hätten besser machen können, die unterschiedlichen Einschätzungen zu der Kampagne hängen auch mit völlig unterschiedlichen Zielvorstellungen zusammen. Sowohl im Berliner Vorbereitungsplenum als auch in der ICC haben wir von Beginn an verpaßt, klar unsere Ziele zu formulieren. In der ICC hat es nie ein Papier gegeben, was wir in Europa eigentlich mit der Karawane erreichen wollen, obwohl es ein solches geben sollte. Unterschiedliche Gruppen haben natürlich intern ihre Ziele formuliert, beispielsweise für Finanzanträge, aber es gab nie wirkliche Auseinandersetzung darüber. Die Fragen hätten geklärt werden müssen: Was wollen wir? Wollen wir Politik oder Bewegung verändern? Was wollen wir gerade in Köln? Diese Fragen zu stellen und zu beantworten, kann auch jede Gruppe für sich machen – aber es muß auf jeden Fall passieren. Wir haben strukturelle Fehler in der Bündnispolitik gemacht: Statt konfrontativ zusammenzuarbeiten hat man innerhalb beider Bündnisse gewissen Leuten den Raum überlassen und dann das eine Netz oder die andere Abspaltung gegeneinander gestellt statt Streitkultur zu pflegen, auf die Pluralität stolz zu sein und sich gegenseitig zu befruchten.

● Ich habe den Vorwurf gehört, Ihr hättet Euch mit der ICC übernommen?

Inga: Ja, das stimmt. Und einige Leute haben auch nicht das gemacht, was sie zugesagt haben. Natürlich haben wir uns mit dem ICC-Projekt übernommen – ganz klar. Und wir haben die Bewegungen in Europa überfordert, aber auch herausgefordert. Das haben wir von Anfang an gewußt und uns trotzdem dazu entschieden, das durchzuführen. Die Schwierigkeit bestand darin, einen Kompromiß zwischen den vielen Beteiligten zu finden. Dabei haben wir uns auf jeden Fall zu sehr der ursprünglichen Idee verklavt, statt anzuerkennen, daß auch ein Netzwerk immer nur so stark sein kann, wie ihr schwächstes Glied. Das hat dann zu erheblichen organisatorischen und demokratischen Mängeln geführt. Im Nachhinein hätten wir uns mit der Forderung nach nur der Hälfte der TeilnehmerInnen durchsetzen sollen, daß wäre auf jeden Fall schon Herausforderung genug gewesen.

● War Deutschland wie andere Länder oder gab es hier Besonderheiten?

Inga: Die Situation war so unterschiedlich wie die beteiligten Gruppen: Wenn Du nach Ländern fragst, könnte man generell sagen, daß die Situation in der Schweiz am besten, in Italien, Belgien, den Niederlanden, Spanien, Großbritannien und Polen gut, und in Frankreich, Deutschland und Tschechien eher problematisch war. In Frankreich lag das hauptsächlich an der internen Kommunikation der Gruppen untereinander, und völliger Verantwortungslosigkeit dem Projekt gegenüber in Paris, hier an der mangelnden Unterstützung. Es war hier viel schwieriger, das Projekt durchzuführen: Im August wurde die Idee zu dem Projekt von jemandem aus Indien vorgeschlagen. Das nächste europäische Treffen fand im November statt. Inzwischen hätten überall Treffen zwischen Gruppen stattfinden, und Koordinationskomitees gegründet werden sollen. Das fand in Deutschland nie so statt. Trotzdem war es klar, daß wenn die ICC stattfinden sollte, daß sie dann auch nach Köln kommen mußte. Vom Bündnis Köln 99 gab es Signale, daß wir von ihrer Seite unerwünscht wären. Dann haben einige Leute aus Berliner Gruppen gesagt, daß sie es versuchen wollen, Gruppen zu finden. Der Prozeß entstand in Deutschland also nicht von unten nach oben, aufgrund des unglaublichen Zeitdrucks wurde vieles nur noch irgendwie organisiert, aber nicht entsprechend unserer basisdemokratischen Überzeugungen. Da gab es große Defizite. Die Schwierigkeit war, daß wir wenig Ahnung hatten, weil wir wenig Leute waren, alle ziemlich jung, und daher mit wenig Erfahrung, und besonders am Anfang nur ganz wenig Unterstützung hatten, und kaum eineR an die Realisierbarkeit des Projektes geglaubt hat.

● Änderte sich das Verhältnis zum Bündnis Köln 99 im Laufe der Zeit?

Inga: Das war sehr schwierig. Wir haben weder richtig zusammengearbeitet noch richtig gegeneinander, sondern es war nur ein unbestimmtes kritisches Verhältnis. Ein Beispiel sind die Camps: Die ICC-Gruppe hat das EU-Camp in Ossendorf mitorganisiert. Aber eigentlich war uns der Ort zu abgelegen und wir wollten näher in die Innenstadt. Die Leute von Köln 99 wollten aber nicht darum kämpfen, daß haben wir beim zweiten Camp dann anders gemacht. Wir haben von der Stadt ein besseres Gelände gefordert und es am Ende auch bekommen.

● Wie bewertest Du das Camp in den Rheinauen?

Inga: Es ist geglückt, daß ein Rahmen geschaffen wurde zum Wohlfühlen, wo sich Leute begegnen konnten, internationales Networking Abends am Lagerfeuer stattfand. Generell hatten wir uns erhofft, daß wir den Rahmen schaffen, innerhalb dessen Leute aktionistisch werden oder auch theoretische Debatten führen. Das hat aber nicht so stattgefunden.

● Wie könnte man das in Zukunft besser machen?

Inga: Es muß eine eindeutige Trennung zwischen den unterschiedlichen Aufgabenbereichen stattfinden. Zum Beispiel eine Dreiteilung in ein Orga-Team, das die Logistik organisiert, eine Theoriegruppe, die organisiert, daß theoretische Debatten laufen, Workshops angeboten werden, und drittens ein Aktionsteam, das versucht, Kontakt zu halten zu Gruppierungen, die spontan kleinere und größere Aktionen durchführen wollen, und zu informieren, was wo läuft.

● Was fällt Dir noch ein an Verbesserungen, Köln ist ja hoffentlich nicht das Ende der Bewegung?

Inga: Politisch muß man sich auf jeden Fall fragen wie eine weitere internationale Aktionszusammenarbeit Aussehen soll. Auf jeden Fall muß man sich im Einzelfall die Frage stellen, mit wem man sich da überhaupt vernetzt, und ob es nicht sinnvoller ist, sich mit seinen Kapazitäten in schon bestehende Netzwerke einzubringen, statt neue zu schaffen, die dann der eigenen Kritik nicht standhalten. Auch kann internationales Networking nicht bedeuten, daß Teile des Netzwerkes durch ihre hohen Erwartungen Druck auf andere Gruppen innerhalb des Netzwerkes ausüben. Es kann nicht sein, daß vor lauter Orga-Streß kein Raum mehr dazu da ist, das eigene Projekt zu hinterfragen. Wir sind teilweise zu professionellen Jungmanagern mutiert, die 18h am Tag arbeiten, und mit Handy und Laptop ausgestattet 2000 km die Woche zurücklegen. Damit haben wir uns zugunsten einer Idee selber zu etwas gemacht, was wir politisch ablehnen. Organisatorisch ist es wichtig, sich klar zu machen, daß irgendwann im Verlauf einer Vorbereitung vor lauter Orgakram kein Platz mehr für theoretische Diskussion ist. Auch wichtig ist, zu beachten, daß man bei einem Projekt wie der ICC am Anfang gar nicht wissen kann, was nachher Teil der Kampagne sein wird. Darauf muß man sich einstellen. Leute für Aufgabenbereiche zu bestimmen, ist schwierig, weil am Anfang gar nicht klar ist, welche Aufgabenbereiche da entstehen werden. Es sollte zwischen dem Vorbereitungszeitraum, also der Phase lange vorher, und der heißen Phase direkt vor und während der Aktionen unterschieden werden. Am Schluß, also in der heißen Phase, kommen dann immer ganz neue und andere Leute hinzu, die nicht nur mithelfen, sondern auch mitgestalten. Ganz wichtig ist es, sich dieser Situation bewußt zu sein, und möglichst viele Leute mit einzubeziehen, auch und gerade wenn man selber mit den Nerven am Ende ist, und keine Geduld mehr hat.



Statement

Bitte bitte bitte keine Latsch-Demos

Von Kayos

Ich habe mich hauptsächlich mit die beide Camps beschäftigt, so Logistik usw., und mein Eindruck war, die Camps waren gut, haben Spass gemacht, es war sonnig, gab ganz viele interessante Leute, aber das Politik hat gefehlt.

Die Gründe dafür waren (für mich),

1) wir Orga-Gruppe waren zu wenig. Wir haben uns das ganze Zeit an Zelte und Essen und wer weisst was, gekümmert, und nicht dafür sorgt, dass die Leute sich zusammen setzen und reden und Aktionen planen und Strategien entwickeln, die wir benutzen können.

2) Die Leute die gekommen haben waren entweder unmotiviert oder zu abhängig. Es solltet nicht nötig sein, dass irgendjemand von Orga-Gruppe sagt 'Jetzt werden wir Aktionen planen.' Es ist manchmal gut, Versammlungen zu haben, das Leute die allein gekommen sind, Gruppen finden können, das sie sich trauen Aktionen zu machen. Aber es kann auch sein, dass jemand ANDERS das organisiert! Und die Leute, die in Gruppen gekommen sind, könnten sowieso viel mehr gemacht haben.

Es kann sein, wir waren alle zu beschäftigt. Z.B. jeden Nacht am EU Camp gab es Nachtwache wegen die Faschos, und die Geld oder Leben Karawane haben für die InnerInnen und anderen ICC-Leute gekocht. Aber es darf nicht sein, dass es so weiter geht, und wir verschwenden unsere Kraft in Überlebensnötigkeiten.

Verdammt, ich habe so viel zu sagen!

WWG (G8) Camp war schon besser, die Orga-Gruppe war 'trainiert' und hat sich kennengelernt (das ist übrigens total wichtig, man kann nicht wissen, wer man solltet über irgendwas am besten sprechen, wenn du weisst nicht sogar wie sie aussehen oder was sind die besonderen Fähigkeiten von jeder Mensch) und ich habe mehr von die Aktionen mitgekriegt.

Letzte meldung:

Kurzeindruck vom ICC – treffen

Das Auswertungsmeeting der ICC in der Schweiz war extrem intensiv. Es gab sehr harte Momente und auch sehr positive Momente. Wir sind als Gruppe durch sehr heftige Selbstkritik gegangen und hoffentlich wird in Zukunft was besseres entstehen.

All haben den Wunsch geäußert einen Prozess zu initiieren um eine horizontale Vernetzung zu haben. Kein abstraktes

Kurz Evaluation: Schlecht geplant (zumindest, die die am Programm gestandet haben). Wir haben ziemlich wenig Impact (gibt dieses Wort auf Deutsch?) gemacht.

Laugh Parade hat am meisten Potential gehabt, es war als kein langweiliges Latsch-Demo (wie so viel von die Köln widerstand) geplant. Die Polizei haben mitgekriegt, möglicherweise weil wir haben versucht 'en masse' zu unseren Ziel zu fahren und sie sind dauernd mit ihren Hubschrauber über's Camp geflogen. Die zweiten Gruppe in Ebertplatz haben nix mit gehabt, das sie benutzen können, ein unabhängiges LaughParade zu machen, nach sie rausgefunden haben, die erste Gruppe eingekesselt war.

Ich werde ein Paar Sachen vorschlagen.

1) Zuerst, es solltet ein kleines Heft geben, mit wo die ganzen interessante Gebäude und tückische Firmen sind. zB in Köln war das ersten Camp um die Ecke von ein grosses CocaCola Fabrik und wir (zu unsere Schande) haben sie ignoriert. Wann laute Leute die nicht von der Gegen kommen, und solltet Aktionen selbst-organisieren, es wird viel bringen, wenn sie sich ein bisschen auskennen.

2) Vielleicht ein Vortreffen dazu, wo Leute könnten zu ein kleinen Camp für eine Wochenende kommen, und das Stadt kennenlernen. Ein Paar Leute haben das diesmal gemacht, aber es wird viel bringen wenn es eine bestimmte Termin, mit Zeltplatz besorgt, gab.

3) Jeder Aktion sollte für Katastrophenfälle geplant werden. Es sollte schwieriger sein, für die Polizei uns hilflos zu machen. Wir solltet kreativer sein und unsere Pläne schneller ändern können.

4) Bessere und koordiniertere Presse-Arbeit. In Köln es war total Chaos, z.B. für ICC es gab zu wenig Leute, und sie haben (natürlich) auch gewollt die Aktionen mitzukriegen, also, genau wann es am wichtigsten war, für die Presse da zu sein, waren sie auf irgendwelche Demo. Es solltet ein richtiges Presse-Büro geben (statt einzige Leute überall) mit ein festes Telefonnummer (ein grosse ICC Problem!) und richtig ausgestattet mit Computer und Fax und alles. Und vielleicht auch noch eins, falls die Polizei das Presse-Büro räumen. Es hat oft passiert.

5) und bitte bitte keine Latsch-Demos mehr, sie nehmen das ganze Wut und irgendwas langweiliges davon machen. Wir solltet kreativ sein, wir solltet Spass haben, wir solltet die Bevölkerung überzeugen, wir solltet hunderte Sachen aber nie nie nie langweilig sein! Dann laufen die Leute die wir schon auf unseren Seite haben alle weg!

"if i can't dance to it, it's not my revolution" - RTS banner

sonder ein reales Netzwerk. Und viele Leute wollen das. In England, Italien, Schweiz, Niederlande sind schon solche Strukturen da die ausserhalb der nationalen Grenzen aktiv sein möchten und die ihre Aktivitäten in einem globalen Kontext empfinden.

Es kam die Idee auf (die auch schon andere Gruppen hatten aber nicht durchgeführt haben) eine Art Consulta zu organisieren. Ein Prozess zu initiieren der einen Graswurzel-zu-Graswurzel-Kontakt herstellen wird. Der Prozess wird Leute danach fragen, was sie tun, welche Probleme und Beschränkungen sie haben, welche Widerstandsformen sie haben und wie sie sich eine horizontale Vernetzung vorstellen. Den Prozess der Consulta selbst zu definieren, soll schon so breit wie möglich sein.



Ein englischer Blick

Sent From ... Cornerstone Resource Centre www.sol.co.uk/d/diffusion/cornerstone/crc/crc.htm

I wasn't in London, but I have just stayed up for the last half hour after getting back from Cologne and loved your coverage of J18. Cologne was a bit of a wash out 16,000 pigs and one big 'well organised' march on 19th June (read, planned by compromising reformists). Why didn't they let individual groups get on with it and organise their own demos on the 18th when Cologne was 'working' and G8 were 'discussing'? People could have met publicly or secretly in different parts of the city and done their AUTONOMOUS direct action.

All the big group going to the laughing Parade on J18 got pigged after leaving the Inter Continental Caravan (ICC) camp and walking 500 meters to the tram. No one got round to running away from the advancing Robo Cops 1000 - 2000 !!) who took ages to get in position. Instead everyone sat or stood around like sheep and the police made everyone feel totally helpless, before nabbing them, many pretty forcibly. All (250+) were ID checked and banded from going to the centre of Koln for the day. Several of the Indians complained about westerners blowing whistles and shouting / chanting at the police, saying that it should be a non-violent protest. All the time at the camp it was really interesting to see very big cultural DIFFERENCES (e.g.. non-violent definition) and cultural WRONGS like the way most of the Indian men treated the womyn, looking down on them or scorning them if they drank, smoked, showed their shoulders or were highly vocal. They were definitely not all farmers - some were lawyers and doctors and factory owners and bigish land owners. However, others were single womyn, poor farmers and men who were critical of the cast system and the sexism. I found meeting the Indian people very inspirational, a great learning opportunity and a privilege. Also people from MST were there (Brazilian landless peasants movement) and other movements from around the world. Time was against me to try and get better understanding of the diverse range of people on the caravan, but I would like to encourage others to try to organise another so that better networks can be formed.

Having made criticisms above, I really want to point out that there were some brilliant German squats, amazing food; skipped and brilliantly cooked, and the Inter Continental Caravan camp site was very diverse and great for networking. The autonomous German direct action groups were amazing; doing lock picking workshops and fucking shit up.

A squatted fire station was raided by police, but later, another group of people in Cologne managed to get into a police

vehicle compound and screw up some of the vehicles. Banks and Insurance companies doors were permanently secured and rich geezer's cars failed to start. Iranian womyn stirred shit up by having a demo outside the Koln Dom (Cathedral) on Sunday when the G7 +1 leaders were trying to have a service said in their honour - apparently the police were heavy handed (again). More details of the Iranian womyn's demo should be available from the ICC who went to do a solidarity action after the Iranian womyn got surrounded by riot police.

love ... a squeak from Leeds Earth First!

PS I must say that most European ecological social change gatherings are very lacking in Welsh, English or Scottish eco-anarchists. There are very few environmental activists with strong revolutionary ideas / class analysis / understanding of working class struggle or any understanding and direct action on animal liberation, sport hunting, animal testing issues from Britain going to diverse European gatherings. We are really good at working together on issues in Britain, but we are isolationist when it comes to Europe - language can be a barrier, but not an insurmountable one. More of a problem, I think, is people getting the idea that we - you and me, need to network in mainland Europe. Hitch, coach, or drive to mainland Europe to spread our political ideas and learn from the amazing stuff other people are doing and help out fucking shit up to sort shit out over there. Normally the penalties are much slacker if you get caught and sometimes the state's food and accommodation much better. (Anyone for a game of Super Mario Brothers and fresh veg with medium grilled steak at a government's expense?) Please get off your arse, network and learn - But don't go just for a eco holiday! Contact ASEED, German anarchist Summer camp, Danish social ecological gathering, Ecotopia??, and many others. ASEED have a lot of the contact details, and we have some.

PS Big respect to the train bunkers from Germany and the Netherlands. Tons of people from German travelled free on local trains and I've been told that about 50-60 people tried jumping the train from the Netherlands. Eventually 8 people made it through to Koln, the rest dropping out because they didn't think they would make it; it was taking far too long;

loads of trouble and hassle of the conductors and police.

A group of Belgium people made it to Britain for free, although I think this was down to the generosity of an English J18 group. However, as part of an ongoing campaign they have loads of ID cards saying that they will not pay public transport fares in Brussels (and the rest of Belgium?) because it should be free and that they will appear in court if they have to and defend their actions.



Protestors having a die in



Water fountain cools hot crowd



...water water, everywhere...



Sky-high water sprout



Water rains down

Die Bilder stammen aus London (siehe folgende Seiten).

Statement

Eskalation?

EinE besorgteR FreundIn von Menschenrechten und Demokratie

Ich war am 19.6.1999 bei der großen Demonstration in Köln und bin im linksradikalen-autonomen Antifablock mitgegangen. Ich hätte es bei einem Ereignis, wie dem "WWG" für angemessen gehalten, daß die Medien gezwungen werden, in der Öffentlichkeit militante Proteste zu zeigen und bin froh, daß wenigstens in London Teile des Bankenviertels "entglast" wurden. Welchen besseren Anlaß kann es geben, massiven Widerstand gegen das System der Ausbeutung zu leisten, als ein Ereignis wie der "Weltwirtschaftsgipfel", bei dem der Staat und die Medien ein großes Interesse daran hatten, zu verbreiten, daß alles bestens ist???

Ich will betonen, daß ich keine Massenschlägerei mit der Polizei herbeigesehnt hätte – es geht mir nur um die sogenannte "Gewalt gegen Sachen". Nicht nur meiner Einschätzung nach, standen durchaus viele Leute im linksradikalen Teil der großen öffentlichkeitswirksamen Demo am 19.6. in der Innenstadt der Idee, ein paar Fensterscheiben von Banken einzuschmeißen, sehr positiv gegenüber und waren mental auf eine Eskalation vorbereitet. Die Wegstrecke ging zweimal durchs "Bankenviertel" und die Polizei hätte ganz offensichtlich nicht sofort auf eine Eskalation reagieren können. Es liefen stellenweise nur ganz vereinzelt PolizistInnen am Rand mit, die nicht einmal Helme trugen. Außerdem waren vor und hinter uns noch viele andere Demo-TeilnehmerInnen was der Polizei ein Eingreifen erschwerte. Die Bedingungen wären also schon gut gewesen. Das Hinarbeiten auf eine Eskalation hätte aber bedeutet, Leute mit einzuziehen, die überhaupt keine Lust auf

Schläge von der Polizei gehabt hätten, was für mich absolut blöd gewesen wäre. Um darzustellen, was das Dilemma der "FreundInnen der Pflastersteine" gewesen ist, versuche ich kurz den Verlauf der Demo zu kennzeichnen. Gleich zu Beginn war offensichtlich, daß – zusätzlich zu den anderen DemoteilnehmerInnen – auch viele in "unserem Block" nicht mit einer Straßenschlacht rechneten: Einige badeten zwischen durch in einem Springbrunnenbecken, es wurden kaum Parolen gebrüllt (und wenn, dann nur von wenigen), kaum Ketten gebildet - kurzum - die ganze Demo war superlahm und hätte fast von den Grauen Pantheren sein können. Versuche die Bereitschaft zur Eskalation mit Sprechchören und Obstwürfen anzutesten, waren ernüchternd. Und so wollte keiner "den ersten Stein werfen". Eine ganz besonders einschläfernde Aktivistin, die die Lautsprecherbeiträge für "unseren Block" dominierte, tat ein übriges, um uns einzulullen. Sie zog bereits bevor wir ein zweites Mal das "Bankenviertel" passierten, folgendes Fazit: "Das war also der "WWG" - nächstes Jahr ist die EXPO - da sehen wir uns wieder - Bis dann!". Dem Tonfall nach hörte es sich nach : "Naja, man\frau kann sowieso nichts machen, ist eh' alles Scheiße und bringt ja sowieso nichts, was machen wir hier überhaupt, ich will wieder nach hause" an. Energisch wurde sie erst, als kurz danach einE AktivistIn eine Flasche an die Wand eines Bankgebäudes warf und die Scherben auf eine Polizistin rieselten. Sofort rief sie zur Friedlichkeit auf und mußte sich -als Folge- Beschimpfungen wie z.B. Gandhistin und Hippie gefallen lassen (Hihi). Abschließend möchte ich loswerden, daß ich es schade fand, daß das Bild des "WWG's" in den Medien nicht nachhaltig genug gestört wurde, obwohl bei vielen die Bereitschaft dazu bestand. Ich fände es toll, wenn beim nächsten Mal (Vielleicht tatsächlich bei der EXPO 2000 in Hannover ??!!) die Bedingungen für militanten Widerstand besser wären. Denn bei solchen Ereignissen militant zu protestieren, ist sehr viel sinnvoller (weil vermittelbarer), als einmal im Jahr, am 1. Mai, der Tradition gehorchend, Frust abzubauen und keine nennenswerten Impulse für eine breitere Protestbewegung zu geben. Die Revolution wird mit großer Wahrscheinlichkeit (364:1) auch nicht am 1.Mai stattfinden !!!

Statement

Erschreckend schwach

Von Andreas aus Mannheim

Es waren viele Menschen in Köln, aber passiert ist nicht viel. Es gab die Demo, die wohl fast nur von den TeilnehmerInnen wahrgenommen wurde. Es gab ein paar Infostände in der Stadt, die m.E. auch wichtig sind, aber nicht sehr öffentlichkeitswirksam. Direkte Aktionen wurden nur von kleinen Gruppen und auch nur sehr wenig durchgeführt. Das Medienecho war erschreckend schwach. In den meisten Zeitungen erschien nur eine Randnotiz. Mein Vorschlag wäre beim nächsten Großereignis direkte Aktionen, wie z.B. Blockaden, schon im Vorfeld zu planen und dafür zu mobilisieren. Schönen Gruß aus Mannheim ... Andreas



Vergleichbar oder nicht?

Krawalle gegen Neoliberalismus in London

Nicht in Köln, sondern in London ging die Post ab ... am 18.6. gab es intensiv vorbereitete und spontane Aktionen im Londoner Bankenviertel. Eine genaue Einschätzung ist schwer. Klar aber scheint zu sein, daß in London ein völlig abweichendes Aktionskonzept verwirklicht wurde – getragen von vielen aktionsfähigen Gruppen, vielfältig und ohne zentralistische Vereinheitlichungstendenzen. Die öffentliche Wirkung war um ein Vielfaches größer als die Aktionen in Köln.

Ist die eigentliche Aktion gegen den Weltwirtschaftsgipfel anderswo gelaufen?

Die folgenden Texte stammen aus dem Internet. Folgende Seiten wurden ausgewertet:

- www.j18.org
- bak.spc.org.j18/site
- www.urban75.com/action/j18.html

Die Texte sind im englischen Original belassen. Es kann sinnvoll sein, in die nötige Debatte eine Auswertung der englischen Aktionsstrategien einfließen zu lassen ... oder ohnehin stärker eine internationalistische Ausrichtung und Verknüpfung des langweiligen deutschen (geografisch gemeint!) Widerstandes anzustreben.



"Booze-fuelled hardcore anarchists turn anti-capitalist protest into orgy of violence." - Daily Star

It all started nicely enough - 500 cyclists staged a Critical Mass blockade of the streets, Lloyds and NatWest banks were occupied and animal rights activists shouted at an empty building. No-one - least of all the police - could anticipate the mayhem to come.

"Just heard that the boys at Tullett and Tokyo whose office overlooks London Bridge have been waving their gold cards and shouting 'Wankers' at the eco-warriors going past." - E-mail circulating City

Liverpool St. Station, 12 noon: Ten thousand ungrateful, workshy dole-scroungers gathered to bite both the hand that feeds them and the free sandwiches provided to lure them away from consumer Utopia; colour-coded party masks distributed amongst the crowd resulted in four separate columns of protesters winding their way through the city streets to converge on the belly of the beast - The London International Financial Futures and Options Exchange (LIFFE). At this point the Carnival - organised by and for a coalition of nice, peaceful anarchists - was hijacked by the disgraceful, masked-up, beer-swilling, black-clad, cop-hating psychopaths that give anarchy a bad name.

And then the fun really began.

"We're being beseiged by open-toed-sandalled hippy vandals. We have armed our doorman, Bernard, with a shotgun." - Partner at Maclay, Murray and Spens ('The Lawyer')

To the noise of pneumatic drill gabba from a sound-system, a trained Class War hate mob trampled on the bare toes of decent liberal protesters and embarked on a systematic redesign of the urban environment. 'Imagine London with its rivers unearthed and its valleys revealed' they screamed as CCTV cameras were bagged up, revellers danced in a four-storey fountain of their own urine and the front door of LIFFE was bricked up with breeze blocks and cement hauled in by crack-fuelled chaos junkies. Punk band P.A.I.N.- at least one member sporting an outrageous mohican haircut- baited rioters with angry hate music- with added percussion from boots going through the windows of a Mercedes showroom.

"Five activists are reported to have shaved the head of a besuited City type, while pinning him against Freshfield's wall." - 'The Lawyer'

Dreadlocked crusties disguised in Oxfam suits stormed their way into the reception of the Liffe building, showering traders-covering behind piles of photocopied tenners- with fountains of diseased blood as bare feet demolished the plate-glass reception. The masked middle-class mayhem mongers stormed the escalators in pitched battle with salt-of-the-earth Cockney dealers before being squirted back out on the street with champagne cannons.

"Bankers, traders and stockbrokers are the real working class." - Daily Telegraph editorial

Other demonstrators attacked various branches of McDonalds; kamikaze vegans hurled themselves through the windows and bombarded police with frozen burgers, urging customers to eat Edward and Sophie instead. Others covered themselves with ketchup and deceitfully claimed police brutality.

"Schroeders were attacked by climbing nuts, who attempted to scale the building with ropes and crampons, but were thwarted when traders urinated on their heads." - E-mail circulating city traders

Thankfully, citizens, such spontaneity is unlikely to happen again. Assistant Chief Constable James Hart of City Police has stated: "We may, if conditions call for it, be more assertive next time; we'll come in harder, at significant risk to innocent members of the public peaceful protesters and police officers." Or maybe they'll just ban dissent altogether. Meanwhile...



"Next Friday will be the International City Day of Action. On this day, we ask you all to don your finest pinstripe, knot the Italian silk tie, booted with British brogue, apply your monocles, glue mobile phone to ear and then head off down to Brighton to disrupt as many dreadlocked soap dodging men and women with dogs on string as possible." - E-mail circulating City traders (unfortunately everyone in Brighton will be at Glastonbury).

WHO WERE THE VIOLENT MINORITY?

The actions of a few hundred troublemakers clearly intent on causing mayhem and violence marred what was otherwise a great day out. This small, highly organised group, some of them wearing suits and sporting mobile phones, managed to get into buildings housing major financial institutions. One man who didn't want to be named told SchNEWS: "They had little or no connection with the thousands of ordinary protesters out on the streets and were clearly intent on causing serious violence. They used computer and comms equipment and were quite aware of what they were doing. We did all we could to stop them but by the end of the day they had killed 11,000 kids. That may sound shocking, but these people are responsible for that, through easily preventable poverty-related diseases, every day. They give protests like the one today a very bad name, because they own the newspapers that print complete crap about what's really going on. It is very important that the public supports our efforts to bring these people to justice".

SO WHY THE CITY ?

June 18th was the day when the world's seven most industrialised countries and Russia (G8) met in Cologne, Germany. On their agenda was more economic growth, more 'free' trade and more power for corporations. (check back issues of SchNEWS to find out why these are bad things)

The city was chosen because it is the place, as Anthony Sampson described in the 'The Midas Touch' where "people buy and sell blips on an electronic screen. They deal with people they never see, they talk to people over the 'phone in rooms that have no windows. They sit and look at screens. It is almost like modern warfare where people sit in bunkers and look at screens and push buttons and make things happen."

It's a place where a small number of people play the world's largest and most risky video game - the money game. But the consequences of this game are very real: human lives, ecosystems, jobs and even entire economies are at the mercy of this reckless system. To the frenzied traders it's might be about just gambling with blips on a screen, but to the Peruvian coffee growers who's just had the value of their crop halved overnight, the game's for real.

As Business Week once observed "in this new market...billions can flow in or out of an economy in seconds. So powerful has this force of money become that some observers now see the hot-money set becoming a sort of shadow world government." Perhaps one demonstrator put it best "the damage to property that happened today, is nothing compared to the misery these financial corporations create in their never ending quest for profits." Are we all ready for a terrorist back-lash?

And now for a lesson on how multi-national companies bribe whole towns. One of the UK's biggest companies, Vodafone recently got planning permission to build a giant HQ on a greenfield site on the outskirts of Newbury. Vodafone refused to contemplate moving to other sites such as the vacated MOD site at Greenham Common (which they reckoned was a security risk because of the peace women there - all three of them!), they said to the town, give us permission or we'll pack our bags and go. Vodafone were also surprisingly enough supporters of the Newbury bypass, which was built, residents were told, to stop traffic congestion and infill development.

* Did you witness, photograph or video an arrest or injury at the J18 protests in London? If so please send details (location & time of incident) with your name, address & tel number to Legal Defence & Monitoring Grp, BM Haven, London WC1N 3XX. * A discussion pamphlet on J 18 to be published soon. Send contributions, analysis, critiques and graphics etc to rts@gn.apc.org or RTS, PO Box 9656, London N4 4JY * <http://www.j18.org/>

"OUR RESISTANCE WILL BE AS TRANSNATIONAL AS CAPITAL"



London Events

Lunchtime hours and throughout day. Music, theatre, free food. Also secret actions in various locations. See j18 web site.

7.30 am Critical Mass. Cycle action to reclaim the City streets. Meet West Smithfield, EC1 near City Thameslink and Farringdon rail stations.

10.00 Picket of Reed Employment Agency, 87 Moorgate, EC1. Over 'New Deal' harassment of claimants. Haringay Solidarity Group. 0181 374 5027.

10.30 "Animal abuse is as transnational as capital". Meet Farringdon tube. London Animal Action. 0171 278 3068.

11.00 Global Chain Reaction. Human chain around Treasury, bring whistles and banners. Meet 11 am Parliament Square. People and Planet. 01865 245 678.

11.00 Picket of McDonald's. Meet Liverpool Street Station branch. London Greenpeace. 0171 713 1269.

12.00 Carnival Against Capital. Bring food to share, things to make music and noise with, radios. Meet Liverpool Street Station. Reclaim the Streets. 0171 281 4621 - 0836 536 537.

13.30 Protest against the Militarisation of Space. Meet Green Park tube. Association of Autonomous Astronauts. 0793 0834904.

16.00 Picket of Aroma Cafe (bought by McDonald's). Meet Bishopsgate entrance of

Liverpool Street BR station. London Greenpeace. 0171 713 1269.

18:00 Party in protest against UCI Cinemas outside Empire Cinema in Leicester Square ● WC2. Against the proposed UCI multiplex development at Crystal Palace Park.

19.00 (sharp) Eurobunk. Meet at Waterloo Station for mass free ride on Eurostar train to Brussels. Change trains for Cologne and anti-G8 demo on Saturday 19 June. Bring

sleeping bag or tent. Contact: eurobunk01@hotmail.com

All day, Actions against GAP. Meet GAP/GAP Kids at 315 Oxford St, W1. Disruption of their sales in response to the exploitation of manufacturing workers. International Solidarity with Workers of Russia. IS-WoR, Box R, 46 Denmark Hill, London SE5 8RZ, Email: antek5@aol.com



London: Details

report from Reclaim The Streets (18 June)

Protesters slam police 'brutality' after pitched battles hit City. Forty six protesters were tonight in hospital after police violence led to serious confrontations at a Reclaim the Streets carnival in the City of London. One woman had her legs and abdomen run over by a police van as it accelerated through the crowd. She was taken, clearly in great pain, to the Royal London Hospital, where staff were still assessing her condition at 9.40pm. Witnesses said one man became trapped under a riot van when he fell behind it as it reversed. Fire crew had to jack up the vehicle to free him. In total up to fifty people have been reported hurt. Many witnesses told how, in both cases, police failed to acknowledge warnings from bystanders that people were trapped under their vehicles. "I actually saw the van bump up and down as it ran over the woman. But they didn't stop, they just kept on accelerating through the crowd, scattering people in all directions," said one witness. Investment banker Simon McKeown reported later: "In ten minutes, as a result of the police actions the atmosphere went from carnival to very tense."

Following these incidents, the atmosphere of the carnival deteriorated, and led to confrontational situations in some areas. Reclaim the Streets spokesperson Mark Sully said: "Today thousands of people came to the City of London to party and protest. The carnival celebrations were unfortunately partly overshadowed by police over-reaction, however most participants managed to keep up a positive spirit." June 18 is a loose global network of organisations, and protests also took place today in 43 countries around the world. In Tel Aviv, Israel, a street carnival was held, and torches lit for the victims of corporate human and animal rights abuse. In Belarus, picketers handed toilet paper to customers leaving McDonalds. Thirty people were arrested in New York at a carnival in Wall Street.

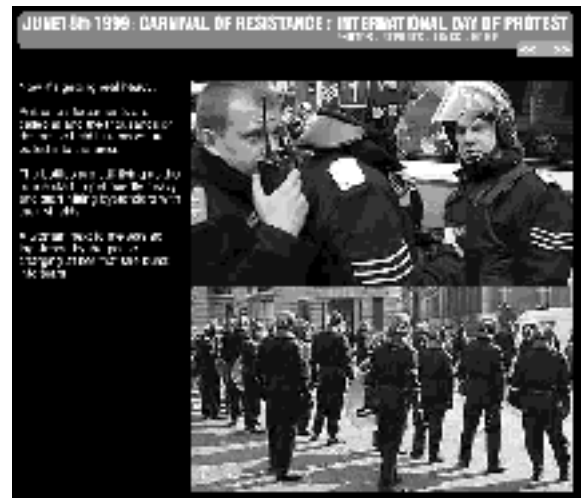
For more information, contact Reclaim the Streets: 0171 2814621 0835 536 537.

violent conduct

We received this report anonymously along with the horrific picture of the girl being run over by a police van (see photos). It is unedited. I went with some friends to London that day, and was in amongst the panic that resulted in a woman getting run over by a police van. I'm emailing you a photograph that I took of this event as I feel it needs to be seen (sorry it's a bit blurry, it was a bit of a crazy situation, I was trying to get out of the way myself). I've heard reports of the incident saying that the woman had been jumping on top of the van and she'd fallen off, which, as it all happened right in front of me, I know is not true. The policeman who was driving that van had absolutely no concern for the safety of anyone, and was hell-bent on getting out, no matter who didn't have the time to flee. The woman who ended up under its wheels had run forward, away from a vehicle whose speed increased beyond anyone's sprint, lifting her onto its bonnet before she could dodge it. She didn't stand a chance. In a way it's lucky she fell as she did, as you can see from the photo, a couple of feet this way and her head would have met rubber not her legs. The van just accelerated away, in full knowledge of what had happened. It took nearly half an hour for an ambulance to arrive. I heard a policewoman saying that they had no way of knowing which streets were blocked off so the ambulance was probably driving round and round, back on itself. What a fucking load of bullshit... I am disgusted by the behaviour of the police and by the subsequent reporting of this event.

On Saturday when I processed my film, I was tempted to send

the picture to the press, but was put off the idea after being enlightened to the facts (unconfirmed by me) that under the Criminal Justice act the police had the powers to search my premises and take my films as evidence when they found out who I was. Tell me if I'm wrong, perhaps I'm being too paranoid, but there's no way I want to let any evidence that condemns police action get back into their hands, I'm sure that once they'd used the film for their own purposes it would 'go missing' or something, I'm sure I'd never see it again. I also wouldn't trust that even if a paper did publish the photograph they would present it in the right context. I know what I saw, it was mighty shocking, and I feel someone needs to put the truth forward. I don't condone the actions of a few who taunted the police in the lead up to this happening - this was supposed to be a peaceful protest -but the reaction of that policeman, or all those policemen who were in those vans, was inexcusable. Please feel free to put this photo up on your site if you feel it appropriate, along with an explanation. I don't want to create hostility, I just want to spread the truth.



More to come?

Unfortunately, global capitalism has obviously managed to survive June 18th and so the process of stripping away what minimal protection the inhabitants and environment of planet Earth currently enjoy continues. After the big G8 shindig at Cologne, the next date on the calendar of the world's power elite is 29th November, when the 3rd Ministerial Conference of the World Trade Organisation (WTO) will start in Seattle, USA. Here high ranking representatives of member states will continue shaping what has been called 'the constitution of a single global economy.' Feeling nervous? You should be -that quote was from ex WTO head Renato Ruggiero. Since its birth in 1995 the WTO has, surprise, surprise, become almost entirely dominated by the big economic powers, who have vast technical, political and economic resources deployed to ensure 'negotiations' go their way. Most 'agreements' are dreamed up in small, informal meetings of Western officials, and then forced onto developing nations, whose small, under-resourced and overworked delegations have little chance of getting a word in

june 18 1999

Invasion of the Day



Protesters gathered at a school in Cologne



2000 protesters in Cologne



UK Prime Minister Tony Blair took 'The Evening Standard' after a meeting with the British Labour Party

edgeways. Even big powers like the EU can feel the wrath of the WTO's unelected globalising maniacs - which is why we are being forced to buy all our bananas from one of Clinton's funders, not just the 70% we already did buy from exploitative US firms in Latin America. Its also why we shall soon be importing US beef pumped full of carcinogenic hormones. What can we expect from Seattle99? More of the same, of course. The Millennium Round of "negotiations" will focus on amongst other things TRIPs. This one is unfortunately not about acid legalisation, but the sinister stitch-up which allows US agribusiness companies to patent plants that farmers and herbalists have been using of thousands of years, and then charge them for the right to continue using them. So, what are we gonna do about it? As SchNEWS went to press we were awaiting info on the plans for the resistance. We can tell you that there will be a second Inter-Continental Caravan from Latin America, and expect J18 style antics. Watch this space. PGA_Seattle99-subscribe@listbot.com

Weltweiter Überblick

"OUR RESISTANCE WILL BE AS TRANSNATIONAL AS CAPITAL" (international reports from SchNEWS 217, 25th June 1999) Hey, it's wasn't just about one day: "It's about building a movement. From the global to the local it's about taking back control of our lives." Here's a quick round-up of what SchNEWS has heard so far about last Friday...

AUSTRALIA Kim Beazley, Opposition leader, was pined for speaking at an APEC/Global Trade meeting sponsored by Shell. Protestors harassed the Stock Exchange, McDonalds and Australian bank, Westpac who invest in the Jabiluka uranium mine. Elsewhere in Melbourne, bells were sounded to wake up the world to Third World Debt problems, a Critical Mass and a Food not Bombs breakfast were held. Protesters blockaded the stock exchange with dead wombats!

ARGENTINA Unfortunately the report we've received is all in Spanish.

BELARUS Picketers from Eco-resistance and Chyrvony Zhond gave out flyers and toilet paper to customers leaving McDonalds. Permission for a large demonstration wasn't granted.

BRAZIL In Desterro protesters defaced a city centre clock (built by an 'entertainment' corporation) symbolising the 500 years of "discovery" (invasion) of Brazil.

CANADA In Vancouver a hundred people blockaded the Stock Exchange. In TORONTO the RTS was a fun celebration and reminder that public space is for public benefit, though it occurred very much within an imposed framework.

CZECH REPUBLIC 350 people met in central Prague, disrupting banks and multinationals despite over a thousand police (probably due to the previous 7000-strong street party with people from the Intercontinental Caravan, where there were 114 arrests.)

GERMANY In Cologne, about 95 people were arrested, mainly from the InterContinental Caravan, who have been making peaceful protests throughout Europe. People were beaten by police outside an art hall and 500 people protested outside the chemical transnational company Bayer in Leverkusen. The Caravan members came to Cologne for the World Economic Summit to ridicule the Gang of Seven in a Gandhi-style "Laugh Parade", but 250 were prevented by police from entering the city centre. They were surrounded and some arrested, including Vijay JAWANDHIA, president of the Inter-State Co-ordination Committee of Farmers' Organisations, and his wife. Police used brute force, injuring at least two and making racist remarks, this despite an admission that there had been no violence on the side of the Caravan. On Saturday 19/6 estimates of the numbers still in custody ranged from 6 to 30 people. **ISRAEL** In Tel Aviv, a street carnival was held, and torches lit for the victims of corporate human and animal rights abuse. **ITALY** Demonstrators established night-long autonomous zones in the centre of Bologna. Similar actions took place in Milan, Rome, Siena, Florence, Ancona and Hamburg.

MEXICO On June 15, the Electronic Disturbance Theatre staged a virtual sit-in and clogged up the Internet pathways to the Mexican Embassy in the UK in protest at the continuing war in Chiapas.

NETHERLANDS Amsterdam protesters were not allowed any sound (not even a car radio) or an 8x6m banner. 50 people and lots of press showed up.

NIGERIA A 10,000 strong "carnival of the oppressed," brought Port Harcourt, Nigeria's petroleum capital to a standstill. Many were from the Niger Delta where oil corporations are destroying their environment. Shell and Agip had their offices blockaded and a street named after General Abacha was unofficially re-named after Ken Saro-Wiwa and the old signpost pulled out.

PAKISTAN In Gujrat, Pakistan there was an enthusiastic anti-nuclear procession. The leadership of the trade union association, Apfutu, which had gone underground on the 14th came out masked and veiled and joined the rally despite blockades by a local administration eager to arrest them. Angry protesters broke the police control circle. Women went on hunger strike outside the deputy commissioner's office. During a protest gathering about 300-400 hundred police commandos arrested several of the leaders. They used baton charges and tear gas on innocent men, women and school children. 50 of the protesters were released on bail, and the rest were shifted to the



SO WHY THE CITY ?

June 18th was the day when the world's seven most industrialised countries and Russia (G8) met in Cologne, Germany. On their agenda was more economic growth, more 'free' trade and more power for corporations. (check back issues of SchNEWS to find out why these are bad things) The city was chosen because it is the place, as Anthony Sampson described in the 'The Midas Touch' where "people buy and sell blips on an electronic screen. They deal with people they never see, they talk to people over the 'phone in rooms that have no windows. They sit and look at screens. It is almost like modern warfare where people sit in bunkers and look at screens and push buttons and make things happen." It's a place where a small number of people play the world's largest and most risky video game - the money game. But the consequences of this game are very real: human lives, ecosystems, jobs and even entire economies are at the mercy of this reckless system. To the frenzied traders it's might be about just gambling with blips on a screen, but to the Peruvian coffee growers who's just had the value of their crop halved overnight, the game's for real.

As Business Week once observed "in this new market...billions can flow in or out of an economy in seconds. So powerful has this force of money become that some observers now see the hot-money set becoming a sort of shadow world government." Perhaps one demonstrator put it best "the



Party time in the square



Party goes on and on

damage to property that happened today, is nothing compared to the misery these financial corporations create in their never ending quest for profits." Are we all ready for a terrorist back-lash? And now for a lesson on how multi-national companies bribe whole towns. One of the UK's biggest companies, Vodaphone recently got planning permission to build a giant HQ on a greenfield site on the outskirts of Newbury. Vodaphone refused to contemplate moving to other sites such as the vacated MOD site at Greenham Common (which they reckoned was a security risk because of the peace women there - all three of them!), they said to the town, give us permission or we'll pack our bags and go. Vodaphone were also surprisingly enough supporters of the Newbury bypass, which was built, residents were told, to stop traffic congestion and infill development. I Did you witness, photograph or video an arrest or injury at the J18 protests in London?

If so please send details (location & time of incident) with your name, address & tel number to Legal Defence & Monitoring Grp, BM Haven, London WC1N 3XX. I A discussion pamphlet on J 18 to be published soon. Send contributions, analysis, critiques and graphics etc to rts@gn.apc.org or RTS, PO Box 9656, London N4 4JY <http://www.j18.org/>



and on and on



Dancing in the streets

district jail. A reliable source says they are charged with attempting to damage/harm the territorial integrity of the country. The punishment for this is death. Bail had now been granted to all but about 9 leaders, who are said to have been tortured and beaten. Neither the defendants nor the trade union organisations can raise the money to hire lawyers to defend them in court, but they welcome any donations to the "International Solidarity Funds of APFUTU": title of account: International Solidarity Fund of APFUTU, bank account no : 1180 (U.S. Dollars), 1181 (German marks); Allied Bank of Pakistan Limited, main branch, Chowk Nawabsahib Gujrat (Pakistan). Supporters may transfer cash direct to the above accounts or send cheques/bank drafts to the union address: All Pakistan Federation of United Trade Unions (APFUTU) Union House, Rang Pura, Sargodha Rd, Gujrat 50700, Pakistan Tel: + 92 4331 28736/26398 Fax: + 92 4331 525302 E-mail: union@grt.space.net.pk

SPAIN 300 people spent a couple of hours with music, fireworks closing down streets and banks and Lladro's, the richest and most hated speculator in Valencia. In Madrid seven days of action in the financial capital came to a head with a Reclaim The Streets smack bang in the commercial centre of the city. Other highlights of the week included 100 people occupying the Madrid Stock Exchange for more than an hour. In Barcelona, two small groups of people closed two main streets in. One of them, in Sant Andreu Town, recreated a beach and they give fried potatoes to commuters in cars. 100 people took part in action at the derelict site of a squatted house evicted and demolished by police two years ago, creating an organic vegetable and medicinal garden, with water features. In Sant Cugat (20 km from Barcelona) a bike demonstration of just 13 people managed to close the motorway and get to Barcelona to join the main demonstration. Barcelona's Reclaim The Streets proper took place with up to 700 people dancing until 11pm.

SWITZERLAND In Zurich, 300 people occupied a construction site in an area currently being gentrified and held one of "the best parties for years". In Geneva, over 50 anarchists washed (!) major banks in the centre and 100 took part in a mobile carnival.

UK In Lancaster activists occupied Freshfields, a city law firm which boasts of representing nuclear, aviation, road transport, chemical, mining, asbestos companies, tobacco products and the drinks industry, this was followed by a critical mass. 500 people turned Glasgow's George Square into the site of an unofficial party with two

sound systems, a critical mass bike ride and one old Ford Fiesta with a J18 RTS registration plate. The Bank of Scotland, the Job Centre, The Army Recruitment Office and Strathclyde Police HQ were targeted as demonstrators marched around the centre for about 2 hours then headed for the park for more partying. In Edinburgh Reed Employment had paint and posters telling them what people thought about their involvement in New Deal plastered all their offices.

URUGUAY The Montevideo June 18th Network occupied the main square of the Old Town (the financial centre). A trade fair was set up, with themes such as cheap labour, child labour, education, local culture, consumption and communication. Trade unions were also involved. There was also a parade, entering into the Stock Exchange, the Banco de Montevideo and passing in front of the Ministry of Housing and the Environment and McDonalds, where they stayed for a while singing and getting in the way.

USA 37 people were arrested after people reclaimed the streets in New York's financial centre. For nearly 2 hours, 500 costume clad protesters took over, tying up traffic and rallying in front of the New York Stock Exchange on Wall Street. 2 People were nicked and equipment seized. In San Francisco over 500 people came out to Reclaim the Streets, dancing through the Financial District, stopping outside the corporate headquarters of some of the world's largest and most vile transnational corporations and financial institutions. Stops also occurred at two of the city's giant retail chains. In Los Angeles protesters played cat and mouse with the police as they tried to hold a party, blocking streets despite baton charges. Police were forcing people out of the park by pushing and hitting people with their batons. More than 100 activists joined in a Carnival Against Capital in front of a Bank Boston in the city's financial district. Hundreds more workers watched, costing the bankers many thousands in lost "productivity." 600 demonstrators organised by Jubilee 2000 in Washington DC formed a human chain around the U.S. Treasury Department. In Eugene, Oregon, a parade escalated into violence as police deployed tear gas and arrested 15 people for rioting, a felony, and other charges. Three officers suffered minor injuries in the rioting, as did an unknown number of protesters. As many as 200 protesters played cat-and-mouse with police for hours stopping long enough at intersections to disrupt rush-hour traffic and anger drivers, but paraded away when threatened with arrest and tear gas. Around 50 demonstrators in Austin, Texas baricaded both ends of a street and took control of a section of road. The police arrived and arrested three of them.



Versuch eines Resümees:

Nahe am Totalversagen!

Detailschilderungen, Kommentare, Presseberichte und Bewertungen für Köln zeigen ein bemerkenswertes Bild: Fast alle, die nicht in den Zentren der Organisation beteiligt waren, halten Köln für einen tiefgreifenden Mißerfolg, stehen aber bei der Frage nach Konsequenzen oft genauso hilflos herum wie schon in der Phase der Aktivitäten selbst.

Die MacherInnen von Köln aber versuchen, die Ergebnisse schön zu reden und schaffen es, mit einer Mischung von vorsichtiger Selbstkritik an unwichtigen Punkten und Abfeiern der Kölner Aktionen eine Weiter-so-Stimmung zu erzeugen, um vor allem ihre eigene Dominanz für die nächsten Aktionen zu retten.

Eine Analyse muß daher vor allem zwei Ergebnisse klar benennen:

1. Köln war im Gesamten und in fast allen Details eine Sache, die nur als schlechtes Beispiel dienen kann.
2. Fast alle beteiligten Gruppen, sowohl die dominanten als auch die ideenlosen MitläuferInnen, scheuen davor zurück, eine offene, selbstkritische Strategiediskussion zu führen – die einen, weil sie ihre Dominanz erhalten wollen, die anderen, weil sie zur Zeit Willen und Fähigkeit nicht haben, sich selbstständig zu organisieren.

Vor einem Text über mögliche Konsequenzen und Perspektiven soll an dieser Stelle der Versuch erfolgen, die Kölner Vorgänge zusammenfassend zu analysieren. Dahinter stecken Bewertungen, Blickwinkel und Prioritätensetzungen, die andere Gruppen und Einzelpersonen vielleicht anders vornehmen würden – wogegen nichts spricht. Die Debatte kann und sollte sich noch deutlich über den Rahmen dieses Readers hinwegsetzen.

Kritik 1: Die politischen Positionen waren anbiedernd, realpolitisch und nicht geeignet, politische Gegenbilder zu den ökonomisch-neoliberalen, militärischen und imperialistischen Ideen der EU und G7 zu formulieren.

Die Debatten um inhaltliche Positionen waren gespenstisch. Teilweise schien es so, als wäre es das Ziel politischer Bewegung, Formulierungen zu finden, die direkt der Meinung der Mächtigen entsprechen. Der Aufruf des Bündnis Köln 99 zeigt das in vielen Punkten, weitreichende, d.h. visionäre Gegenbilder zur neoliberalen Welt werden kaum formuliert oder angedeutet. Ganz im Gegenteil beziehen sich die Forderungen immer auf die realen Verhältnisse und versuchen, dort das Schlimmste zu verhindern. In einer späten Änderung fügte das Bündnis Köln 99 sogar noch den Bezug auf die Mehrheit sozialdemokratisch registrierter Länder ein – ein Tribut an die Realpolitik.

Weitere Beispiele z.B. aus den Redebeiträgen der Demonstrationen ließen sich anfügen. Höhepunkt war die Erlaßjahrkampagne, die mit ihren Vorschlägen nicht nur die globalen Machtstrukturen akzeptierte, sondern sogar ergänzen wollte.

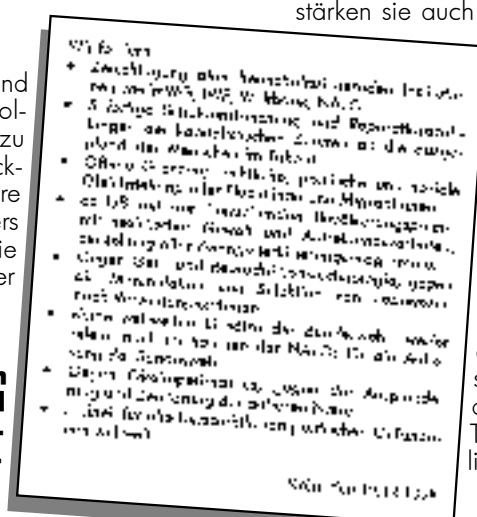
Selbst in linksradikalen Zusammenhängen läuft dieser Prozeß. Hießen die Parolen vor zehn oder mehr Jahren noch "Weg mit den Knästen", so steigerte sich das linksradikale Bündnis in Köln über den Satz "Freiheit für alle politischen Gefangenen"

zu "Freiheit für alle fortschrittlichen politischen Gegangenen". Also nur noch ein paar freilassen und dann ist das Knastsystem schon in Ordnung ...? Am Ende stand wieder der erste Satz im linksradikalen Papier.

Diese inhaltliche Verwässerung bis hin zur völligen Positionslosigkeit liegt im Trend. Fast alle politischen Zusammenhänge beziehen sich schon immer oder mindestens mit ihren Forderungen auf die reale Politik. Seit Anfang der 90er Jahre werden so immer neue Instrumentarien entwickelt, die mit neoliberalen Ideen oder den neuen Weltherrschaftskonzepten kompatibel sind. Umweltschutzverbände schlagen Ökosteuern und ähnliche marktwirtschaftliche Konzeptionen vor, um auch in der wirtschaftsdominierten Debatte mit im Boot zu sein. International reden viele NGOs vom "global governance" und fordern handlungs- und durchsetzungsfähige Weltregierungsinstitutionen. "Global governance" heißt in ihren Augen meist nur, daß sie selbst, als selbsternannte VertreterInnen der BürgerInnen, auch einen Teil der Macht abbekommen. Regieren als Dreiklang von gewählten Institutionen, Wirtschaft und NGOs – ein Modell, das allen drei Beteiligten recht wäre.

Die internationalen Frauenmärsche forderten eine Weltregierung mit Zwangsmitteln (was das wohl ist?) gegenüber Ländern, die die Gleichberechtigung nicht sichern, und Organen (was das wohl ist?), die weltweit sexistische Gewalt verhindern sollen. Umweltverbände wie der BUND, der Club of Rome und andere fordern unabwählbare Ökoräte, um mitregieren zu können. Viele NGOs fordern die dritte Kammer neben Bundestag und Bundesrat.

All diese Forderungen stärken ein System, das für Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung verantwortlich ist. Damit stärken sie auch die Prozesse, die zu bekämpfen sie vorgeben.



Eine Bewegung, die ihr Ziel in der Teilhabe an der Macht definiert, entfernt sich aber von den Visionen einer emanzipatorischen Gesellschaft. Ihre Akzeptanz bei den Regierungen und Konzernen mag wachsen, die bei den meisten Menschen schwindet dahin. Das schwächt die Bewegung, läßt sie auf abgehobene Apparate schrumpfen, die sich dann noch mehr an Machtstrukturen binden in Ermangelung anderer Aktionsmöglichkeiten. Sie sind Täter und Opfer der Veränderung politischer Aktionsstrategien zugleich.

Notwendig sind völlig neue politische Positionen, emanzipatorische Leitbilder und der Mut zu Visionen einer Welt, in der selbstbestimmtes Leben im Vordergrund steht. Das Ringen um kleine Korrekturen einer grundlegend falschen Politik ist weder in der Sache noch hinsichtlich der Mobilisierung von Menschen für eine emanzipatorische Gesellschaft sinnvoll. Die wenigen vorhandenen Ansätze emanzipatorischer Entwürfe, wie sie ansatzweise in feministischen, internationalistischen oder emanzipatorisch-ökologischen Debatten laufen, können aufgegriffen werden – nötig ist aber eine grundlegende Änderung von Positionen und Strategien.

Kritik 2: Der Wille zur legal-konfliktfreien Durchführung von Demonstrationen und Kongressen schloß nicht nur etliche Aktionsformen aus, sondern verschaffte auch eine schlechte Verhandlungsposition gegenüber Behörden, Polizei usw.

Prägend für die konkreten Formen der Köln-Aktivitäten war unter anderem das krampfhaft Bemühen um einen Konsens



mit Stadt, Staat und Polizei. Während der gesamten Vorbereitungszeit trieb die Bündnis nicht die Frage nach maximaler Wirkung und klarer Positionen, sondern nach Finanzierung, Personal und Akzeptanz der eigenen Aktionen bei der Staatsmacht. Die Polizei konnte die DemoorganisatorInnen fast nach Belieben ständig auf neue Orte verdrängen und immer weiter aus der Innenstadt herausdrängen.

Zudem machten zunächst das Bündnis Köln 99 und später beide Bündnisse erheblichen Druck gegenüber etwaigen nicht legalen bzw. nicht gewaltlosen Aktionsformen. Köln 99 kündigte gegenüber dem linksradikalen Bündnis an, sich von deren Demo distanzieren zu wollen, wenn die Gewaltfreiheit nicht garantiert würde. Dieser Vorgang, der völlig ohne Reaktion in der politischen Bewegung blieb, ist unter verschiedenen Gesichtspunkten bemerkenswert: Zum einen zeigt es, daß das Bündnis Köln 99 neben sich nichts anderes wollte. Zum anderen zeigt es, daß die Unterdrückung vielfältiger Aktionsformen gewollt war. Zum dritten hätte Köln 99 auch einfach darauf verzichten können, den Termin zu nennen, eine Distanzierung zeigt, daß die FunktionärInnen nicht nur ständig mit den Mächtigen kungeln, sondern offenbar zusätzlich Abgrenzung zu radikaleren Gruppen nötig haben. Statt Nicht-Regierungs-Organisationen müßte es daher eher Nicht-Regierungskritische-Organisationen heißen. Zum vierten bleibt offen, wie das linksradikale Bündnis auf diese Androhung von Köln 99 reagiert hat – schließlich kam es nicht zum Streit, sondern Köln 99 hat die linksradikale Demo sogar ab und zu (wenn auch unter "ferner liefen") mitveröffentlicht. Der letzte, aber bemerkenswerteste Punkt bleibt aber, wieso dieser Vorgang ohne Konsequenzen in den Bündnissen und außerhalb derer blieb. Die Drohung, niedergeschrieben in einem offiziellen Protokoll von Köln 99 (17.2.), muß danach von Organisationen wie fzs, Kein Mensch ist illegal, JungdemokratInnen/Junge Linke, BUKO usw. mitgetragen worden sein. Oder haben diese der Führungsetage blind vertraut? Auch seitens der Linksradikalen gab es keine öffentlich sichtbare Debatte um diesen Vorgang.

Gefolgert werden kann auch hier nur, daß es den dominanten Gruppen nur um die ungestörte Durchführung von Großveranstaltungen zu ihrer Selbstdarstellung ging – und die anderen Gruppen sich mit der Strategie und Organisation der Kölner Aktivitäten nicht befaßten.

Kritik 3: Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die geübt-machtorientierten Funktionärsklüngel, die ihre Dominanz gezielt aufbauten und durchsetzen.

Die MacherInnen von Köln haben ganz bewußt ihre Dominanz durchgesetzt. Der Widerstand dagegen war angesichts der organisatorischen Schwäche der Basiszusammenhänge nicht groß, aber es gab ihn. Kritik wurde konsequent ausgegrenzt.

Zudem wurden Versuche, breitere Zusammenhänge einzubinden und zu eigenständigen Aktivitäten zu bewegen, bewußt unterlassen. Informationsmonopole, undurchsichtige Vorbereitungsklüngel und die Bindung formaler Dominanz (Zuschüsse, Genehmigungen usw.) an wenige Organisationen taten ein übriges.

Kritik 4: Es gelang wenigen Gruppen und Personen, die Kölner Bündnisse zu dominieren. Schuld daran sind die zur Selbstorganisation und strategischer Aktionsplanung zur Zeit unfähigen Basisgruppen und selbstorganisierten Zusammenhänge.

Der Dominanzaufbau der Führungsgruppen und –personen in den Kölner Bündnissen war offensichtlich. Reaktionen und Kritik kam nur von einzelnen Gruppen, nicht jedoch organisiert. Plumpe Methoden der Dominanzgruppen (z.B. das ständige Gerede vom "wir haben alles im Griff" oder Gedrohe mit

"dann steigen wir aus" im linksradikalen Bündnis) fanden keinerlei organisierten Widerstand von Basiszusammenhängen, die sich eher wie Marionetten der Führungskader zeigten. Niemand hätte Basiszusammenhänge gehindert, entweder selbst zu agieren (wie bei wenigen Einzelaktionen oder dem antinationalen Forum geschehen – aber das waren eher die Ausnahmen von der Regel) oder klare Gegenpositionen in die Bündnisse einzubringen. Allein – es geschah kaum.

Kritik 5: In der Vorbereitung der Kölner Aktivitäten gab es nie intensive Diskussionen um Strategien und Aktionsformen, auch keine Auswertung früherer Kampagnen und Aktionen.

Von Beginn an standen in allen Bündnissen zentral organisierte Großaktionen im Vordergrund – zudem mit Rücksicht auf die Selbstdarstellungsmöglichkeiten dominanter Gruppen sowie die Zustimmung von Zuschußgebern und Polizei. Das Ergebnis waren kümmerliche Konzepte, vor allem die einfältigen latschdemos. Es gab weder andere Ideen noch wurde zu anderen Aktionsformen aufgerufen bzw. das nötige Handwerkszeug dazu verbreitet (Stadtpläne mit interessanten Punkten usw.). Einzige Ausnahme war das Camp, wo der gegebene Freiraum zur Entwicklung spontan-kreativer Aktionen jedoch nicht genutzt wurde. Die bewußte Unterdrückung von Vielfalt der dominanten Organisationen sowie die Unfähigkeit der Basiszusammenhänge zur Selbstorganisation ergänzten sich und führten zu dem, was in Köln sichtbar wurde.

Bedauerlich ist das Ergebnis auch vor dem Hintergrund, daß die Debatte um Aktionskonzepte nicht neu ist. So hat die Anti-Atom-Bewegung jahrelang um richtige und falsche Aktionsformen gestritten (verwiesen sei z.B. auf die Gewaltdebatte), um dann als Ergebnis eine Lösung zu finden, die ganz bewußt das Nebeneinander verschiedener Formen wollte und auf die Selbstorganisationskraft der einzelnen Zusammenhänge setzte. Bei den Auseinandersetzungen um den CASTOR hat sich dieses "Streckenkonzept" deutlich bewährt. Zentralistisch geplante Strategien hätten dagegen weniger Wirkung gehabt und wahrscheinlich (wie in Köln) zu etlichen Ausgrenzungen geführt.

Ebenso sei auf die Erfahrungen mit anderen Kampagnen, Aktionen, Camps usw. verwiesen: Immer haben die offenen, auf selbstorganisierte Aktionsgruppen setzenden Strategien mehr Wirkung entfaltet als zentralistische Organisationsformen. Deutlich wird das am Vergleich zwischen der IWF-Kampagne 1988 in Berlin, die aus einer bunten Mischung verschiedener TrägerInnen und Aktionsformen bestand, und Köln. Dazwischen lag 1992 der Weltwirtschaftsgipfel in München – quasi das Zwischending, d.h. im Vergleich mit Berlin betrachtet schon deutlich phantasieloser und von mehr Dominanz einzelner Gruppen geprägt, aber dennoch im Vergleich zu Köln erheblich offener und direkter.

Bei der Analyse der Kölner Ereignisse sollte auch der Blick auf frühere Auseinandersetzungen bzw. auf solche außerhalb von Deutschland gerichtet werden, um wegzukommen von der Phantasielosigkeit, die augenblicklich herrscht.

Kritik 6: Im technischen Bereich traten unfaßbare Mängel auf, z.B. bei der Pressearbeit, Mobilisierung, Kommunikation usw.

Angesichts der Führungsstrukturen waren viele der Mängel nicht überraschend – sie waren von den zentralen Personen und Organisationen ja gewollt. Bemerkenswert aber ist, daß zudem eklatante Mängel z.B. in der Öffentlichkeitsarbeit auftraten, obwohl hier die MacherInnen der Kölner Aktionen zweifelsfrei über erhebliches Know-How verfügten.

Als einziger Grund scheint in Frage zu kommen, daß die öffentliche Wirkung nicht das Hauptanliegen der zentralen Organisationsstäbe war, sondern ihre interne Dominanz in der Bewegung. Sonst hätte auch mehr Akzeptanz gegenüber spektakulären Einzelaktionen bestanden, unter Umständen



auch gegenüber Militanz – denn diese verschafft angesichts der sensationslüsternen Presse immer mehr Aufmerksamkeit, die dann auch für inhaltliche Debatten genutzt werden kann.

Ein Beleg für diese These sind die wenigen Einzelaktionen, die in Köln dann außerhalb der Bündnisse stattfanden (Besetzungen). Sie erregten deutlich mehr Aufmerksamkeit insgesamt und in der Presse, wobei immer auch inhaltliche Positionen mit eingebracht werden konnten.

Organisatorische Schwächen zeigten sich neben der Öffentlichkeitsarbeit im Informationsfluß (oder war es mangelndes Interesse an breiter Informationsstreuung?), bei der Organisation von Übernachtungsplätzen und dem Camp (oder war es Desinteresse an Leuten, die längere Zeit und dann möglicherweise selbständig in Köln agieren wollten?). Diese Fragen wurden ständig vernachlässigt, obwohl sie für den Erfolg politischer Aktionen unerlässlich sind. Zum Vergleich sei hier auf die Anti-CASTOR-Aktivitäten verwiesen, die wegen unklarer Daten und Orte ungleich schwerer sind, in der Regel auf staatliche Zuschüsse und Hauptamtliche ganz verzichten müssen, aber es doch hinbekommen, mehrere gut organisierte Camps anzubieten, vorher detaillierte Informationen und Kontaktadressen, Sammel- und Infopunkte zu streuen usw.

Kritik 7: Der Unwille zur Strategiedebatte scheint auch nach Köln vorhanden zu sein.

Die bisherigen Reaktionen zeugen eher von einem "Weiter so". Die vorsichtige Selbstkritik dient eher der Sicherung der eigenen Position. Während die dominanten Organisationen z.T. die Kölner Aktivitäten positiv darstellen und, wie der WEED-Funktionär Peter Wahl, von zukünftigen Dominanzstrukturen in einer neu organisierten NGO-Szene träumen (siehe sein Statement), verzichten die meisten Basiszusammenhänge auf eine Auswertung der Kölner Aktionen und damit auch auf eine selbstkritische Betrachtung ihrer Unfähigkeit, Dominanz zu verhindern und eigene Aktionsformen zu entwickeln.

Den wichtigsten Hinweis darauf bildeten die Aktivitäten rund um den Weltwirtschaftsgipfel (18.–20.6.). Obwohl die Mißerfolge der Aktionen rund um den EU-Gipfel völlig offensichtlich waren, gelang es den dominanten Organisationen erneut, mit denselben Methoden (überfrachtete Kongresse mit ausgewählten RednerInnen, Blockbildung und zentralistische Demoführung) fast alle AkteurInnen zu disziplinieren und vielfältige Aktionsformen zu verhindern. Krasses Beispiel dafür ist der erfolgreiche Aufruf zu einem linksradikalen Block am 19.6. – trotz der dramatisch schlechten Erfahrungen am 29.5. und 3.6. ließen sich viele linke und linksradikale Gruppen in diesem Block "gleichschalten" und verzichteten auf eigene Aktionsformen. Spätestens am 19.6. war das Ergebnis dieser Strategie aber vorherzusehen: Dominanz und Selbstdarstellung weniger Gruppen, keine Außenwirkung.

Die Debatte bedarf offenbar noch vieler Anstöße – und auch der klaren Analyse, daß sich die politische Bewegung in Köln in einer Art verhalten hat, daß sie als Gegenbewegung zur herrschenden Politik abdanken kann. Diese Kritik trifft auf alle Beteiligten und Unbeteiligten zu, denn nicht nur die Dominanzstrukturen, sondern auch die massenweise Desorganisiertheit sind Zeichen für fehlende Aktionsfähigkeit.

All diese Schwächen werden nicht über neue große Mobilisierungen, neue Parolen oder Durchhalteaufforderungen überwunden werden können, sondern nur durch eine Neubestimmung politischer Position und Organisation der Bewegung "von unten". Das bedeutet, daß im Mittelpunkt der Reorganisation bzw. des erstmaligen Aufbaus politischer Gegenbewegung die Basiszusammenhänge und ihre Vernetzung (einschließlich gemeinsamer Aktionsfähigkeit) stehen müssen. Folglich muß auch die kritische Auseinandersetzung mit Köln (und anderen Vorgängen) vor allem dort stattfinden: In den Basiszusammenhängen, angefangen von radikalpolitischen Gruppen (Antifa-, feministische, radikalökologische, Anti-Atom- und viele andere Initiativen) bis zur Basis der etablier-

ten bzw. hierarchischen Organisationen, von denen aus die Veränderung der NGO-Szene ausgehen kann.

Wo sonst könnte der Ansatzpunkt für die Organisation einer vielfältigen, offenen und emanzipatorischen politischen Bewegung liegen?

Zusammenfassung

Die politische Bewegung ist in verschiedene Teile zerlegt. Das ist kein neuer Zustand, wohl aber ändern sich die Teile.

Den größten Teil nehmen die NGOs und ihnen nahestehende Organisationen ein. Sie verfügen vor allem über enorme finanzielle und hauptamtliche Kraft. Damit überdecken sie ihre Schwäche bei der Mobilisierung von Öffentlichkeit. Selbst ihre eigene Basis (Mitgliedsgruppen, Mitglieder) erreichen sie kaum und versuchen es auch nicht. Ihre Arbeitsstrategien sind voll auf die (Lobby)Arbeit der Apparate ausgerichtet.

Drei Grundtendenzen zeichnen die NGOs aus:

- Die Nähe zum Staat sowie z.T. auch zur Wirtschaft. Strukturen und Arbeitsformen/-inhalte sind so ausgerichtet, daß eine Einbindung in halbamtliche Gremien und Beiräte sowie die ständige BeraterInnen-tätigkeit in den Machtstrukturen effizient möglich sind und die Organisationen vom Staat als PartnerInnen akzeptiert werden. Radikale oder anders organisierte Gruppen und Zusammenhänge werden von den NGOs ausgegrenzt oder nicht wahrgenommen.

- Meist herrscht eine typische Verbandsorientierung. Das bedeutet, daß das eigene Image wichtiger ist als der Erfolg in der Sache. Abgrenzungsbemühungen und schnelle, beleidigte Reaktion auf Kritik am Verband kommen hinzu. Typisch für Verbände sind zudem Hierarchien sowie die Hauptsorge um finanzielle Förderungen. All das steht einer wirkungsvollen, vielfältigen Arbeit sowie der Bündnisbildung entgegen.

- Viele Organisationen oder auch Einzelpersonen neigen zu dominantem Verhalten, um sich oder ihren Verband in den Vordergrund zu bringen.

Neben diesem etabliert-organisierten Teil der Bewegung gibt es viele selbst- oder heute leider meist unorganisierte Gruppen und Zusammenhänge, autonome Einrichtungen usw. Sie zeichnen sich aktuell vor allem aus durch:

- Ein-Punkt-Bezogenheit, d.h. die Gruppen agieren nur an extremen Reizen am Rande des gesellschaftlichen Geschehens (Castor, Faschoaufmärsche), übersehen aber die viel komplexeren Angriffspunkte in der gesellschaftlichen Mitte. Zudem werden gesamtgesellschaftliche Themen und Visionen gemieden. Vergleichbar mit Ein-Punkt-Orientierung ist die Reaktion auf Repression, z.B. Räumungen, die immer wieder kurzzeitige Aktivitäten aufflackern lassen.

- Die meisten dieser Gruppen sind desolat oder nicht organisiert, leben von der Substanz früherer Jahre (z.B. materiell) und schaffen es nicht, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen, um politische Ziele durchzusetzen.

- Auch in selbstorganisierten Kreisen spielt der Dominanzaufbau eine wesentliche Rolle. Einigen MacherInnen stehen oft viele KonsumentInnen gegenüber.

In allen Teilen herrschen oft

- Abhängigkeit von staatlichen Geldern, Genehmigungen oder Gebäuden – selbst die meisten autonomen Zentren gehören dem Staat, der damit die eigene Spielwiese für vermeintliche GegnerInnen schafft).

- Abgrenzung, Vereinsmeierei und Hang zu zentralistischen Aktionskonzepten.

- Inhaltslosigkeit, mangelnder Mut zu klaren Positionen, Widerstand und visionären Entwürfen.



Perspektiven

Für eine autonome, aktionsfähige, politische Bewegung

„Bewegung“ entsteht und besteht nicht aus Apparaten, aus Hauptamtlichen oder Verbandsgruppen, die ihre Arbeit tun (müssen) unabhängig von Visionen, Zielen, Positionen und Anlässen. Daher ist die augenblickliche politische „Szene“ alles andere als eine Bewegung. Sie existiert in meist isolierten Basisgruppen, die, wenn überhaupt, ein oder zwei Einzelthemen nachgehen – von Biotopbetreuung über Deutschunterricht oder Rechtsberatung für Flüchtlinge bis zu Demos gegen Naziaufmärsche oder die Blockade von Atomülltransporten. Und in davon meist völlig abgehobenen Apparaten der Verbände und Organisationen, vieler Institute und Zentren, die ihre Aktionsstrategien meist danach ausrichten, welche politischen Vorgaben bestehen (Verwaltungsstrukturen, parlamentarische Vorhaben, Geldtöpfe usw.).

Der Trend zu diesen beiden Arbeitsformen hat sich in den letzten Jahren verschlimmert und dazu geführt, daß an Deutschland (wie auch in etlichen anderen Ländern) innovative Diskussionsprozesse und Strategieentwicklungen weitgehend vorbeigingen – z.B. der in ganz anderen Teilen der Erde entstandene Widerstand gegen neoliberale Weltordnungen und für das Recht auf Selbstbestimmung.

Damit (wieder oder erstmals?) „Bewegung“ entsteht, die Gegengewicht ist zu der Gestaltungsmacht von Regierungen, Konzernen und Institutionen, muß sich politische Arbeit grundlegend verändern. Vier Prinzipien müssen dieser dabei zugrundeliegen.

Das Prinzip autonomer Basis

Bewegung existiert nur dort, wo sie auf einer großen Zahl selbst aktionsfähiger Gruppen basiert. Überregionale Mobilisierungen oder Apparate können die Schwäche einer Bewegung nur kaschieren, nicht aber ersetzen. Diese Kaschierung kann die Lage eher noch verschlimmern, denn durch sie wird die Schwäche weniger wahrnehmbar.

Eine nüchterne Bestandaufnahme der Basis politischer Bewegung aber zeigt sowohl innerhalb der Organisationen wie auch in autonomen Zusammenhängen ein erschreckendes Bild organisatorischer und inhaltlicher Schwäche.

Erfolg oder Mißerfolg einer jeden Bewegung hängen von einer autonom aktionsfähigen Basis und ihrer Fähigkeit, Ziele zu formulieren, zu verfolgen und dafür Bündnisse einzugehen, ab. Daher muß die Reorganisation der Basis im Mittelpunkt der Strategieentwicklung stehen. Im einzelnen bedeutet dieses:

- Diskussion und konkrete Schritte in den einzelnen Basiszusammenhängen zur Entwicklung autonomer, d.h. eigenständiger Aktionsfähigkeit. Dazu gehören die eigene Fortbildung in organisatorischen Fragen, die finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit sowie der Aufbau eigener Aktionsformen (direkte Aktion, Öffentlichkeitsarbeit usw.).

- Veränderung der Prioritätensetzung in Verbänden und Organisationen: Materielle, personelle Mittel, Bildungsarbeit, Kommunikationsstrukturen usw. müssen nicht zum Aufbau staatsberatender Apparate, sondern einer starken, eigenständigen Basis sowie ihrer Vernetzung und gemeinsamen Aktions-

fähigkeit eingesetzt werden.

- Durchsetzung basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen innerhalb von festen Zusammenschlüssen und Organisationen.

- Weiter- oder Neuentwicklung klarer politischer Positionen und Ziele bis hin zu Visionen emanzipatorischer Gesellschaftsformen. Ohne sie verkommt die Alltagsarbeit an Einzelproblemen zu einem zusammenhanglosen Wurschteln, ohne sie entfaltet politische Arbeit aber auch keine Mobilisierungswirkung. Angepaßte Kompromißformeln oder Pseudoprojekte können Menschen nicht begeistern, radikale Ideen und Entwürfe sind viel besser geeignet, gesellschaftliche Debatte zu initiieren. Diese fehlen zur Zeit aber ganz – übrig sind nur realpolitische Konzepte und radikale Parolen.

Das Bündnis- und Vielfaltsprinzip

Für die Umsetzung emanzipatorischer Politik muß mehr geschehen als nur die Arbeit in einzelnen Gruppen und Zusammenhängen. Zusammenarbeit für emanzipatorische Ideen oder Widerstand kann aber nicht „von oben“ organisiert werden. Bündnisse selbständiger Basiszusammenhänge sind daher eine bessere Organisationsstruktur als Verbände oder zentralistische Apparate. Alle beteiligten Gruppen behalten ihre Autonomie, ihren Namen und agieren als eigenständige Aktionseinheit innerhalb von Bündnissen, die für verschiedene Zwecke geschaffen werden. Alle Entscheidungen und Handlungen werden aus diesen handlungsfähigen Gruppen und Zusammenhängen heraus entwickelt und getragen. Dafür gibt es zwei Modelle, die sich ergänzen können:

- Entscheidungen und Aktivitäten, wo viele mitwirken wollen, müssen basisdemokratisch entschieden werden, d.h. die Gruppen und Zusammenhänge sind die tragende Basis.

- In der Regel sind konkrete Aktivitäten aber mehr die Sache einer oder weniger Gruppen, die sich dafür interessieren bzw. sie umsetzen wollen. Hier ist muß das Autonomieprinzip gelten, d.h. diese Gruppen entscheiden und handeln selbst, treten unter ihrem Namen auf und bringen sich nach eigener Entscheidung in gemeinsame Aktionen ein.



Grundlegend falsch ist immer und überall der Aufbau von Apparaten. Wenn für bestimmte Aktivitäten die Notwendigkeit von hauptamtlichen Strukturen u.ä. gesehen wird, so werden diese bei den dazugehörigen Gruppen und Zusammenhängen angesiedelt. Niemand ist befugt, für alle zu sprechen oder zu agieren.

Bündnisse sind offene Zusammenschlüsse handlungsfähiger Gruppen, Zusammenhänge oder auch Einzelpersonen. Sie schaffen keine Apparate, sondern versuchen, vielfältige Aktionsformen zu koordinieren, um z.B. gebündelten Widerstand, politische Positionen u.ä. gemeinsam wirkungsvoller überbringen zu können. Bündnisaktionen auf der Basis von Vielfalt und Autonomie leben aus der Stärke der mittragenden Gruppen und versuchen, die Ressourcen so einzusetzen, daß die Aktionsfähigkeit der Beteiligten maximal wachsen kann. Das Bündnis soll nicht selbst agieren, sondern die Aktionsfähigkeit der Gruppen und Zusammenhängen stärken, die die Aktionen tragen.

Zur konkreten Arbeit von Bündnissen gehören damit:

- Koordination, Informationsaustausch, Organisation gegenseitiger Hilfe.
- Schaffen von Plattformen und Begegnungsorten, aus denen heraus Gruppen sich nach eigener Entscheidung zu gemeinsamen Teilaktionen treffen oder ihre Aktionen aufeinander abstimmen.



- Bündelung und Verteilung gemeinsamer Ressourcen.
- Abstimmung des gemeinsamen Rahmens von Aktionen (inhaltliche Aussage, Zeit, Ort usw.).
- Gezielte Fortbildung zu organisatorischen und politischen Fragen in Bezug auf den Zweck des Bündnisses (inhaltliche Seminare, Trainings) mit dem Ziel, die Autonomie der handelnden Gruppen zu stärken.

Beispiel

Als Beispiel bündnisorientierter Strukturen und Aktionsformen seien die Anti-Castor-Aktionen angeführt – und zwar hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen, nicht hinsichtlich eventueller inhaltlich-politischer Fragen oder anderer Kritikpunkte. Hier gibt es keine Apparate und auch keine gemeinsam getragenen Führungsstrukturen. Alle Aktionen gehen von den Basiszusammenhängen aus, die keineswegs politisch gleiche Positionen vertreten, d.h. ohnehin niemals in der Lage wären, die gleiche Aktion zu verfolgen. Über die regionalen Plenen und die Bundeskonferenz ist ein Austausch organisiert, zudem kümmern sich bestimmte Zusammenhänge um zusätzliche Vernetzung, z.B. die Zeitung anti-atom-aktuell sowie, meist nur jeweils für einige Zeit, bestimmte Gruppen, die Informationen über ihre Verteiler verschicken.

Nach jahrelangem Streit um die "richtige" Aktionsform gegen den Castor setzte sich mit dem Streckenkonzept die Idee durch, auf die Autonomie der verschiedenen Gruppen zu setzen und allen entlang der Castorstrecke den Raum für ihre Aktion zu geben. Bäume pflanzen mit PolizistInnen am Zaun atomarer Anlagen findet so neben dem Unterhöhlen der Straße oder brennenden Barrikaden statt. Die Debatte um Sinn und Unsinn von Aktionen und politischen Aussagen findet zwar immer wieder statt, zudem gibt es ab und zu Gruppen und Personen, die doch Dominanz zu erreichen versuchen – bislang vergeblich. Die bisherigen Castor-Auseinandersetzungen haben eindeutig die Effizienz dieser autonomieorientierten Aktionsform gezeigt.

Das Modell der Castor-Aktionen ist ohne Frage sogar noch ausbaufähig – in etlichen Bereichen fehlen noch autonome Arbeitsstrukturen, z.B. in der Pressearbeit oder bei der Teilnahme an fachlichen Debatten während solcher Aktionen. Zudem hat es die Anti-Atom-Bewegung nie geschafft, dieses wirkungsvolle Aktionskonzept auf andere Orte (Blockaden von Kraftwerken, Anhörungen usw.) zu übertragen. Ganz im Gegenteil gibt es Kreise, die eine Vorliebe für einheitlich-langweilige Aktionsformen haben. So sollen immer vieler Latschdemos organisiert werden (am besten zusammen mit dem Apparaten zentralistischer NGOs), um inhaltliche Forderungen rüberzubringen – statt aus dem Erfolg der Strategie der Castor-Aktionen zu lernen und autonomieorientierte Aktionstage u.ä. zu organisieren. Es wäre sehr bedauerlich, wenn der strategische Fortschritt, der im autonomieorientierten "Streckenkonzept" steckt, nicht erkannt, sondern durch einheitlich-langweilige Aktionskonzepte wieder verdrängt würde. Stattdessen sollte die richtige Grundstrategie immer weiterentwickelt werden.

Das klare Ziel

Vielfalt ist aber nicht dasselbe wie Gleichgültigkeit. Politische Aktionen müssen klare Ziele haben. Den politischen AkteurInnen scheinen diese zur Zeit weitgehend verlorengegangen zu sein. Daher ist wichtig, daß vor allem die Basisgruppen und –zusammenhänge nicht nur ihre Aktionsfähigkeit wieder begründen, sondern sich mit den eigenen Positionen, Zielen und Visionen auseinandersetzen.

Gesamtziel: Politische Einzelfragen (Umweltschutz, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Deutschen und Nichtdeutschen, Alten und Jugend usw.) separat klären zu wollen, bedeutet immer, ein System anzuerkennen, daß verursachend ist für die Mißstände, die beseitigt werden sollen. Daher wird eine solche Strategie immer nur Detailverbesserungen bringen, die einer generellen Verschlechterung gegenüberstehen. Letztlich aber ist politische Arbeit sogar sinnlos, wenn sie nicht die gesamtgesellschaftliche Frage klärt.

● Welchen Sinn macht die Einzelhilfe für Flüchtlinge, wenn die gesamte Politik sich weiter so entwickelt, daß es immer mehr werden und ihre Lage immer bedrohlicher wird (Krieg, Vertreibung, Zerstörung der Lebensgrundlagen, Unterdrückung, Abschiebung usw.)?

● Welchen Sinn macht der Kampf um einzelne Biotope, gegen einzelne Straßen oder Tierquälerei, wenn insgesamt ein System gestärkt wird, daß die Verwertung der menschlichen und nichtmenschlichen Natur immer stärker in den Mittelpunkt rückt?

● Welchen Sinn machen kleine Fortschritte zur Gleichberechtigung, wenn sich die Herrschaftsstrukturen insgesamt so ausweiten, daß sich die Unterschiede zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten immer weiter ausdehnen – sei es zwischen Männern und Frauen, Erwachsenen und Kindern, Reichen und Armen o.a.?

● Welchen Sinn macht der verhinderte Naziaufmarsch, wenn in der Mitte der Gesellschaft faschistoides Gedankengut immer mehr heranreift, Militarismus und Nationalismus sind bis in die ehemalige Linke ausdehnen?

Es gibt gar keine Alternative dazu, ein politisches Gesamtziel zu formulieren und zu verfolgen. Das macht die Verfolgung von Teilaspekten nicht überflüssig. Aber es stellt sie in einen anderen Zusammenhang und schafft die Voraussetzung für gemeinsame Aktionen für einen gesamten Anspruch auf politische Veränderungen.

Das Gesamtziel ist das einer emanzipatorischen Gesellschaft, von einem selbstbestimmten Leben, in dem freie Menschen in freier Vereinbarung zusammenleben. Die politischen Ziele des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen, der nicht nur formalen Gleichberechtigung und der Freiheit von Unterdrückung ist dann zwar noch immer nicht gewährleistet, aber die Debatte darum vollzieht sich zwischen den Menschen und nicht mit Apparaten und Institutionen, die ganz andere Ziele verfolgen als die einer emanzipatorischen Gesellschaft.

Das gemeinsame Ziel politischer Bewegung spielt eine doppelte Rolle. Zum einen ist es eigenständiges Ziel, d.h. es wird als politische Position benannt und darum gerungen, konkrete Aktionen, Widerstand, Modell und Symbole können sich auf dieses Ziel beziehen. Zum anderen dient es als integraler Bestandteil aller Teilaktivitäten, denn diese sollten beitragen zum Gesamtziel, d.h. in ihren Bereichen emanzipatorische Ziele verfolgen.

Teilziele: Internationalistische oder Eine-Welt-Gruppen, Ökos, feministische Kreise oder Antifas – sie und andere wird es weiter geben. Und das ist gut so. Vielfalt ist eine wichtige Stärke politischer Bewegung. Diese Vielfalt aber wird kontraproduktiv, wenn sie gegeneinander steht, d.h. keine gemeinsamen Ziele verfolgt bzw. die eigenen Ziele gegenseitig ausspielt. Das aber ist Realität politischer Bewegung zur Zeit. Ob bei den knapper werdenden staatlichen Zuschüssen, Personalstellen oder beim Ringen um öffentliche Aufmerksamkeit stehen sich die verschiedenen politischen Gruppen oft als GegnerInnen gegenüber. Zudem richten sich ihre inhaltlichen Positionen ständig gegeneinander. Rechte Positionen oder sexistisches Verhalten z.B. in Ökogruppen ist ebenso normal wie völliges Desinteresse an den Folgen des eigenen Konsumverhaltens bei Antifas. Umweltschutz gilt dagegen bei vielen Frauengruppen schon per se als patriarchal usw. Insgesamt heben sich die Wirkungen der politischen AkteurInnen so teilweise auf. Und da fast alle den Staat als Zielfeld ihrer Aktionen verstehen, sei es als Lobbyarbeit oder als Ziel von Forderungen, kann dieser aus der Zahl der gegenläufigen Positionen sich die ihm passenden herauspicken und für sich sowie oft gegen andere instrumentalisieren.

Für die Entwicklungen einer gesamtpolitischen Bewegung des Widerstandes und der emanzipatorischen Gegenentwürfe



zum "mainstream" wird nötig sein, daß die Teilziele zum einen auf ihren emanzipatorischen Gehalt abgeklopft bzw. in diese Richtung weiterentwickelt werden. Insbesondere die Rolle von Staats- und wirtschaftlicher Macht bei der Umsetzung der Forderungen ist zu prüfen – Gleichberechtigung, Ökologie oder Antifaschismus "von oben" ist niemals emanzipatorisch! Zum anderen sollten die Teile zusammengefügt werden zu einem emanzipatorischen Gesamtentwurf, aus dem der gemeinsame Kampf für eine emanzipatorische Welt entsteht.

Wir brauchen eine Ökologie, die feministische, antifaschistische usw. Positionen einbindet. Wir brauchen eine Gleichberechtigung, ohne daß bei der Forderung für bestimmte Verhältnisse die anderen als unwichtiger diskreditiert werden. Der Schutz der Lebensgrundlagen ist für selbstbestimmtes Leben immer und überall wichtig, daher ist ein emanzipatorischer Umweltschutz Thema aller. Und der faschistoide Kern der Gesellschaft ist es ebenso. Wie vieles andere.

Beispiel:

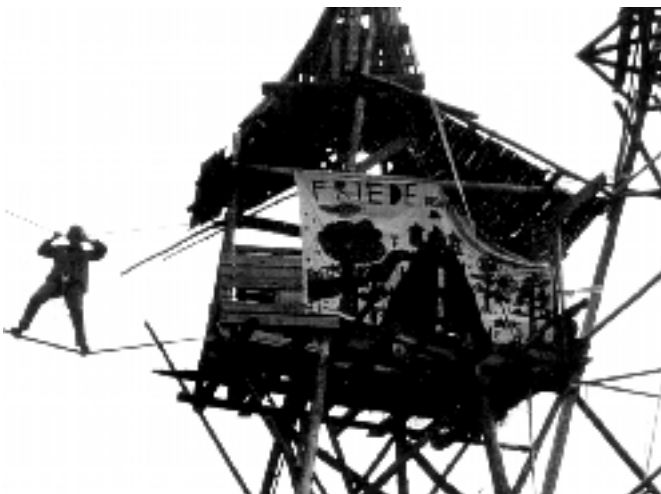
Noch recht neu ist die Auseinandersetzung um den emanzipatorischen Umweltschutz, die vor einigen Monaten von verschiedenen Basisgruppen gemeinsam in die Umweltbewegung hineingetragen wurde und die konfrontative Auseinandersetzung mit den herrschaftsorientierten Instrumenten des mainstream-Umweltschutzes sucht. Zudem verstehen sich die AkteurInnen des "Umweltschutz von unten" bewußt als Teil einer emanzipatorischen Bewegung zum genannten Gesamtziel. Solche Prozesse und Diskussionen müssen überall angezettelt werden, um das Zielbild einer emanzipatorischen Gesellschaft in die Debatte zu bringen und Klärungs-, im Zweifel auch Spaltungsprozesse herbeizurufen.

Konkret: Beiträge zur Strategiedebatte

Alle folgenden Ideen zusammen können Ansatzpunkte für die Entwicklung einer emanzipatorischen, politischen Bewegung bieten. Die Einzelvorschläge sind zum einen selbst wichtiges Aktionsfeld, zum anderen aber Aufhänger für eine über den Einzelpunkt hinausgehende Bewegung, die der Durchorganisation der Gesellschaft nach reiner profit- und machtorientierter Verwertungslogik von Mensch und Natur wirkungsvoll entgegensteht und eigene, emanzipatorische Bilder entgegenstellt.

Eine politische Bewegung muß mehr sein als Ein-Punkt-Aktionen und -Kampagnen. Ihre Ziele und Organisationsebenen müssen darüber hinausreichen und für eine selbstbestimmte Gesellschaft kämpfen. Dafür werden im folgenden Vorschläge unterbreitet, die die Möglichkeit dazu bieten.

Klar ist aber: Es sind nur Vorschläge, entwickelt aus der Analyse politischer Aktionen der Vergangenheit. Sie bedürfen der Debatte, Veränderung, Ergänzung oder Korrektur. Zentrale Voraussetzung ist, daß sich politische Bewegung neu von unten organisiert, d.h. daß lokal oder überregional Projekte, Aktionsgruppen oder Organisationen sich selbst wieder zu handlungsfähigen, in politischen Entwicklungen gestaltend teilnehmenden Gruppen entwickeln. Politische Bewegung entsteht dann, wenn an der Basis Strategien und Ziele, Bündnisse und Aktionsformen diskutiert, vorbereitet und umgesetzt werden. Der Einsatz von Personal und Geld kann das nicht ersetzen. Das hat Köln klar gezeigt!



Reorganisation politischer Bewegung

1. Basisgruppen reorganisieren

Voraussetzung für alles ist die Reorganisation der Basisgruppen, egal ob in Verbänden oder als autonome Gruppe. Ihre Handlungsfähigkeit ist z.Zt. stark eingeschränkt, sie sind in ihren eigenen Themenbereichen oft nur noch begrenzt aktionsfähig. Bei Bündnisaktivitäten zeigen sie sich völlig unfähig, gestaltend zu agieren. Die Dominanz der Apparate ist offensichtlich – ganz besonders in den Verbänden, wo die Basisgruppen auf die Politik und Strategie ihres Verbandes kaum noch Einfluß haben.

Hinzu kommen auch klare inhaltlich-politische Schwächen in vielen Basiszusammenhängen. Oft fehlt jegliche allgemeinpolitische Orientierung, die AkteurInnen konzentrieren sich auf ihre Einzelaktionen und -themen.

Reorganisation der Basiszusammenhänge bedeutet u.a.

- Klärung der eigenen politischen Ziele.
- Wiederherstellung der organisatorischen Selbständigkeit, z.B. der Kommunikationsstrukturen, materiellen und räumlichen Basis.
- Eigene Wege in die Öffentlichkeit über eigene Medien oder Kooperationen ohne Abhängigkeit mit selbstorganisierten Medien.
- Gezielte Fortbildung in organisatorischen und politischen Themenfeldern.

2. Autonome Strukturen aufbauen

Aktions- und Kommunikationsstrukturen für jede Aktion neu aufzubauen, wäre anstrengend und dumm. Daher ist es sinnvoll, autonome, d.h. selbstorganisierte und unabhängige Strukturen zu schaffen, die neben den jeweils zu Aktionen aufgebauten Arbeits- und Vernetzungsstrukturen dauerhaft nutzbar sind.

a. Orte, Plätze, Zentren

Politische Freiräume braucht das Land! Infoläden, Projektwerkstätten, Wagenplätze, Kommunen usw. sind wichtig – wenn sie sich denn als politische Plattform begreifen und nicht nur als Rückzugsidylle, Fettenraum und/oder als Ort maximaler Anpassung an den Staat oder seine finanziellen Förderstrukturen). Katastrophal: Die meisten autonomen Zentren gehören dem Staat oder der Stadt. Dieser Zustand spiegelt wieder, wie weit entwickelt das strategische Potential autonomer politischer Bewegung ist. Wo Wagenplätze oder Zentren in Gefahr sind, wird nach Mami/Papi Staat gerufen, etwas Neues zu geben. Peinlich! Gruppen und Basiszusammenhänge müssen stattdessen eigene, unabhängige Plätze schaffen – durch (kollektives) Eigentum oder durch politische Besetzung.

Wo aber solche Plätze bestehen, müssen sie auch Aktionsplattform sein und bleiben für die politische Arbeit. Rein private Häuser oder Plätze sind privat und damit nicht-politisch – egal ob sie von BäckerInnen oder Anarcha/os bewohnt werden! Das Private ist wichtig, aber es ist nicht politisch!

Es muß Anliegen sein, an unabhängigen Orten Arbeitsmöglichkeiten für politische Gruppen, selbstorganisierte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit usw. zu schaffen: Medienwerkstätten, Bibliotheken und Archive, technische Infrastruktur, Werkstätten und mehr in jedem Ort!!!

Durch geschickte Formen kollektiver Verfügungsgewalt über die politischen Räume müssen diese auf Dauer vor Privatisie-



zung und Kommerzialisierung geschützt sein – also im Zweifelsfall müssen sie auch vor denen geschützt werden, die sie einstmals aufgebaut haben, da mensch davon ausgehen muß, daß jedeR zu der Mehrheit politisch Aktiver gehört, die nach einiger Zeit politischer Arbeit etablieren und dann das mit politischen Zielen Geschaffene für die eigene Lebensidylle bzw. -absicherung nutzen wollen.

b. Medien und Veranstaltungen

Der inzwischen fast abgeschlossene Niedergang selbstorganisierter Medien nimmt uns eine wichtige Möglichkeit der Einflußnahme in das gesellschaftliche Geschehen. Als Alternativen bleiben einem nur noch die Anbietung an die bürgerliche Presse (deren Ausrichtung der Krieg gegen Jugoslawien nicht veränderte, wohl aber mal wieder besonders deutlich machte!) oder der Rückzug in eine Nische ohne Wahrnehmung von außen.

Dabei ist die Gesellschaft eine Mediengesellschaft. Viele grundlegende Ideen lassen sich nicht auf Spucki oder Plakat unterbringen. Daher müssen eigene Zeitungen, Radioprojekte (legal oder illegal ist scheißegal, wichtig ist: selbstorganisiert und politisch) und auch Bildungsarbeit aufgebaut werden – von Einzelveranstaltungen bis zu Ideen wie Volkshochschulen von unten u.ä.

Auch bei Aktionen können zeitlich befristete Zeitungen oder ein Piratensender bzw. ein Kanal im vorhandenen Radio sinnvoll sein. Es gibt viele Ideen – aber kaum jemand setzt sie um!



c. Betriebe, Verlage usw.

Was für Medien gilt, kann auch für Betriebe im allgemeinen gelten – von Verlagen über Kneipen bis zum Kino. Betriebe sollten als politische Plattform begriffen werden. In vielen Kommunen oder ähnlichen Projekten dienten Betriebe zunächst der finanziellen Absicherung der AkteurlInnen und der Projekte. Nur wenige Jahre später war alles eine Ansammlung von kommerziellen Einheiten zum allein privaten Nutzen. Teil einer politischen Bewegung aber sind Betriebe nur dort, wo sie ein politisches Ziel (Bildungs- oder Öffentlichkeitsarbeit, Bau von Aktionsmaterial, Renovierung von Häusern oder Wägen, Kommunikation usw.) verfolgen sowie Projekte und AkteurlInnen materiell absichern.

d. Kommunikation und Vernetzung

Welche Vernetzung existiert? Krampfhaft werden einige, bundesweit weniger bedeutsamen Zeitungen erwähnt (Interim, radikal usw.), wenn die Frage darauf kommt. Aber es gibt nur wenige Versuche, das breiter anzulegen, viele zu erreichen. Im Antifa-Bereich gibt es einige Vernetzungsblätter, im Umweltbereich seit kurzem die "Ö-Punkte", aber in vielen Bereichen nichts. Übergreifende Debatten, Telefonketten und Treffen: Fehlanzeige. Vernetzung zwischen Wagenplätzen, Infoläden und/oder Häusern: Schwach. Gegenseitige Hilfe oder Aufbau gemeinsamer Strukturen: Kaum. Dabei ist Informationsaustausch eine wichtige Grundlage strategischer Arbeit. Ihn zu schaffen, ist ein wichtiges Ziel. Dabei wird es, auch hier nach dem Konzept der selbstorganisierten Vielfalt, verschiedene Wege geben. Im Optimalfall ist das Geflecht von Zeitungen, Email-Vernetzung, Telefonketten, Rundbriefen usw. aber durchschaubar und jede Gruppe und Einzelperson kann sich dort einbringen, wo es ihr am sinnvollsten erscheint. Möglichkeiten der Koordination (auch hier muß es die Vielfalt der Selbstorganisation bringen): Adreßbüchlein, Kalenderprojekt(e) u.ä. Einiges gibt es schon und könnte weiterentwickelt werden – aber bislang sind fast alles Nischenprodukte, jede Szene bearbeitet sich selbst.

3. Lebensperspektiven für die Einzelnen entwickeln

Autonome Wohnprojekte sind meist nichts anderes als unverbindliche WG, die ökonomisch von der Substanz der Orte, vom Überfluß der Gesellschaft oder, am häufigsten, aus ganz normalen Quellen gespeist werden: Eltern, BaFöG, Staatszuschüsse, Maloche oder Sozialamt. Solange aber für die einzelnen Menschen keine Perspektive besteht, das eigene Leben selbst zu organisieren, bleiben die Zwänge des Alltags ein wichtiger Grund für das ständige Wegetablieren der ehemals politisch Aktiven. Stattdessen müssen autonome Wohn- und Lebensformen entstehen, die die einzelnen Menschen herauslösen aus den Zwängen der Normalität und ihnen damit erst die Freiheit geben, politisches Engagement und auch das Ausprobieren alternativer, u.a. herrschaftsfreier Zusammenlebensformen zu verbinden. Die bisherigen Versuche (Kommunen, Ökodörfer, Öko-WGs, Wagenplätze usw.) konnten den Prozeß nicht aufhalten, da mit zunehmendem Alter von Personen und Gruppen der Hang zu Absicherungen, mehr Luxus und Einnischung in die Normalität nicht durch ein positives Gegenmodell aufgehoben wurde. Hier gilt es, eine strategische Debatte zu führen. Alternative Lebensprojekte müssen Willen und Fähigkeit der Einzelnen zur Auseinandersetzung mit der Gesellschaft erhöhen und selbst Plattform dazu sein. Dumpe Rückzugsprojekte, legitimiert über "unsere Existenz ist politisch", "echte Veränderung kommt von innen" oder den Glauben an spirituelle bis esoterische Kräfte, sind entpolitisierend und befrieden kritisches Potential. Was gebraucht wird sind Projekte, die Gegenmodelle darstellen, sich öffentlich zeigen und reiben an der Realität, sich selbst als politische Speerspitze einer Veränderung und Teil politischer Bewegung begreifen – und trotzdem nicht eine unverbindliche WG ohne langfristige Perspektive für die Einzelnen sind, wo es sich für die paar Jahre der Unzufriedenheitsphase vor der Etablierung aushalten läßt, aber mehr auch nicht.

4. In politische Bewegung einmischen

Wirkungsvolle politische Arbeit besteht aus einer Mischung aus Aktionen, Zeitschriften, Veranstaltungen, langfristigen Projekten und meist weiteren vielfältigen Formen. Radikale Positionen haben fast überall ein Schattendasein. Nur selten geht es schon in der Vorbereitung darum, daß Aktionen, Zeitschriften oder Veranstaltungen basisdemokratisch bzw. in autonomen Gruppen organisiert werden. Solche Strategien und radikale Inhalte sind es wert, prägend zu sein für politische Bewegung und sich als durchsetzungsfähig gegenüber reformistischen bis kapitalismuskompatiblen Positionen, vor allem aber gegenüber herkömmlichen Organisationsmodellen in Bündnissen zu erweisen. Dafür aber müssen selbstorganisierte Gruppen sich in die politischen Zusammenhänge, Medien, Netzwerke und Aktionen einmischen, um ihre Vorstellen politischer Organisation dort einzubringen. Sie dürfen sich nicht länger von zentralen Apparaten oder gar den NGOs dominieren lassen, sondern müssen eigene Durchsetzungsformen für autonome Strategien finden, sich absprechen und vorbereitet agieren.

Positives Beispiel:

Bemühungen zunächst einzelner (!) Personen aus verschiedenen selbstorganisierten Gruppen im Jugendumweltbereich haben innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre dazu geführt, daß fast alle Kongresse radikalpolitisch und selbstorganisiert gestaltet werden, z.B. der norddeutsche JUMJA oder der bundesweite JUKB.

Schlechtes Beispiel: Köln.

5. In gesellschaftliche Prozesse einmischen

Emanzipatorische Politik steht heute sehr stark am Rande der Gesellschaft, kaum noch wahrnehmbar. Schuld daran sind ihre VertreterInnen (d.h. Menschen, die eine solche Politik wollen) auch selbst, denn sie ziehen sich seit Jahren immer mehr aus der öffentlichen Debatte zurück und schmoren im eigenen Saft. Der Wille zur inhaltlichen Konsequenz führt zum völligen Rückzug aus Bündnissen oder wird nicht so umgesetzt, daß



emanzipatorische Ziele immer klar und unmißverständlich formuliert werden, sondern daß vor allem darauf geachtet wird, daß der Rahmen und die VeranstalterInnen z.B. von Diskussionen die politisch richtige Meinung haben ("pc" sind). Diese Strategie hat zur Folge, daß emanzipatorische Ideen zur Zeit (fast) nur innerhalb einer kleinen Szene überzeugter Menschen diskutiert oder verbreitet werden. In dem bedeutend größeren Teil etablierter Bewegungen und Organisationen, erst recht in der Normalität der Gesellschaft, auch in ihren Bildungs- und Diskussionskreisen (Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen, Verbänden und Vereinen, Bildungszentren, Medien usw.) gibt es die Themen Herrschaft, Ausbeutung usw. nicht. Es wirkt fast, also hätten Menschen mit emanzipatorischen Ideen Angst, sich in der Realität zu stellen und für ihre Ideen zu kämpfen. Oder fürchten sie um ihre sozialen Beziehungen in der "Normalität", in der die meisten von ihnen auch existieren wollen (Job, Hobbies, NachbarInnenchaft usw.)?

Emanzipatorische Politik muß aus der Isolation befreit werden. Dafür ist weder notwendig noch sinnvoll, daß Inhalte oder Positionen aufgegeben werden. Es ist aber keine Anbiederung, auf einer Veranstaltung, die nicht selbst emanzipatorische Ziele hat, aber die Formulierung solcher zuläßt, für die eigenen Positionen zu kämpfen. Politischer Verrat geschieht erst dann, wenn Verhaltensweisen oder inhaltliche Positionen zwecks besserer Akzeptanz oder Anbiederung verändert oder verschwiegen werden. Notwendig ist aber, radikale, emanzipatorische Politikinhalte und Aktionsformen an vielen Orten dieser Gesellschaft offensiv einzubringen – und sich auch offen zu zeigen als Gruppe, Projekte, Kommune o.ä., die bewußt und sichtbar für eine Welt von unten eintritt. Kein Stammisch, kein Podium, keine Vorlesung, kein Seminar, kein Arbeitsplatz, keine Schulstunde, keine WG oder Familie und kein anderer Ort ist zu schade für eine Debatte für eine Welt von unten. Wer anders agiert, isoliert sich im eigenen Saft und hat auch ein falsches Verständnis einer Welt von unten – denn "von unten" ist ein Prinzip, sicher aber kein Wort für die selbstisolierten linken Kader.

Die Menschen, die emanzipatorische Politik vertreten wollen, sollten sich direkt in Veranstaltungen, Kongresse, Diskussionen und auf den Podien einmischen, wo über zukünftige Strategien geredet wird. Diese Plattformen sind gute Gelegenheiten, die Dominanz der kapitalismuskompatiblen Politikkonzepte der Marken Humanität, Nachhaltigkeit, Agenda oder Bündnis für Arbeit zu brechen. Radikale Positionen müssen dort ungeschminkt vertreten werden. Aus dem Rahmen zu fallen, ist angesichts des Rahmens der realen Gesellschaftsform einfach nötig! Nicht die anderen Personen auf den Podien oder die VeranstalterInnen sind unsere Zielgruppe (Kritik an ihnen kann daher auch kein Grund der Verweigerung von Debatten sein!), sondern die Menschen, die zu solchen Veranstaltungen kommen. Sie der "anderen Seite" zu überlassen, ist schlicht dumm!

6. Modelle und Kristallisationspunkte schaffen

Kaum eine politische Idee wird ohne Symbolik durchsetzungsfähig sein. Allgemeinpolitische Symbole können der Aufhänger für die Kritik am Bestehenden sein oder dem Entwurf neuer Ideen, Konzepte oder Visionen dienen – im Einzelfall sogar für beides. Sie haben vielfache Bedeutung für die politische Arbeit:

- als Mobilisierungspunkt, an dem die verschiedenen Gruppen, die sonst "nur" auf ein Thema spezialisiert sind, zusammen agieren und so Kräfte bei den umfassenden Zielen bündeln.
- als öffentlich wahrnehmbares Modell für Alternativen oder Symbol für die aktuelle Normalität, d.h. die Herrschaftsformen, Ausbeutungsstrukturen u.ä.
- als Bündelung verschiedener politischer Stoßrichtungen, um gemeinsame Ziele zu formulieren.

Beispiele für solche Modelle und Kristallisationspunkte können die besonderen Symbole von Herrschaft und Ausbeutung sein (Kriege, SpitzenpolitikerInnen-Gipfel, thematisch passende Veranstaltungen, Knäste, Wahlen, Banken, großtechnische Baustellen oder Objekte, Expo 2000). Ebenso können es positive Modelle sein, also Visionen, Versuche alternativer Projekte mit politischen Zielen und als ein Kern politischer Bewegung usw. Solche gemeinsamen Aktionen ersetzen nicht die weiter notwendigen Ein-Punkt-/Ein-Themen-Gruppen und -Initiativen, sondern bieten die Chance zum gemeinsamen Agieren – beides zusammen ergibt die sinnvolle Mischung.



Aktionstage und -wochen in der kommenden Zeit

Die folgenden Vorschläge zeigen Möglichkeiten, die sich aus den Ereignissen und Themen der kommenden Monate ergeben. Sie können daher Anknüpfungspunkte sein, politischen Widerstand und perspektivische Bewegung zu (re)organisieren. Möglicherweise sind einzelne Vorschläge oder Details ungeeignet, andere mögen fehlen. Ansatzpunkte aber bieten sie in jedem Fall.

Ausgewählt sind nur Vorschläge für gesamtpolitische Aktionen. Darüberhinaus bestehen selbstverständlich die leider unzähligen Aktionsfelder in vielen politischen Teilbereichen, die Aktionen und Widerstand notwendig machen.

1. Internationale Widerstandstage gegen Neoliberalismus

Der internationale Widerstand gegen die Durchökonomisierung der Gesellschaftstrukturen ist in Deutschland schwach ausgebildet. Das ist erschreckend, ist doch dieses Land einer der Ausgangspunkte von Unterdrückung und Ausbeutung global. Umso wichtiger wäre daher, hier den Widerstand zu Rahmen einer internationalistischen Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben.

Die Aktionstage und Kampagnen, die international stattfinden, bieten Anknüpfungspunkte aus allen Blickwinkel, denn das ökonomische Diktat, das sich mit dem Neoliberalismus in allen Teilen der Welt und in allen Lebensbereichen durchsetzt, führt zur Ausbeutung, patriarchalen Ordnungen, Unterdrückung sowie zur Zerstörung der Umwelt (und damit auch der Fähigkeit der Menschen, selbstorganisiert zu leben).

Als Aktionsformen sind denkbar:

- Zentrale Aktionstage z.B. reihum in verschiedenen Städten, wo Basisgruppen die Vorbereitung übernehmen.
- Dezentrale Aktionen in bestimmten Zeiträumen (Aktionstagen u.ä.) oder jederzeit, organisiert aus den Basiszusammenhängen selbst.

In allen Fällen ist wichtig, das Selbstorganisationsprinzip auch innerhalb der Aktionen zu verwirklichen. Dominanzgehabe und ähnliches, wie in Köln allgegenwärtig, wirkt politischer Bewegung entgegen.

Konkret: Es gibt immer wieder gemeinsam festgelegte oder auf entsprechende Konferenzen abgestimmte Termine für internationale Aktionstage. Die nächsten sind:

12.10. Global Action Day (Aktionstagen 12.–17.10.)

29.11. WTO-Tagung in Seattle, weltweite Proteste geplant

Foto:

Baumbesetzung gegen Expo-Projekt in Braunschweig



2. Anti-Expo-Arbeit

Vom 1.6. bis 31.10.2000 findet die Expo 2000 in Hannover, aber zudem mit kleineren Projekte und Veranstaltungen auch überall bundesweit und in vielen Ländern der Welt statt. Die Expo 2000 dürfte den besten Anknüpfungspunkt für den Aufbau eines emanzipatorischen Widerstandes in Deutschland bieten – aufgrund der klaren Symbolik und aufgrund ihrer flächendeckenden Angreifbarkeit.

Die Expo 2000 bietet einen Blick auf die Zukunft aus der Sicht nachhaltig-neoliberaler Verwertungslogik von Mensch und Natur. Im Kern wird ein komplettes Zukunftsbild vorgestellt – erschreckend von den allgemeinen Positionen der Marginalisierung des Menschen auf seine Rolle als Ressource für Arbeit und Reproduktion sowie als KonsumentIn bis zu den Details neue Atomkraftwerke, Gentechnik überall, Transrapid, ungebremster Marktwirtschaft, deutschem Weltführungsanspruch, Reproduktionstechnologie und –kontrolle, weltweiter Ausbeutung usw.



Die Expo bietet die Möglichkeit, aus verschiedenen Themenzusammenhängen Kritik zu formulieren und insgesamt emanzipatorische Gegenbilder der "Welt von oben" entgegenzustellen. Die Auseinandersetzung richtet sich dabei nicht nur gegen die aktuell Mächtigen (Regierungen, Konzerne und Institutionen, die alle zusammen die Expo aus-

richten), sondern gegen das Prinzip einer die Selbstbestimmung zerstörenden Politik und Wirtschaft. Zudem richtet er sich gegen die gesellschaftlichen Gruppen (NGOs u.ä.), die als BeraterInnen oder Mitmachende in diesem unmenschlichen Projekt dessen Akzeptanz sichern. Anti-Expo-Arbeit bedeutet daher von sich aus auch die Debatte um politische Strategien und die Auseinandersetzung mit den Apparaten politischer Organisationen, die fast alle bei der Expo mitwirken.

Die Expo zu demaskieren und zu demontieren, ist nicht alleiniges Ziel. Die Expo ist nur Anlaß – optimal geeignet, an diesem Symbol politischen Widerstand aufzubauen, der darüber hinausreicht. Also das nachzuholen, was in Köln vergessen wurde!

Wegen der möglichen Bedeutung der Anti-Expo-Arbeit für den Aufbau einer emanzipatorisch-politischen Bewegung finden sich im Anhang detailliertere Informationen zur Expo.

Konkret gibt es jetzt schon:

- Es gibt eine bundesweite Anti-Expo-Vernetzung mit einem Rundbrief. Der kann gegen einmalig 10 DM bestellt werden beim Büro für mentale Randalen, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen.
- Ab und zu gibt es bundesweite Treffen/Konferenzen zur Anti-Expo-Arbeit. In einigen Regionen bilden sich zur Zeit regionale Bündnisse.
- Vom 28.–31.10. findet in Hannover der BUKO 22 mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Ideologie der Expo und Gegenperspektiven statt. Weitere Anti-Expo-Kongresse sind in Vorbereitung.
- Etliche Projekte der Expo werden schon im Vorfeld stattfinden und bieten Ansatzpunkte für eine sofortige Auseinandersetzung, z.B. Veranstaltungen, die schon bestehenden dezentralen Projekte der Expo, die Baustelle der Expo selbst plus weiterer Einrichtungen in Hannover, das DaimlerChrysler-Projekt LAB.01 (quasi Mini-Expo zur Expo-Werbung, die seit dem 1.7. durch europäische Städte tourt) und mehr.
- Einen ersten Anti-Expo-Reader (gegen 2 DM bei der Anti-Expo-AG, c/o ASTA Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover) und die Ö-Punkte-Schwerpunkt-ausgabe zur Expo (gegen 7 DM bei Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen).



3. Dezentrale Aktionen

Widerständige, die Lebensverhältnisse im allgemeinen thematisierende Aktionsformen breiten sich zur Zeit allmählich auch in Deutschland aus. Ihr Thema: Die Rückeroberung des öffentlichen Raumes für das Leben. "Reclaim-the-Streets-Parties" auf Straßen, Plätzen oder Kreuzungen gehören ebenso dazu wie die Critical-Mass-Fahrten (weltweite Aktionsstage an jedem letzten Freitag im Monat). Ähnlich, meist mit Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit verbunden, sind die Innenstadtkonzepte. Überall dort wird versucht, verschiedene politische Themen zu verbinden.

Die Debatte anzetteln

Eine Debatte um Strategien muß selbstkritisch sein, d.h. schonungslos aus eigenen Erfolgen und Fehlern lernend. Sie kann und sollte auf die Erfahrungen aus den vielen Jahren selbstorganisierter politischer Arbeit schöpfen, aber nicht daran kleben. Die autonome Politik hat zur Zeit nicht nur gegenüber der herrschenden Politik und Normalität das Nachsehen, sondern auch gegenüber der Art nichtautonomer politischer Arbeit, wie sie von den etablierten, meist staats- und oft wirtschafts-

nahen Verbänden (neudeutsch: NGOs) betrieben wird. Autonomie bzw. Selbstorganisation darf aber nicht das reine Wegbleiben von Strategie sein – genau sowie Anarchie nicht nur das Wegfallen des Staates und das Heraufkommen reiner Unorganisiertheit bedeutet. Nein: Eine politische Autonomie besteht sogar erst dann, wenn sie sich organisiert, denn "allein machen sie dich ein"!

Politischer Widerstand braucht eine wirkliche Qualität, die wehrhaft ist gegen Repression, Abhängigkeiten und Einverleibung, die Alternativen bietet und durchsetzungsfähig ist gegenüber den Wegen der Normalität (auch der normal-etablierten politischen Arbeit z.B. der NGOs). Autonome Politik ist nicht nur ein Inhalt, sondern auch eine Strategie. Und sie hat nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie die bessere ist, also der wirksamere Weg, diese Von-oben-Gesellschaft in Richtung einer Welt von unten, einem emanzipatorischen Ziel zu verändern. Die Existenz autonomer Gruppen als Selbstzweck kann und darf es nicht sein. Notwendig ist die Entwicklung einer Strategie, die den Aufbau von Infrastruktur, Kommunikationsformen und Aktionsfähigkeit beinhaltet einschließlich eigener Wege in die Öffentlichkeit, Modelle und Kristallisationspunkte, ökonomische Absicherungen, Solidarität und Perspektiven für die einzelnen AkteureInnen.

Unvollständig ...

Ausgewählte Beispiele

... für Aktionen als Schritte zu einer emanzipatorischen Bewegung

Den Anhang bilden einige Projekte mit emanzipatorischen Anspruch und dem Ziel, neue Zusammenhänge und politische Durchsetzungskraft zu organisieren.

Zunächst folgen Informationen zum Expo-Widerstand. Die ersten drei Seiten dokumentieren ein Grundsatzpapier des Anti-Expo-Bündnisses TIPP-EX (Raum Hannover/Bremen), in dem die Ziele und Wege des politischen Widerstandes gegen die Expo 2000 formuliert wurde. Dieses Papier trifft im wesentlichen das Verständnis der bisherigen Anti-Expo-Arbeit bundesweit.

In der Zwischenzeit haben bundesweite Treffen stattgefunden, zudem haben sich erste regionale Bündnisse formiert (Baden-Württemberg, Hannover, Berlin).

Die weiteren zwei Seiten zum Thema Expo sind ein Überblick über Aktivitäten, Adressen und Materialien.

Den Abschluß bildet der Versuch, die Erfahrungen aus den Aktivitäten von Köln in Thesenform für den Expo-Widerstand zu nutzen.

Neben den Unterlagen zur Expo werden noch zwei weitere Bewegungsansätze vorgestellt, die jeweils in Teilbereichen von Bedeutung sind.

Das Bündnis "Umweltschutz von unten" ist ein Zusammenhang von Basisgruppen und Einzelpersonen, die Strategien für einen radikalen, emanzipatorischen Umweltschutz entwickeln und in der Umweltbewegung gegen die Mainstream-Strategien von Agenda, Nachhaltigkeit, Ökosteuern & Co. durchsetzen wollen, da letztere Herrschaft und Kapitalismus nicht in Frage stellen, sondern eher stärken. Umweltschutz von unten kann für alle interessant sein, die im Umweltschutz nach konsequenten, emanzipatorischen Wegen suchen, und für alle, die ökologische Fragestellungen in ihre politische Arbeit einfließen lassen wollen bzw. Bündnisse mit solchen Umweltschutzgruppen suchen.

Zudem wird das Projekt "FreiRäume" beschrieben – ein Versuch, autonome Häuser, Plätze und Infrastruktur aufzubauen und zu sichern. Interessant kann dieses Thema für alle Projekte sein, die nach Wegen zu Sicherung von Arbeitsfähigkeit und Autonomie suchen.



EXPO NO – denn die Welt sieht anders aus !

Im Jahr 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Als die Idee dazu Ende der 80er Jahre vorgestellt wurde, standen noch die lokalen Kapitalinteressen der hannoverschen »Deutsche Messe AG« im Vordergrund. Das Projekt sollte ein immenses Wirtschaftsförderungsprogramm werden, das der Messe AG in kürzester Zeit den Ausbau und die Modernisierung ihres Messegeländes und der Verkehrsinfrastruktur bringen sollte, um im Konkurrenzkampf der Messestandorte weiter eine der ersten Geigen spielen zu können. Ein Konzept, das sich nicht nur auf das Messegelände selbst beschränkte, sondern in Hannover immer wieder Motor und Argument war, um die gewünschte Stadtumstrukturierung im Sinne der derzeit überall dominierenden Standortlogik zu forcieren. Heute ist die EXPO weit mehr als eine der üblichen Großveranstaltungen: Wir sehen in der EXPO 2000 eine groß angelegte Propagandashow zur Durchsetzung der Zukunftsentwürfe der Herrschenden, die nicht nur uns rund um Hannover angeht, sondern alle, die sich mit der bestehenden Weltordnung immer noch nicht abfinden wollen und Widerstand dagegen leisten.

Als offenes Anti-EXPO-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf wollen wir nun mit diesem Papier unsere Einschätzungen zur EXPO zur Diskussion stellen und andere auffordern, sich an der Neuformierung des Widerstands gegen dieses Projekt zu beteiligen.

Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 präsentieren sich Regierungen von mehr als 170 Staaten in sog. »Länderpavillons«, Großunternehmen zum Teil ebenfalls mit eigenen Pavillons sowie internationale Organisationen (EU, UNO, Rotes Kreuz, ...). Veranstalterin der EXPO 2000 ist die Bundesregierung, Vorbereitung und Durchführung wurde an die eigens gegründete EXPO 2000 GmbH übertragen. Auf fünf der zehn Sessel im Aufsichtsrat der EXPO GmbH sitzen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die restlichen fünf teilen sich Vertreter der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und ein Gewerkschaftsfunktionär. Unter dem Motto »Mensch-Natur-Technik« soll den erwarteten 20 Millionen BesucherInnen v. a. in einem sogenannten Themenpark »Lust auf Zukunft« gemacht werden. Über Hannover hinaus sollen die EXPO-Inhalte erstmals auch durch sog. »Dezentrale Projekte« in Niedersachsen, der BRD und weltweit verbreitet werden. Die damit einbezogenen Projekte haben sich – wie alle anderen EXPO-Beiträge auch – an der Nachhaltigkeitskonzeption der Agenda 21 zu orientieren und sollen für eine breite Akzeptanz und einen zusätzlichen grünen Anstrich der Großveranstaltung sorgen. Angesprochen werden sollen durch die EXPO vor allem Kinder und Jugendliche, die für die Problemsicht der Herrschenden und die präsentierte Technik gewonnen werden sollen.

Tatsächlich ist die EXPO 2000, wie auch schon die erste Welt-

ausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der »industriellen Revolution« und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Bei Weltausstellungen geht es darum, Fortschritts glauben zu verbreiten und Identifikation mit dem Kulturverständnis der Mächtigen zu festigen. Früh in der Geschichte der EXPOs wurde von den MacherInnen erkannt, daß die Präsentation technischer Neuerungen allein nicht ausreicht, sondern zur Akzeptanzschaffung ideologisch untermauert werden muß. Ein recht passendes Beispiel dafür ist das Motto der Weltausstellung in Brüssel 1958, »Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt«. Mit dem Wahrzeichen des Atomiums wurde damals für die »friedliche« Nutzung der Atomenergie geworben, so wie heute in Hannover unter dem Vorzeichen der Agenda 21 für die Gentechnologie geworben wird. So kann es kaum verwundern, daß als Wahrzeichen der EXPO 2000 eine riesige Darstellung des menschlichen DNS-Strangs in der Diskussion war.

Inhalte der EXPO 2000

Die EXPO hat sich nichts geringeres vorgenommen, als »Lösungen« für die »globalen Probleme« wie Armut, Hunger und Umweltzerstörung zu präsentieren: »Die EXPO 2000 [...] soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung finden können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden.« (EXPO GmbH 1995)

Probleme, Wege und Lösungen sollen vor allem im Themenpark präsentiert werden, der in die Themenschwerpunkte »Der Mensch«, »Umwelt: Landschaft, Klima«, »Basic Human Needs«, »Die Ernährung«, »Die Gesundheit«, »Die Energie«, »Die Mobilität«, »Die Zukunft der Arbeit«, »Wissen: Informationen, Kommunikation«, »Die Zukunft der Vergangenheit« und »Das 21. Jahrhundert« untergliedert ist. Die Konzeptionen hierfür wurden von LobbyistInnen vor allem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Mit allen Bereichen soll dieselbe Botschaft transportiert werden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus; nur durch »Globalisierung«, »Liberalisierung« und »freien Welthandel« ließen sich die Probleme der Welt lösen. Die alle Widersprüche glättende Strategie, um diese Botschaft durchzusetzen, heißt »Nachhaltige Entwicklung«.

Alleskleber »Nachhaltige Entwicklung«

Zentrales Werk der »Nachhaltigen Entwicklung« ist die Agenda 21. Diese haben die EXPO-MacherInnen – händierend auf der Suche nach Inhalten, die diese Mammutschau rechtfertigen – erst relativ spät, nämlich 1994, für sich entdeckt. Die Agenda 21 ist das »Aktionsprogramm«, das als Ergebnis der UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 beschlossen wurde.

»Nachhaltige Entwicklung« wird in diesem UN-Bericht als Entwicklung definiert, »die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.« Das Konzept behauptet, es wäre möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu erreichen – selbstverständlich unter Beibehaltung bzw. durch die Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Tatsächlich ist Nachhaltige Entwicklung ein von oben betriebenes Programm zur Modernisierung der Herrschaftsverhältnisse.



»Alle in einem Boot«

In den Konzepten zur »Nachhaltigen Entwicklung«, die von der EXPO übernommen werden, sind Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Es wird ein Weltbild frei von Interessensgegensätzen konstruiert. Die Botschaft lautet: Wir sitzen alle in einem Boot. Über diese Strategie und aufgebauten moralischen Druck werden KritikerInnen zur Mitarbeit am kapitalistischen Weltrettungskonzept, zu dem es keine Alternative gäbe, genötigt: Eine »Ethik globaler Verantwortung« zwingt uns alle an die Bootsriemen und zum Rudern in die eine Richtung. Verantwortlich für die Probleme seien irgendwie »wir alle«, und wer sich weigere mitzuredern, mache sich schuldig am Weltuntergang.

Nach dieser Logik können die Ursachen für Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung auch nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt liegen. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der EXPO GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der »Bevölkerungsexplosion« in den armen Ländern des Südens bemüht. Da offensichtlich repressive Bevölkerungskontrollmaßnahmen zunehmend am Widerstand betroffener Frauen scheitern, werden Kontrollmaßnahmen heute subtiler unter dem Stichwort »Empowerment«, d. h. als (scheinbare) Stärkung der Rolle der Frauen verkauft: Die Experten wollen Frauen den Zugang zu Bildung und Erwerbsquellen v. a. deshalb verschaffen, weil Bildung und Wohlstand – nach westlichem Vorbild – die »Geburtenraten« senkten. Die Mittel werden modernisiert, der technokratische Zugriff, der Menschen nur als Zahlen wahrnimmt, bleibt der gleiche.

Das gesamte Konzept »Nachhaltige Entwicklung« ist geprägt von solchen patriarchalen Rollenzuschreibungen: Männer entwerfen Weltrettungspläne, definieren sich als Experten, die die Lage dank modernster Technologien weltweit »im Griff« haben und den technologischen Zugriff auf die Welt per »Effizienzrevolution« optimieren. Frauen haben zu funktionieren: indem sie im Norden artig den von Männern ersonnenen Müll sortieren, damit die kostbaren Ressourcen nicht im privaten Konsum verschwendet werden, sondern der Industrie zur profitableren Ausbeutung zur Verfügung stehen, und indem sie im Trikont dafür sorgen, daß das zum zentralen Problem bestimmte »Bevölkerungswachstum« ein Ende habe.

»Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit«

Im übrigen lägen die Probleme daran, daß die angeblich zu vielen Menschen in den »Entwicklungsländern« mit veralteter, »nicht nachhaltiger« Technologie wirtschafteten. Hier setzt der Norden mit seiner vermeintlichen Lösungskompetenz an. Westliche Industrienationen und Multinationale Konzerne entdecken ihre »internationale Verantwortung«, belehren den »unvernünftigen« Süden - und mehren durch »Technologietransfer« ihre Profite. Bio- und Gentechnologie sei notwendig, um die Nahrungsmittelherzeugung sicherzustellen, Atomtechnik sei erforderlich, um den wachsenden Energiebedarf zu decken und die »Klimakatastrophe« zu verhindern, und die Informations- und Kommunikationstechnologien werden als einzige Mittel dargestellt, um die angeblich »zunehmende Komplexität der Probleme« bewältigen zu können.

Dementsprechend und um ihren weltweiten Führungsanspruch zu unterstreichen, will die deutsche Wirtschaft auf der EXPO um Technikakzeptanz werben. So sollten an der EXPO beteiligte Firmen

1. Problembewußtsein, z. B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch
2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß

3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit

4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.

Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden.« (EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft 1995).

Diese Aussage verdeutlicht beispielhaft den strategischen Umgang der Mächtigen mit dem Konzept der »Nachhaltigen Entwicklung«: Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was löge näher, als die »Schwelle zum 3. Jahrtausend« zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit auf einer Weltausstellung geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die - wohlgemerkt selbst definierten - Probleme gleich mit? Ziel dieser ganzen Bemühungen bleibt jedoch nach wie vor, die Profite zu maximieren und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch die scheinbare Integration aller Widersprüche zu stabilisieren.

»Vision: Weltfrieden durch Welthandel«

Auch weiterhin wollen sich die Industrienationen und international operierenden Konzerne den ungehinderten Zugriff auf Menschen und Umweltressourcen sichern. Von den Ländern im Trikont und den ehemaligen »sozialistischen« Staaten wird die Bereitschaft verlangt, sich den Weltmarktstrukturen zu unterwerfen. Versprochen wird ihnen, am Wohlstand und »Entwicklungs«vorsprung des Nordens teilhaben zu können. Westliches Kultur- und Demokratieverständnis wird zum Maßstab und zur Bedingung für das Existenzrecht.

»Globalisierung« und »Liberalisierung des Welthandels« sollen angeblich dazu führen, daß »immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben« können. Die EXPO-MacherInnen verbreiten diese Ideologie über die Formel »Weltfrieden durch Welthandel« (EXPO GmbH 1997). Dem Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip soll weltweit mit Nachdruck bis in die letzten geographischen und gesellschaftlichen Bereiche zur Durchsetzung verholfen werden. Die neoliberale »Modernisierung« des Kapitalismus wird angepriesen als Lösung der (durch den Kapitalismus verursachten) Probleme.

Entgegen dieser Darstellung nehmen die Gegensätze zwischen Arm und Reich immer dramatischere Formen an. Die Ausbeutungsstrukturen, die im Kolonialismus begründet wurden, haben weiterhin Bestand und bilden die Grundlage der weltweiten Ungleichheiten. Auf Basis dieser Ungleichheit kommt jeder Region - gemäß ihrem »Standortprofil« - eine Funktion innerhalb der weltweiten Arbeitsteilung zu. Die kapitalistische Systematik wird immer eine (abhängige) Peripherie benötigen, die Rohstoffe und billige Arbeitskraft liefert.

»Gelebte Menschlichkeit«

Die verstärkte Durchsetzung des Konkurrenzprinzips und die sich daraus ergebende »Standortlogik« hat veränderte Formen der staatlichen Politik auch in den Metropolen zur Folge: An die Stelle des Befriedigungsinstruments »Sozialstaat« tritt zunehmend der »Repressionsstaat«. Um Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird die Entsolidarisierung der Menschen nach rassistischem Muster weiter vorangetrieben. Durch die Sortierung der Menschen nach Verwertungskriterien, d. h. den gezielten Ausschluß bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wächst die Angst vor der eigenen Ausgrenzung und damit die Bereitschaft, sich mit



dem bestehenden System zu identifizieren und nach seinen Regeln zu funktionieren.

Dabei geht es nicht mehr nur um einen Rassismus, der sich auf Hautfarbe und Paß beruft, sondern zunehmend um einen »Leistungs-rassismus«, dessen Grundlage Arbeitswilligkeit und Unterwürfigkeit sind. Ein Ergebnis ist, daß nun nicht mehr nur »Ausländer« als Schuldige ausgemacht werden, sondern verstärkt arme Menschen und jene, die sich nicht kapitalistisch verwerten lassen wollen oder können, als Bedrohung aufgebaut werden. Die »Russen«, »Polen«, oder sonstwie »Mafia«, Flüchtlinge, die kriminalisiert werden, oder all jene, die sich angeblich der Leistung für den »Standort« verweigern, werden als »ordnungszersetzende Elemente« gebrandmarkt; entsprechend hart wird gegen sie polizeilich vorgegangen.

Auf der EXPO will sich die BRD als Gastgeberin dagegen multikulturell, verantwortungsbewußt und richtungsweisend präsentieren: »Bei der EXPO 2000 können wir zeigen, wie wir sind – weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität« (Helmut Kohl 1997) – im Gegensatz zur ihrer rassistischen MigrantInnenpolitik und der Politik der »Inneren Sicherheit«. Durch die EXPO wird in Hannover forciert, was in allen größeren Städten vorangetrieben wird: Menschen werden zu »Randgruppen« stigmatisiert, kriminalisiert und aus den Konsumzonen der Reichen vertrieben – häufig mit dem Argument der bevorstehenden EXPO.

»Das Bild der Deutschen im Ausland«

Bedeutung hat die EXPO 2000 auch als nationales Großprojekt: »Das Bild der Deutschen im Ausland wird mit der EXPO 2000 vielfach neu bestimmt. [...] Deutschland kann mit der EXPO 2000 einmal mehr beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist und sich zu einer lebendigen Demokratie gewandelt hat. Und zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, bei der so viele Mitglieder der Völkergemeinschaft Hilfe geleistet haben, können wir die Gelegenheit nutzen, 'Danke' zu sagen - und zeigen, was wir daraus gemacht haben: aus der Chance, miteinander neu zu beginnen.« (EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel 1996).

Die BRD-Regierung will das »weltoffene und fröhliche Fest« EXPO 2000 nutzen, um 10 Jahre »Wiedervereinigung« abzufeiern und die NS-Vergangenheit endgültig als abgeschlossenes Kapitel der Geschichte zu besiegeln. Im Kampf um Märkte und Ressourcen will die BRD weg vom Image des bedrohlichen Großdeutschland. Solchermaßen von der Bürde der Nazi-Vergangenheit befreit, hat die BRD keine Skrupel mehr, ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen. Auch diese nationalistischen, geschichtsrevisonistischen und imperialistischen Aspekte der EXPO 2000 machen unserer Meinung nach Widerstand gegen dieses Projekt erforderlich.

EXPO demaskieren ...

Die EXPO ist nicht »verantwortlich« für die beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung. Die EXPO hat lediglich die Funktion, für diese »neue Weltordnung« zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt - einen Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.

Um 1992 – anläßlich einer »Bürgerbefragung« zur EXPO – hatte der Schwerpunkt des Widerstands zwischenzeitlich vor allem auf der Auseinandersetzung mit den lokalen Folgen der

EXPO gelegen, mit dem Ziel, v. a. in Hannover zur Verhinderung der EXPO zu mobilisieren. Heute liegt unser Schwerpunkt jedoch wieder darauf, die EXPO 2000 - in Anlehnung an eine Parole des Widerstandes gegen die EXPO '92 in Sevilla – zu »demaskieren«, ihre Herrschaftsfunktion deutlich zu machen und zu kritisieren.

Die EXPO versucht mit ihrem »Welttretungsanspruch« und ihrer »Nachhaltigkeit« sehr viele Menschen einzubeziehen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Umwelt- und Internationalismusgruppen. Demaskieren der EXPO heißt dementsprechend, diese Vereinnahmung deutlich zu machen und eine Ablehnung der EXPO ohne »wenn« und »aber« einzufordern. Hierzu reicht es unserer Meinung jedoch nicht aus, lediglich die Herrschaftskonzepte zu entlarven. Wir müssen vielmehr auf die Fähigkeit zur politischen Interventionsfähigkeit hinarbeiten.

... Widerstand organisieren

Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. Ohne die EXPO positiv umdeuten oder überbewerten zu wollen, denken wir dennoch, daß sie sich dafür gerade aufgrund ihres allumfassenden Anspruchs anbietet. Wie angedeutet findet sich in der Programmatik und dem Auftreten der EXPO eine ganze Bandbreite von Herrschaftsaspekten. Die EXPO bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressions-Gruppen u. v. a. m.

Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisation hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. Uns schweben Formen der Zusammenarbeit vor, wie sie sich in den letzten Jahren für einzelne Bereiche z. B. im Rahmen der Kampagne »kein mensch ist illegal« oder der »Innen! Stadt! Aktion!« ergeben haben. ...

»Neuorientierung« der radikalen Linken bedeutet für uns, Diskussionen zu beginnen, die den Vereinzelungstendenzen linker Gruppen und der mitunter mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Fragen für gemeinsame Diskussionen hätten wir genug: Welches sind die zentralen Elemente des Herrschaftsmodells der Zukunft? Welche gemeinsamen Ursachen haben aktuelle Tendenzen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen abzeichnen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten unserer Kritik, was ist das »Linke« daran? Was unterscheidet unsere »linke« Weltsicht von der auf der EXPO präsentierten? Welche Perspektiven linker Politik können wir in der Auseinandersetzung mit den Konzepten der Herrschenden entwickeln? Wie kommen wir aus der augenblicklichen Situation gesellschaftlicher Isolierung heraus, wie machen wir unsere Kritik am auf der EXPO präsentierten Zukunftsentwurf und unsere eigenen Vorstellungen anderer Gesellschaftsformen sichtbar? Welche Aktionsformen können vor, während und nach der EXPO unsere Kritik und unsere Positionen deutlich machen?

Kontakt: **Tipp-Ex**

Treffen für Intergalaktische **Perspektiven** gegen die **EXPO**







Thesen zur Strategie des Anti-Expo-Widerstandes

Anregungen, Gedanken und Entwürfe
(Gruppe Landfriedensbruch, Juli 1999)

These 1: Ziele sind Demaskieren, Widerstand und Gegenbilder

Politischer Widerstand gegen die Expo 2000 umfaßt das Demaskieren der Expo, den offenen Widerstand und den Entwurf von Gegenbildern. Das Demaskieren soll die Expo als Zukunftsentwurf zeigen, der Herrschafts- und Profitinteressen dient, die Menschen zu einer Ressource degradiert, um Mensch und Natur der Verwertung zu unterwerfen. Widerstand sind alle denkbaren Formen der öffentlichen Auseinandersetzung und Aktion gegen die Expo oder Teile von ihr. Gegenbilder schließen sowohl die Debatte um emanzipatorische Gesellschaftsentwürfe, das öffentliche Eintreten für diese und das Schaffen von Modellen ein.

These 2: Die Zukunft muß den Menschen gehören!

Zentrale Frage der Auseinandersetzung um die Expo 2000 ist die Machtfrage. Emanzipatorische Politik strebt das Selbstbestimmungsrecht der Menschen an. Die Expo 2000 setzt dagegen auf technologische Innovation und Profit als Maßstab. Die Welt der Expo wird in Laboren entworfen im Interesse der Verwertung von Mensch und Natur. Emanzipatorische Gegenbilder sehen die Menschen und ihre freien Zusammenschlüsse als selbstbestimmte GestalterInnen der Zukunft.

Diese Kernfrage muß deutlich herausgehoben werden. Anti-Expo-Widerstand bedeutet, die Grundfrage der Gesellschaft zu stellen: Wem gehört die Zukunft?

These 3: Die Expo 2000 ist Aufhänger für den Aufbau einer politischen Bewegung

Die Expo ist Symbol für eine Welt, in der Mensch und Natur einer Verwertungslogik unterworfen werden. Der Widerstand gegen die Expo richtet sich nicht nur gegen die Expo als solche oder gegen Details der dort gezeigten Gegenwart und Zukunft, sondern er nutzt die Symbolik der Expo, um insgesamt eine breite emanzipatorische Bewegung zu begründen, die über die Expo hinausreicht. Ziel ist die Organisation politischer Debatte, Vernetzung und politischen Widerstandes für eine emanzipatorische Gesellschaft. Dieses Anliegen ist zeitlos.

These 4: Eine emanzipatorische Bewegung ist vielfältig und offen!

Dominanzverhalten, Hierarchien und Vereinheitlichung haben in einer emanzipatorischen Bewegung nichts zu suchen. Zum Ziel einer emanzipatorischen Gesellschaft führen viele Wege. Verschiedene Aktions- und Organisationsformen können nebeneinander bestehen, sich ergänzen und stärken. Alle Aktionsformen sind möglich, es gibt keine Stelle, die im Namen aller bewertet. Bei jeder Aktion, jedem Papier und jedem Aufruf entscheidet jede Gruppe autonom, ob sie daran teilnehmen will oder nicht. So bilden sich immer neue Bündnisse, eine institutionalisierte Gesamtorganisation gibt es nicht.

These 5: Basis einer emanzipatorischen Bewegung sind handlungsfähige Basisgruppen

Anti-Expo-Widerstand muß sich "von unten" heraus entwickeln, d.h. die entscheidende Entwicklungsarbeit zu einer durchsetzungsfähigen Organisationsstruktur muß vor Ort und in regionalen Bündnissen laufen. Aktionsfähige, autonome Gruppen und Zusammenhänge bilden die Basis, sie entscheiden über gemeinsame, überregionale Aktivitäten.

Alle organisatorischen Aufgaben im Anti-Expo-Widerstand werden von den Basisgruppen und regionalen Bündnissen übernommen. Einen wie auch immer gearteten Apparat für das Ganze gibt es nicht.

These 6: Anti-Expo-Widerstand ist nicht alles

Es wird nicht gelingen, alle Gruppen und Zusammenhänge mit emanzipatorischen Zielen auf die Symbolik der Expo zu bringen. Das ist auch nicht das Ziel. Vielmehr müssen von Beginn an Kontakte und Bündnisse mit weiteren Teilen der Bewegung hergestellt werden, die emanzipatorische Ziele verfolgen.

These 7: Die Idee des Expo-Widerstandes und der emanzipatorischen Politik muß offensiv in alle Teile politischer Bewegung hineingetragen werden

Ob NGOs, Netzwerke, Jugendverbände, Kampagnen oder andere Organisationen – die Idee der Anti-Expo- bzw. der emanzipatorischen Arbeit insgesamt muß überall mit Nachdruck eingebracht werden. Unter anderem sind geeignet: Texte in Zeitschriften und Rundbriefen, Seminare, Referate und Workshops auf Camps und Kongressen, Mitwirkung bei geplanten Kongressen, wenn diese das Thema Expo zum Schwerpunkt wählen. Auch die Auseinandersetzung und der offene Streit kann eine sinnvolle Strategie sein. Die Expo ist geeignet, politische Gruppen zu einer Entscheidung zu zwischen – für eine emanzipatorische Zielsetzung oder für die BeraterInnenfunktion in einer "Welt von oben".

These 8: Positive Erfahrungen nutzen

Auf die Erfahrungen mit autonomieorientierten Kampagnen, Netzwerken und Aktionen sollte aufgebaut werden. Unter anderem seien genannt die IWF-Kampagne 1988, die Strukturen der radikalen Jugendumweltbewegung (1988 bis 1993) sowie heutige Ansätze bei der Veranstaltungsorganisation, der Castor-Widerstand und die Vernetzungsstrukturen der Anti-Atom-Bewegung, frühere und heutige autonomieorientierte Vernetzungsstrukturen in Bündnissen und Kampagnen sowie die internationalen Vernetzungsstrukturen wie PGA, ICC u.ä.



FreiRäume

Immer wieder entstehen neue, öffentliche Räume – in besetzten Häusern, auf Wagenplätzen, als Infoläden oder Infozentren, Tagungshäuser, Bibliotheken, Infocafes und vieles mehr. Dennoch werden es insgesamt nicht mehr ... Etablierung, Privatisierung und Kommerzialisierung zehren an den politischen Räumen. Repression, z.B. Räumung oder Verdrängung, tun ein Übriges.

Um diesem entgegenzuwirken, wird die Gründung einer Stiftung vorbereitet – einer ganz besonderen allerdings. Die Idee ist eigentlich einfach: Die Stiftung wird Eigentümerin von Projekten, die nicht privat sein sollen, sondern kollektiv und politisch. Die Stiftung hat aber gar keine andere Aufgabe als die Rechtsstruktur zu stellen und den öffentlichen Raum zu sichern. Ansonsten schließt sie mit den NutzerInnen, d.h. den in einem Projekt wohnenden Menschen, den Gruppen und Einrichtungen dort, einen nur einvernehmlich kündbaren Vertrag, der den NutzerInnen die volle Autonomie zubilligt. So wird Zentralisierung verhindert.

Die Stiftung "FreiRäume" ist im Aufbau. Gesucht sind interessierte Menschen, die sie mit entwickeln wollen ... und natürlich Projekte, d.h. Plätze, Häuser oder auch Einrichtungen, für die eine kollektiv-politische Eigentumsstruktur erwünscht ist. Wenn alles klappt, kann die Idee der Stiftung vielleicht auch noch mehr leisten: Vernetzung, Bildungsarbeit usw. – immer aber auf der Basis der vollen Autonomie der Projekte.

Kontakt: Stiftung "FreiRäume", c/o Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe.

Statt Ökosteuern, Agenda & Co.

Umweltschutz von unten!

Große Teile des Natur- und Umweltschutzes sind immer VerfechterInnen eines starken Staates gewesen. Die Menschen, seien es die BürgerInnen im allgemeinen oder Hausfrauen und -männer, NaturnutzerInnen usw. im speziellen, stehen bei ihnen immer nur in der Rolle des Objektes, noch dazu eines dummen und unbelehrbaren. Die Menschen müssen per Bewußtseinsbildung, Gesetz oder Umweltbildung zu etwas gebracht werden, was sie scheinbar nicht selbst wollen und was sich »oben« irgendwelche Mächtigen oder deren BeraterInnen ausgedacht haben. NaturschützerInnen fordern immer wieder härtere Strafen oder Polizei- und Behördeneinsätze gegen UmweltzerstörerInnen. International gipfeln die Machtvisionen der NaturschutzstrategInnen in wilden Phantasien von Grünhelm-Kampfeinsätzen, Schuldenerlaß gegen Umweltschutzleistungen, Großschutzgebieten, wie sie im eigenen, zerstörten Land nicht mehr möglich sind usw.

Kaum besser sind ihre theoretischen Entwürfe: Ob Nationalparkkonzepte, die Agenda 21 oder die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« – überall ist die Herrschaftsfrage ausgeklammert (im Film "Zukunftsfähiges Deutschland", beworben und vertrieben u.a. vom BUND, darf Ernst-Ulrich von Weizsäcker sogar für die Monarchie werben: "Die heutige Demokratie tut sich schwer mit einer Legitimierung für Langfristanliegen. Das war in religiösen Gesellschaften viel einfacher, das war selbst in der Monarchie einfacher"). Das »Oben« und »Un-

ten« soll unangetastet bleiben, nur daß die NaturschutzfunktionärInnen gerne oben dabei wären. Statt vor Ort mit den Menschen um gemeinsame Regelungen zu ringen oder gegen steigenden Machtmißbrauch (wozu auch die Umweltzerstörung gehört!) zu kämpfen, fühlen sie sich an runden Tischen mit erlauchter Atmosphäre wohler. Sie hoffen, die Mächtigen für ihre Anliegen zu gewinnen, damit dann über deren Machtapparate die eigenen Ideen umgesetzt werden.

Der Naturschutz hat zudem eine düstere Vergangenheit. Seine Instrumentarien stammen aus dem Kaiserreich oder der Nazizeit (z.B. die »moderne Naturschutzgesetzgebung«). Verändert wurde wenig. Emanzipatorische, d.h. die Mit- und Selbstbestimmung fördernde, Instrumente fehlen im Naturschutz fast ganz. Die betroffenen BürgerInnen bleiben außen vor, es ist mehr ein »Deal« zwischen zwei Mächtigen, der Obrigkeit und dem/der EigentümerIn der Fläche. Es wäre klug und, eben wegen der dunklen Vergangenheit, gerecht, wenn gerade der Natur- und Umweltschutz zu einem Vorreiter einer veränderten Strategie würde, in der die bisherige Logik politischer Entscheidungen auf den Kopf gestellt wird.

Umweltschutz als Kampf gegen Ausbeutungsstrukturen

Es gibt keine Alternative dazu, den Umweltschutz als Teil einer die Gesellschaft insgesamt verändernden Bewegung zu begreifen. Es sind die gleichen Mechanismen und Strukturen, welche die Natur (Tiere, Pflanzen und unbelebte Teile der Umwelt) ausbeuten und welche Menschen unterdrücken, ausbeuten, ausgrenzen oder für die Sache des Kapitals (als verbreitetste Machtform) bzw. anderer Mächtiger zu instrumentalisieren versuchen. Es wäre unsolidarisch, die eigenen Ziele mit genau denen erreichen zu wollen, die die Probleme der anderen und auch bisher die Umweltprobleme schaffen. Aber es ist auch unsinnig, denn die Ausbeutung der Umwelt ist eine der real existierenden Ausbeutungsstrukturen. Die VerursacherInnen können nicht gleichzeitig PartnerInnen bei der Rettung sein – auch wenn sie sich zwecks Tarnung selbst gerne dazu aufspielen.

UmweltschützerInnen können sich entscheiden, ob sie einen Umweltschutz "von oben" oder "von unten" wollen. Der Weg "von unten" ist grundlegend anders als die aktuellen Strategien. Ziel ist hier der Abbau von Herrschaftsstrukturen. Nicht zu verwechseln ist das mit der Strategie, die VerbraucherInnen als Zielgruppe zu begreifen und in der Steuerung ihres Verhaltens die Lösung der Umweltprobleme zu sehen. "Unten" ist nicht eine bestimmte Zielgruppe, sondern ein Prinzip. "Von unten" heißt, daß die Menschen zu den AkteurInnen werden. "Unten" muß nicht belehrt oder gar gezwungen werden, sondern entscheidet selbstbestimmt. Natürlich geschieht Umweltschutz dann nicht automatisch (genausowenig, wie Umweltschutz in Parlamenten gesichert berücksichtigt wird – die Politik des letzten Jahrzehnts zeigt eher das Gegenteil!), sondern müßte aus der freien Willensentscheidung der Menschen heraus verwirklicht werden. Die Menschen werden allerdings die Verantwortung für ihr Handeln tragen und können keine Machtmittel einsetzen, um z.B. Umweltbelastungen in andere Regionen und damit zu anderen Menschen zu verschieben. Es spricht vieles dafür, daß selbstbestimmt lebende Menschen, deren Umwelt gleichzeitig ihre Lebensgrundlage darstellt, mit dieser anders umgehen wie Menschen z.B. in Parlamenten, die Entscheidungen treffen, aber von den Konsequenzen in der Regel nie berührt werden.

Um Umweltschutz durchsetzungsfähiger zu machen und weil die Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Menschen den UmweltschützerInnen nicht gleichgültig sein dürfen, ist es notwendig, einen Umweltschutz von unten zu entwickeln. Der umfaßt alle die Menschen befreienden, Herrschaftsstrukturen abbauenden, d.h. emanzipatorischen Umweltschutzstrategien. Nicht Firmen, GrundeigentümerInnen und Regierungen bestimmen über die Nutzung der Umweltgüter, sondern die Menschen selbst. Der Flächen- und Roh-



stoffverbrauch muß zur Entscheidungssache auf unterster Ebene werden, die Gewinnung, Verarbeitung und der Handel mit ihnen ist Sache der Menschen selbst, nicht höherer Institutionen, Regierungen oder des "Marktes" mit seinen Institutionen. Die Utopie einer emanzipatorischen Gesellschaft muß auf dieser Grundlage des selbstbestimmten Umgangs der Menschen mit ihrer Natur aufbauen.

Ziele und konkrete Forderungen benennen

Das Ziel eines emanzipatorischen Umweltschutzes muß zunächst benannt und der Ökologie von oben gegenübergestellt werden. Veranstaltungen, Diskussionen in der Öffentlichkeit oder in Umweltschutz- und anderen politischen Organisationen, symbolische Aktionen, Bildungsarbeit, Herausgabe von Schriften, Pressearbeit und vieles mehr können dazu dienen. Die Diskussion darf keine Nischendiskussion werden, sondern muß auch dort geführt, wo die PraktikerInnen der Umweltschutzarbeit sind. Zur Diskussion gehört das Formulieren der Ziele – Utopien für die gesamte Gesellschaft, für die Umweltschutzarbeit insgesamt oder für Teilfragen. Visionen bieten Zündstoff, können Motivieren und Bewegungen. Strategien sind notwendig, das Visionäre in kleine Schritte zu zerlegen, um ihnen Stück für Stück näher zu kommen. Die kleinen Schritte wiederum müssen immer darauf untersucht werden, ob sie der Vision und den Grundsätzen emanzipatorischer Arbeit entsprechen. Selbst im heutigen, realpolitischen Raum lassen sich einzelne Schritte in diese Richtung einfordern oder schon konkret verwirklichen:

● Dezentralisierung statt EU und Weltregierung

Zur Zeit stellen viele Umweltschutzorganisationen hohe Forderungen an die EU, z.T. auch an die UNO, und erwarten von dieser die Durchsetzung von Umweltschutzstandards. Abgesehen davon, daß auf diesen Ebenen Umweltschutzinteressen besonders schwach sind, widersprechen solche Forderungen auch emanzipatorischen Zielen. Danach müßte eher eine Dezentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse und die Stärkung direkter Demokratie eingefordert werden.

● Demokratisierung statt ökologischer Steuerreform

Die Ökosteuer soll den Verbrauch in der Idealform den Rohstoff- und Flächenverbrauch, in der z.Zt. geforderten Variante nur Teile des Energieverbrauches über eine Verteuerung reduzieren. Dabei bedient sie sich allerdings marktwirtschaftlicher Mittel, d.h. in Zukunft entscheidet die Finanzkraft der Unternehmen und sonstigen EnergieverbraucherInnen, wer wieviel Energie verbrauchen bzw. durch Investitionen in neue Technik Vorteile erreichen kann. Der Einfluß der Menschen wird geschwächt. Gegenmodell wäre eine Demokratisierung des Rohstoff- und Flächenverbrauches weltweit, d.h. in Zukunft müßten die jeweils betroffenen Menschen in einer Region allen Nutzungen von Flächen und Rohstoffen zustimmen.

● Verträge statt Verordnungen

Wo die Menschen bzw. der Staat die UmweltutzerInnen zu umweltgerechter Bewirtschaftung bringen will, gelten bislang bevorzugt Verordnungen, Grenzwerte – und die meist in für den Umweltschutz untauglicher Form. Künftig werden diese durch freiwillige Vereinbarungen abgelöst, z.B. durch Verträge, in denen NutzerInnen (z.B. LandwirtInnen) Flächen und Rohstoffe naturverträglich nutzen, dafür aber Gegenleistungen erhalten. Das können Fördergelder von Seiten des Staates (Vertragsnaturschutz) oder Abnahmegarantien der Menschen in einem Dorf, einer Stadt oder Region (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften) sein.

● Radikaldemokratie statt NGOs

Viele Umweltorganisationen fordern vor allem für sich selbst bzw. die Nichtregierungsorganisationen im allgemeinen mehr Rechte sein – bis hin zu einer dritten Kammer neben Bundestag und Bundesrat oder gar die Idee des ökologischen Rates, eines demokratisch nicht legitimierten, nicht abwählbaren Exekutivrates aus Persönlichkeiten des Umweltschutzes. Ihr Interesse gilt nicht dem Machtabbau, sondern der Beteiligung an der Macht. Stattdessen sollte die Verbesserung der allgemeinen Beteiligungsrechte und der direkten Demokratie gefordert werden. Umweltschutzorganisationen sollten ihre Rolle darin finden, die Artikulierung bzw. den Protest der Menschen zu organisieren, Informationen bereitzustellen usw.

Unabhängige Arbeitsstrukturen

Neben den inhaltlichen Zielbestimmungen und Positionen müssen Naturschutzgruppen ihre Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit zurückgewinnen. Emanzipatorischer Umweltschutz ist (wie die meisten anderen Umweltschutzstrategien auch) nicht machbar über Machtstrukturen, d.h. über die, die zur Zeit die Umwelt zerstören. Umweltgruppen müssen öffentlichen Druck ausüben können, Widerstand leisten, Alternativen aufzeigen und Modelle entwickeln, in denen ökologische und emanzipatorische Ziele gleichermaßen zum Ausdruck kommen. Um das zu erreichen, wird es mehr bedürfen als kleiner Reförmchen in den verkrusteten, staats- und wirtschaftsnahen Umweltschutzstrukturen.

Nötig sind eigene und unabhängige Wege in die Öffentlichkeit (Medien, Veröffentlichungen, Veranstaltungen), alternative Ansätze in der Bildungsarbeit, die Stärkung der Basisarbeit, die bessere Verbindung von Basisgruppen und Vernetzungsknoten sowie das Training in direkten Aktionsformen, um auch dann handlungsfähig zu sein, wenn öffentlicher Druck nicht entsteht oder die EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft diesen mißachten.

Modelle und Kristallisationspunkte schaffen

Gesellschaftliche Bewegung entsteht nicht allein über theoretische Entwürfe, praktischen Widerstand oder politische Forderungen. Wichtig sind Modelle und Kristallisationspunkte, an dem Kritik, Alternativen und die Gegensätze gleichermaßen deutlich werden. Sie schaffen im günstigsten Fall Symbole für Kritik und Ziele der emanzipatorischen Umweltschutzarbeit. Sinnvoll ist der Widerstand gegen solche Projekte, in dem sich die herrschenden Verhältnisse oder die Zukunftspläne der Mächtigen besonders deutlich offenbaren: Gegen Großprojekte, vor und während Werbeveranstaltungen wie der Expo 2000 oder bei tiefgreifenden politischen Entscheidungen (z.B. dem MAI oder Weltwirtschaftsgipfeln) lassen sich nicht nur konkrete Positionen einbringen, sondern auch grundlegende Alternativen zu herrschenden Gesellschaftsformen und den Entscheidungsstrukturen benennen.

Hier können Umwelt- und andere politische Bewegungen zusammenarbeiten, um gemeinsam wirkungsvoller in der Öffentlichkeit die Kritik an den herrschenden Verhältnissen und Zukunftsvisionen zu üben und eigene Alternativen vorzuschlagen. Auch im kleinen können solche Kristallisationspunkte oder eigene Gegenmodelle für selbstorganisiertes Leben, das Zurückdrängen der Ökonomie oder wirksamen Naturschutz gefunden werden.

Infos:

"Agenda, Expo, Sponsoring (Band 2) – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit" (grundlegendes Buch zum Thema), 280 S., IKO-Verlag, ISBN 3-88939-450-7, 39,80 DM

"Agenda, Expo, Sponsoring (Band 1) – Recherchen im Naturschutzfilz" enthält eine detaillierte Kritik an der Situation der Umweltschutzbewegung (ISBN 3-88939-613-5, 39,80 DM), zudem gibt es eine CD mit den dort verwendeten Quellen und Dokumenten, ISBN 3-88939-453-1, 49,80 DM.

Rundbrief zu Perspektiven emanzipatorischer Umweltschutzarbeit: 6 DM einzeln, 40 DM/Jahr im Abo (einschließlich der Umweltzeitung "Ö-Punkte")

Bestelladresse für alles: MaterialAuswahl UmweltSchutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld.

Emanzipatorischer Umweltschutz im Internet:
<http://www.thur.de/philo/uvu.html>

Zu den Materialien siehe auch nächste Seite. Im Bündnis "Umweltschutz von unten!" gibt es eine Mailingliste. Nähere Informationen dazu bei: sven.cronenberg@ruhr-uni-bochum.de

